

ÖKOSTEUERNEWS 39 – MAI 2006

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

G R E E N B U D G E T G E R M A N Y

Landsbergerstr. 191 D-80687 München www.foes.de und www.eco-tax.info

Fon +49-89-520113-13 Fax +49-89-520113-14 e-Mail: foes@foes.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen. Unser Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000.

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	2
2.	FÖS-JAHRESKONFERENZ „ÖKO- STATT MERKELSTEUER?“	3
3.	FÖS-TERMINE	8
4.	ENERGIEGIPFEL	9
5.	ENERGIEPOLITIK.....	14
6.	ERNEUERBARE ENERGIEN UND BIOKRAFTSTOFFE	20
7.	KLIMASCHUTZ.....	28
8.	EMISSIONSHANDEL.....	32
9.	LANDSCHAFTSVERBRAUCH	41
10.	VERKEHR	43
11.	FLUGTICKETABGABE	46
12.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN	48
13.	INTERNATIONALES	54
14.	DISKUSSIONSFORUM UND ZITATE	56
15.	VERANSTALTUNGEN.....	56
16.	LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN	57
17.	JOBS UND PRAKTIKA	59

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des FÖS,

die „Ökosteuer lebt“ schrieb die Süddeutsche Zeitung kürzlich. Sie meinte damit jedoch keine Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform, sondern die sechs Cent Benzinpreisaufschlag, die zum 1. Januar aus Mehrwertsteuererhöhung und Beimischungsquote für Biokraftstoffe resultieren. Welche Alternativen es zur pauschalen Mehrwertsteuererhöhung gibt, hat der FÖS auf seiner Jahreskonferenz mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin kürzlich vorgestellt. Besonders viel Beachtung fand die Verleihung des Adam-Smith-Preises für marktwirtschaftliche Umweltpolitik an den ehemaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin durch Dr. Anselm Görres.

Aber auch international bleibt der FÖS führend in der Debatte um die Ökologische Finanzreform. Sei es bei einem ÖSR-Workshop in Bern, bei Konferenzen in Ungarn, Malta, Estland, Tschechien oder Slowenien und im Gespräch mit einer Delegation der chinesischen Steuerbehörde beim FÖS in München.

Um dies fortzuführen oder auch den Entscheidungsträgern unsere Alternativen zur Weiterentwicklung der Ökologischen Finanzreform vorzustellen, brauchen wir weiter ihre großzügige Unterstützung:

<http://www.spendenportal.de/main/org.php?id=803331006756>

Herzlichen Dank und viel Vergnügen bei der Lektüre!

Christian Meyer, FÖS-Redaktion

Neues FÖS-Kurzkonzept

Der Förderverein Ökologische Steuerreform hat sein Kurzkonzept mit Bausteinen einer Ökologischen Finanzreform redaktionell neu aufgelegt. Die Vorschläge aus den Bereichen Subventionsabbau, Flugverkehr, Wärmemarkt, Strom und Emissionshandel sind an der Machbarkeit und Laufzeit einer Legislaturperiode orientiert und

ergeben zusammen 19 Mrd. Euro. Damit könnte die von der Großen Koalition geplante Mehrwertsteuererhöhung ganz oder teilweise vermieden werden.

<http://www.foes.de/downloads/FOES-Kurzkonzept2006.pdf>

FÖS-Beiratsmitglied und tschechischer Grünen-Vorsitzender Martin Bursik vor Sprung ins tschechische Parlament

[Bernhard Frosdorfer, FÖS, 16.05.2006] Wenige Tage vor den Wahlen zum tschechischen Parlament mausern sich die tschechischen Grünen um ihren Vorsitzenden und ehemaligen Umweltminister Martin Bursik zur ernstzunehmenden politischen Kraft. Letzten Umfragen zufolge stehen sie vor einem deutlichen Sprung über die Fünf Prozent-Hürde, damit vor dem Einzug ins tschechische Unterhaus und könnten zum Zünglein an der Waage oder gar Königsmacher bei einem möglichen Regierungswechsel werden, was sicher auch den Durchbruch für eine Ökologische Finanzreform in Tschechien erleichtern dürfte. Möglich scheint eine Koalition der Grünen sowohl mit der sozialdemokratischen Regierungspartei CSSD als auch mit der größten Oppositionspartei, den konservativen Civic Democrats (ODS). Deren Pläne einer Flat Tax von 15 Prozent werden von Bursik allerdings als mit dem grünen Konzept einer Ökologischen Steuerreform unvereinbar abgelehnt. ODS-Vorsitzender Mirek Topolánek sieht jedoch beide Konzepte als vereinbar an. Die tschechische Regierung hat jetzt ebenfalls ein ökologisches Manifest vorgelegt.

Umwelt wird in Tschechien damit zum Hauptwahlkampfthema:

<http://www.planetark.com/dailynewsstory.cfm/newsid/36038/story.htm>

<http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/L2437746.htm>

<http://www.praguemonitor.com/ctk/?id=w3636i20060418;story=Green-Party-wants-5-pct-VAT-on-gas>

<http://www.praguemonitor.com/ctk/?id=1406>

Über den deutsch-tschechischen Dialog zur Einführung einer ÖSR in Tschechien hat das

Bundesumweltministerium einen Kurzbericht veröffentlicht:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/sr_tschechien.pdf

FÖS bedauert Rücktritt von Reinhard Loske

[FÖS, 31.03.2006] Der Förderverein Ökologische Steuerreform bedauert den Rücktritt von Dr. Reinhard Loske als stellvertretendem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen und würdigt dessen fortdauernden Einsatz für eine Ökologische Steuer- und Finanzreform auch in schweren Zeiten, so Vorsitzender Anselm Görres. Pressemitteilung zum Download:

[http://www.oekosteuer.de/downloads/2006-03 PM Loske.pdf](http://www.oekosteuer.de/downloads/2006-03_PM_Loske.pdf)

NEU: FÖS/BfN-Tagungsband „Integration ökologischer Aspekte in die Finanzpolitik“

Ein gemeinsamer Tagungsband des Bundesamtes für Naturschutz und dem Förderverein Ökologische Steuerreform ist in der FÖS-Geschäftsstelle gegen Übernahme der Versandkosten jetzt kostenfrei erhältlich.

Bestellungen bitte an: foes@foes.de

Inhaltsverzeichnis unter:

<http://www.foes.de/3aktuelles/vilm2005.html>

NEU: OECD-Publikation zu Ökosteuern

Die umfangreiche OECD-Publikation „The Political Economy of Environmentally Related Taxes“ (Erscheinungsdatum Juni 2006) ist beim FÖS in einer Vorabversion für nur 10 Euro zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Bestellungen bitte an: foes@foes.de

2. FÖS-JAHRESKONFERENZ „ÖKO- STATT MERKELSTEUER?“

„Öko- statt Merkelsteuer? – Zur Weiterentwicklung der Ökologischen Finanzreform“

5. bis 6. Mai 2006, HBS-Berlin

Die Jahreskonferenz des FÖS fand diesmal in Berlin in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung statt. Thema war die Weiter- und Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform in Zeiten einer großen Koalition. Der ursprüngliche Ansatz der Mehrwertsteuererhöhung von Angela Merkel hatte erstaunliche Ähnlichkeiten mit einem Kernprojekt von Rot-Grün: „Indirekte Steuern erhöhen – Lohnnebenkosten senken“. Damit forderte die damalige Opposition ein wirtschaftliches Programm, dessen Wirkungsmechanismus sie bei der rot-grünen Ökologischen Steuerreform jahrelang verteufelt hatte und nun mit der Umsatzsteuer anwenden wollte, wie bereits einmal im Jahr 1998 als die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt angehoben wurde, um die Rentenversicherungsbeiträge stabil zu halten.

Zeit für uns, eine vollständige Bilanz über dieses ökonomisch-ökologische Kernprojekt von Rot-Grün zu ziehen. Was hat die Ökosteuer bewirkt? Wo ist die Kritik geblieben und wo besteht Weiterentwicklungsbedarf?

Und könnte eine Fortentwicklung der Ökologischen Finanzreform vielleicht sogar helfen, die ungeliebte Mehrwertsteuererhöhung zu entschärfen und die Ökologisierung der sozialen Marktwirtschaft entscheidend voranzutreiben?

Präsentationen, Reden und Fotos von der Konferenz:

<http://www.foes.de/3aktuelles/Merkelsteuer.html>

Presseartikel zur Konferenz:

<http://www.foes.de/downloads/PresseKonferenz2006.pdf>

Adam-Smith-Preis für Jürgen Trittin

Der diesjährige Adam-Smith-Preis für marktwirt-

schaftliche Umweltpolitik wurde mit Bundesumweltminister a. D. Jürgen Trittin erstmals an einen Politiker verliehen, der sich insbesondere durch seine Standhaftigkeit. List und Weitsicht für marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik verdient gemacht hat.

Die Rede von Dr. Anselm Görres an den Preisträger:

<http://www.foes.de/downloads/AdamSmithPreisTrittin.pdf>

Pressemitteilung:

http://www.foes.de/downloads/2006_05%20PM%20Adam-Smith-Preis.pdf

Fotos:

<http://www.foes.de/3aktuelles/BilderKonferenz2006.html>

Späte Ehrung für Jürgen Trittin

[Lisa Wandt, *Süddeutsche Zeitung* vom 6. 5. 2006] Sein politisches Leben begann in einer K-Gruppe. Er demonstrierte für den Kommunistenführer Mao Tse-tung und kämpfte gegen den freien Markt. An diesem Samstag bekommt er in Berlin den Adam-Smith-Preis des Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS). Er heißt Jürgen Trittin. „Er war einer der besten Umweltminister, den Deutschland je hatte“, sagte FÖS-Vorsitzender Anselm Görres, dessen Verein den Preis zum dritten Mal vergibt. Dass ausgerechnet „ein ehemaliger Marxist“ ausgezeichnet wird, bezeichnet Görres als „List der Geschichte“. Der Grüne Trittin habe wie kein anderer marktwirtschaftliche Elemente in die Umweltpolitik gebracht: Ökosteuer, Maut sowie Flaschen- und Dosenpfand haben das ökologische Steuerungsvolumen in der deutschen Politik um etliche Milliarden verbessert. Auch der Erfolg beim Klima-Abkommen von Kyoto gehe vornehmlich auf das Konto von Trittin. Deutschland wisse nicht um die Leistung ihres einstigen Umweltministers. Die Begründung des FÖS klingt wie ein spätes Lob für einen zu Unrecht Unterschätzten. Der studierte Sozialwissenschaftler Trittin, 1954 in Bremen geboren wurde nach seiner Abkehr vom Marxismus 1980 Mitglied der Grünen. Nach vielen Jahren Landtagsarbeit in Niedersachsen, als Abgeordneter und Minister übernahm Trittin 1994

den Parteivorsitz. Den Höhepunkt seiner Karriere bescherte ihm schließlich Gerhard Schröder, der ihn 1998 zum Umweltminister machte und nach Berlin holte.

Heute ist Trittin „einfacher Abgeordneter“, wie er auf Fragen nach seiner politischen Zukunft sagt. Er wollte nach der verlorenen Bundestagswahl Fraktionsvorsitzender werden, aber seine Partei gab ihm nur den Vizeposten. Trittin, in diversen Ausschüssen nunmehr eigentlich für die Außenpolitik zuständig, lässt sich das Thema Umwelt aber nicht nehmen. Kürzlich debütierte er seine Parteifreunde und beschädigte gar das Öko-Image der Grünen, als er die Suche nach Atomüll-Endlager der Atomindustrie selbst anvertraute. Fraktionsvize Loske trat daraufhin zurück und sagte: „Als Ökologe fühlt man sich bei den Grünen mittlerweile ziemlich einsam.“

Preisgeber Görres ist da anderer Meinung. Er sieht in Trittin den ökologischen Marktwirtschaftler der Zukunft. Mit der Ökosteuer habe dieser die Grünen an die Marktwirtschaft herangeführt, sagt er. Der Charme von Adam Smiths unsichtbarer Hand sei bei den Grünen angekommen In den Jahren zuvor ging der Preis an zwei Wissenschaftler, 2004 an Professor Hans Christoph Binswanger und 2005 an Dieter Ewringmann. Aber das kann Jürgen Trittin ja noch werden.

Besser Öko- statt Merkelsteuer

[Hanna Gersmann, *taz* vom 8.5. 2006] Der "Förderverein ökologische Steuerreform" stellt dem Finanzminister eine Alternative zur Mehrwertsteuer-Erhöhung vor, die "eine doppelte Rendite bringt". Zu dieser Einschätzung kommt zumindest das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung

"Öko- statt Merkelsteuer" – am Wochenende legte der Förderverein ökologische Steuerreform (FÖS) ein Konzept unter dieser Überschrift vor. "24 Milliarden Euro, die der Fiskus in vier Jahren zusätzlich kassieren will, kann auch eine ökologisch-soziale Finanzreform bringen", sagt FÖS-Vorstand Anselm Görres. Der FÖS ist so etwas wie ein Fanclub der Ökosteuer, die Arbeit billig und Energie teuer machen soll. Unter den 200 Mitgliedern sind etwa der Wirtschaftsweise

Wolfgang Wiegard oder der CSU-Abgeordnete Josef Göppel.

"Der Mechanismus von Öko- und Mehrwertsteuer ist derselbe", erklärte Görres auf der FÖS-Jahreskonferenz in der Berlin. Beide indirekten Steuern fließen in die Sozialkassen. Die Mehrwertsteuer belastet Waren und Dienstleistungen "wahllos". Die Ökosteuer hingegen drosselt den Verbrauch von Kohle, Gas oder Öl. Die ökologische Finanzreform soll in einer Legislaturperiode 19 Milliarden Euro bringen, indem Preise fürs Autofahren, Fliegen oder Heizen "spürbar" erhöht werden. Beispiel Heizöl: Der FÖS setzt 4 Cent pro Liter an. Diese kämen auf die 58 Cent drauf, die der Liter leichtes Heizöl hierzulande etwa im Februar kostete. Zum Vergleich: Die Italiener zahlen für dieselbe Menge derzeit 1,10 Euro, die Schweden 1 Euro. Der neuerliche Ökoaufschlag sei "moderat", sagt Görres.

Doch schon die von 1999 bis 2003 in Stufen eingeführte Ökosteuer war in den Parteien umstritten. Der SPD-Autokanzler Gerhard Schröder fürchtete, die Sympathien der Autofahrer zu verlieren. Die Union wettete gegen die K.o.-Steuer, die die Republik ins Verderben treibe. Mit der Wirklichkeit hat das allerdings nichts zu tun. Wissenschaftler haben den Öko-Cents längst positive Effekte attestiert. "Eine doppelte Dividende", sieht Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: Während der Energieverbrauch und damit die Kohlendioxidemissionen gemindert würden, nähme die Beschäftigung leicht zu. Tatsächlich ist der Benzinverbrauch um 15 Prozent gesunken seit 1999 der Ökoaufschlag kam. Jahrelang vorher war er gestiegen. Mittlerweile fahren immer mehr Bürger Bus und Bahn. Der Staat hat zugleich 18,7 Milliarden Euro eingenommen, die zum großen Teil in die Rentenkasse geflossen sind. Dadurch verringerten sich die Rentenbeiträge um 1,7 Prozent, im Schnitt um 480 Euro pro Arbeitsplatz.

Die Bundesregierung will solche Erfolgsstory offenbar nicht sehen. Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) erklärte gerade, "die internationale Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes" verbessern zu wollen. Obwohl das heute ohnehin nur 60 Prozent der regulären Ökosteuersätze auf entrichten muss, will Glos das

weiter senken. Zwar sieht auch schwarz-rot partiell Vorteile der Ökosteuer. Wie sagte Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) jüngst: "Es gibt gute Gründe gegen die Mehrwertsteuererhöhung – sie wird trotzdem kommen."

Das FÖS-Konzept:

<http://www.taz.de/pt/2006/05/08/a0142.1/text>

Die Ökosteuer lebt

[Ulrich Schäfer, Süddeutsche Zeitung vom 6. 5. 2006] Der Satz war eindeutig, Angela Merkel wiederholte ihn vor der Bundestagswahl 2005 immer wieder: Die Ökosteuer wollte sie am liebsten abschaffen, wenn es denn nur der marode Haushalt zuließe, aber auf keinen Fall werde eine Unions-Regierung den Zuschlag auf Sprit- und Strompreis weiter erhöhen. CSU- Chef Stoiber sah das genauso: „Mit der Union wird es anders als bei Rot-Grün keine Durch der Energie geben.“ Das war vor der Wahl - und vor der Sitzung des Koalitionsausschusses am Mittwoch. Seither ist klar, dass der Staat sich auch unter der Kanzlerin Merkel an der Zapfsäule einmischt: Die Runde beschloss außer mancher Wohltat die Eckpunkte eines „Gesetzes zur Einführung einer Quotenregelung für Biokraftstoffe“. Von 1. Januar nächsten Jahres an müssen die Mineralölkonzerne jedem Liter Kraftstoff einen bestimmten Anteil Ökosprit beimischen: zwei Prozent bei Benzin, 4,4 Prozent bei Diesel. Und das wird gleich zweimal den Spritpreis treiben: Zum einen kosten Biodiesel und Ethanol mehr als normaler Kraftstoff, zum anderen wird die Regierung Ökokraftstoff, anders als bisher, voll besteuern. So steigen die Sätze auf Biodiesel und Ethanol zum 1. August dieses Jahres leicht, vom 1. Januar 2007 an gelten dann die gleichen Tarife wie für normalen Sprit; auf einen Liter Biodiesel werden dann 47 Cent fällig und auf einen Liter Ethanol 65,4 Cent; Für reinen Ökosprit soll es dagegen weiter eine Vorzugsbehandlung geben.

Durch diesen doppelten Eingriff wird der Spritpreis im nächsten Jahr um drei Cent werden sie draufschlagen müssen, weil zum Jahresbeginn die Mehrwertsteuer steigt. Macht also insgesamt sechs Cent – dies ist doppelt so viel wie einst die jährliche Anhebung der Ökosteuer.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) verspricht sich vom Biosprit- Gesetz einen üppigen

Geldsegen. Im nächsten Jahr will er 1,6 Milliarden Euro kassieren, von 2010 an sogar 2,2 Milliarden; dann muss noch mehr günstiger Kraftstoff beigemischt werden. Die Regierung will kontrollieren, dass jeder Mineralölanbieter seine Quote erfüllt:

„Aufbauend auf dem Mineralölsteuerlichen Meldeverfahren werden ein Register und ein Sanktionsverfahren eingeführt, mit deren Verwaltung eine bestehende Institution beauftragt wird“, schreibt sein Ministerium. Wer die Bio-Sprit-Quote nicht erfüllt, soll Strafe zahlen. „Die Höhe der Sanktion liegt oberhalb der Mehrkosten der Quotenerfüllung“, heißt es im Papier.

Der Finanzminister hat die Einnahmen fest eingerechnet. Doch die Koalitionsfraktionen müssen der neuen Ökosteuer noch zustimmen, Umweltpolitiker haben Widerstand angedroht. Steinbrücks Pläne seien „inakzeptabel“ sagt der Umweltsprecher der CDU/CSU, Josef Göppel. Und ein Kollege von der SPD, Hermann Scheer, warnt den Finanzminister schon mal vor „Luftbuchungen“.

Call to restart

German energy tax escalator

[*Environment Daily*, 8. 05. 2006] A German lobby group for environmental taxes has urged the government to resume increases in the country's ecotax energy tax programme rather than raising sales tax (VAT). Green Budget Germany discussed the relative merits of the two approaches to increasing tax revenues and lowering non-wage labour costs at a meeting in Berlin on Saturday.

The ecotax programme was introduced by the previous “red-green” government and saw energy taxes rise substantially between 1999 and 2003, when the increases stalled ([EED 15/10/02](#)). The left-right “grand coalition” that took over last year opted against further increases. It plans instead to raise VAT by three percentage points from 2007 ([EED 09/11/05](#)).

Green Budget Germany said it had calculated that by increasing ecotax rates again and by scrapping “environmentally harmful” subsidies, the government could raise €19bn by 2009. This is not far short of the €24bn it expects to get from

higher VAT.

However, an MP from the centre-right CDU/CSU, which now leads Germany's government, reaffirmed his party's hostility to the ecotax. It had “destroyed a million jobs and damaged Germany's economic competitiveness in Europe”, Otto Bernhardt told the meeting. Green Budget Germany's chairman Anselm Görres acknowledged the unpopularity of the ecotax with the CDU/CSU and the public.

Separately, the association said that as part of Germany's transposition of the EU energy tax directive ([EED 28/10/03](#)), the government was planning to fully exempt four energy-intensive industries from energy taxes. The industries are glass and ceramics, metalworking, chemicals and aluminium.

According to environment ministry official Bettina Meyer, German industry is pushing for even more relief from energy taxes. “Intense lobbying is going on to try to gain another €700m worth of tax exemptions that pre-date the launch of the energy tax programme in 1999,” Ms Meyer told the conference.

German ecotax group rebuts job losses claim

[*Environment Daily*, 15. 05. 2006] Pro-environmental tax group Green budget Germany has rebutted a claim by MP Otto Bernhardt that the previous government's energy tax programme had put 1m people out of work. Mr Bernhardt made the claim, citing a study by German industry association, BDI ([EED 08/05/06](#)). However, in response to inquiries by Green budget Germany, the association said it knew of “no reliable figures concerning the impact on jobs energy taxes have had.” Mr Bernhardt told ENDS that he stood by his claim.

Anmerkung des FÖS: Übersicht über Studien, die die positiven Wirkungen der ÖSR belegen:

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-059.htm>

FÖS-Mitgliederversammlung blickt nach vorn

Inhaltlicher Höhepunkt der regulären FÖS-Mitgliederversammlung war die einstimmige Verabschiedung einer Resolution „Deutsche Klimapolitik muss sich am Notwendigen und am Möglichen orientieren“ – vorgestellt von Andreas Wolfsteiner.

Neben der Verabschiedung des Haushaltes, der Entlastung des Vorstandes standen auch mit einer Ausnahme Neuwahlen zum FÖS-Vorstand an. Neben Dr. Anselm Görres, Bettina Meyer und Andreas Wolfsteiner wurde Diplom-Geographin Kerstin Bohnsack, die beruflich bei Euronatur tätig ist, neu in den Vorstand gewählt. Matthias Seiche schied freiwillig aus und wurde mit großem Dank und Applaus verabschiedet.

Resolution:

Deutsche Klimapolitik – am Notwendigen und Möglichen orientiert

[Andreas Wolfsteiner, FÖS] Der FÖS hat auf seiner Mitgliederversammlung am 05. Mai 2006 in Berlin eine Blaupause für den Klimaschutz mit Hilfe marktwirtschaftlicher Instrumente verabschiedet.

Die wichtigsten Inhalte der Resolution:

Klimaschutzpolitik ist auch eine große ökonomische Herausforderung. Ohne, dass marktwirtschaftlichen Instrumenten, wie ökologisch orientierten Energiesteuern und Emissionszertifikate, eine Schlüsselrolle zukommt, ist diese Aufgabe realistisch nicht zu bewältigen. Auf die Vorteile marktwirtschaftlicher Instrumente in Punkto Kosteneffizienz und Innovationsanreize können wir nicht verzichten.

Marktwirtschaftliche Instrumente eröffnen zudem auf Grund ihrer spezifischen Vorteile einen größeren nationalen Handlungsspielraum als Ordnungsrecht und Subventionen. Letzteren Instrumenten wird nur deshalb oft der Vorzug gegeben, weil sie politisch leichter durchsetzbar sind. Hier bedarf es massiver gesellschaftspolitischer Aufklärungsarbeit und dem Verzicht der Politik, aus kurzfristigen wahltaktischen Überlegungen heraus, gegen

marktwirtschaftliche Instrumente zu polemisieren, die im Prinzip von fast allen Parteien als sinnvoll erachtet werden.

Langfristig sind internationale Reduktionsverpflichtungen von Treibhausgasen im Post-Kyoto-Prozess notwendig, die die Folgen des Klimawandels tatsächlich auf ein verträgliches Maß begrenzen. Man geht heute von mindestens 70 Prozent weltweit bis 2050 aus.

Aber auch bis zur Vereinbarung zielführender internationaler Reduktionsverpflichtungen kann Deutschland marktwirtschaftliche Instrumente entscheidend weiter entwickeln. So sollte, neben einer konsequenten Weiterführung der Ökologischen Finanzreform, ein Entscheidungsmechanismus für die stetige Anhebung von ökologisch orientierten Energiesteuern* angestrebt werden, der zum Beispiel folgende Parameter berücksichtigen könnte:

- Ökologischer Zielerreichungsgrad
- Klimaschutzanstrengungen andere Staaten (z.B. EU15) - als ein Indikator könnte deren Energiepreise dienen
- Entwicklung der Rohöl- und Gaspreise am Weltmarkt

Ein solcher Mechanismus könnte eine Verbindung schaffen zwischen dem was ökologisch notwendig ist und dem was ökonomisch möglich ist.

Der FÖS wird insbesondere am Thema Verstärkung marktwirtschaftlicher Instrumente weiter arbeiten. Er fordert deshalb Experten und Interessierte dazu auf, Vorschläge zu machen, wie vorerst auf nationaler Ebene die Institutionalisierung von Erhöhungsschritten ökologisch orientierten Energiesteuern ermöglicht werden kann. Dabei müssen die Globalisierung, die Rohölpreisentwicklung und die Planungssicherheit für Bürger und Wirtschaft maßgeblich Berücksichtigung finden.

Eine solche Diskussion mag dem einen oder anderen vor dem derzeitigen Hintergrund drastisch steigender Ölpreise und der Tatsache, dass das Thema politisch einfach nicht opportun ist, unrealistisch erscheinen. Dies greift aber nach Ansicht des FÖS zu kurz. Das Thema Ölpreis wird nicht ständig auf dem gleichen Aktualitätsniveau bleiben. Zudem beinhaltet der

derzeitige Ölpreis auch einige temporäre Effekte, so dass ein zeitweiser Rückgang nicht ausgeschlossen ist. Auf der anderen Seite wird das Ausmaß, um das wir die Treibhausgasemissionen reduzieren müssen, der Politik und Bevölkerung aufgrund des Klimawandels immer mehr bewusst werden. Auch der Post-Kyoto-Prozess wird in den nächsten Jahren in Gang kommen und für Öffentlichkeit sorgen. Dabei werden Reduktionsvorgaben von bis zu 90 % weniger Treibhausgasen in Industrienationen zur Diskussion stehen. Die Frage nach der Umsetzung solcher Ziele wird in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Insgesamt wird dabei schnell klar sein, dass die klassischen Instrumente Ordnungsrecht, Subventionen und umweltbewusstes Handeln mit dieser Aufgabe völlig überfordert sind und eine Politik von der Hand in den Mund dem langfristig zu lösenden Problem Klimawandel nicht gerecht wird. Wichtige Schritte für mehr Umweltschutz durch marktwirtschaftliche Instrumente wurden getan. Sie greifen aber immer noch wesentlich zu kurz. Wenn ein entsprechendes Bewusstsein wächst, sollten wir darauf vorbereitet sein, um dann profunde Vorschläge machen zu können!

Wir werden daher im Newsletter die Diskussion darüber weiterführen – bringen Sie Ihre Meinung und Expertise ein.

*Epilog zum Thema Zertifikate: Grundsätzlich sind Zertifikate genauso positiv zu beurteilen wie ökologisch orientierte Energiesteuern. Bei Zertifikaten geht es statt um eine stetige Erhöhung von Steuersätzen, um eine stetige Reduzierung der Nutzungsrechte. Bei der Frage, welchem Instrument der Vorzug zu geben ist, kommt es auf die konkreten Umstände und die Durchsetzbarkeit an. Altbekannt sind die folgenden komparativen Vorzüge: mehr ökologische Planungssicherheit bei Zertifikaten und mehr ökonomische Planungssicherheit bei Internalisierungssteuern.

<http://www.foes.de/downloads/ResolutionMV2006.pdf>

3. FÖS-TERMINE

Ökologische Abgaben und Steuern in der Schweiz und in Europa, Bern 1. Juni 2006

Neue ökologische Abgaben und Steuern lösen in der Schweiz immer wieder heftige Diskussionen aus. Die Erfahrungen der europäischen Länder zeigen, dass diese sehr wirksam und effizient sind und dem aktuellen wirtschaftlichen Trend nach mehr Markt gerecht werden. Gerade die Besteuerung von Energie wirkt sich positiv aus auf Klimaschutz, Innovation, Wirtschaft und Arbeitsplätze. Die Tagung zeigt, welche Erfahrungen die Schweiz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten gemacht hat und wo sie im Vergleich zu den europäischen Ländern steht. Zudem wird thematisiert, welche positiven Auswirkungen sich für die Schweizer Wirtschaft und Umwelt durch ein rasches Handeln ergeben würden.

Zielpublikum: PolitikerInnen, Mitglieder von Behörden und Verwaltungen, VertreterInnen der Wirtschaft und von Verbänden, Medien.

Für den FÖS nehmen Dr. Anselm Görres und Kai Schlegelmilch als Referenten der Veranstaltung von „pusch – praktischer Umweltschutz Schweiz“ teil. Weitere Informationen:

<http://umweltschutz.ch/agenda/>

Weltökosteuerkonferenz in Ottawa 2006

Die Universität von Ottawa ist Gastgeber der „Seventh Annual Global Conference on Environmental Taxation“ vom 22. – 24. Oktober 2006. Das Schwerpunktthema der weltgrößten Ökosteuerkonferenz ist die Übersetzung von Theorie in Praxis. Die Konferenz ist ein Forum für Wissenschaftler insbesondere aus den Bereichen Recht, Ökonomie, Politik, Ökologie sowie für Vertreter von Verbänden, Institutionen aus dem Bereich fiskalischer oder ökonomischer Instrumente zur Verbesserung der Umwelt.

Weitere Informationen zur Konferenz gibt es unter:

<http://www.environmental-tax-conference.uottawa.ca>

Zur Weltökosteuerkonferenz 2004 in Pavia ist ganz druckfrisch ein sehr umfangreicher Tagungsband erschienen:

<http://www.richmondlawtax.com/envirotax3.shtml>

The Polluter Pays Principle in Malta and the EU

Über diese vom FÖS mit Unterstützung des Bundesumweltministerium und der Maltesischen Umwelt- und Planungsbehörde gemeinsam organisierten Konferenz liegt nun ein erster Bericht vor.

Es referierten unter anderem FÖS-Vorsitzender Dr. Anselm Görres und Kai Schlegelmilch für das Bundesumweltministerium, sowie Marie Briguglio für die Malta Environment and Planning Authority (MEPA):

Die Kurzzusammenfassung von Konferenzleiter Keith Capello (MEPA) gibt es in Englisch unter: http://www.foes.de/downloads/ETR_Malta_Summary_reportv3.pdf

4. ENERGIEGIPFEL

Der Gipfel der Aussparungen

[Reinhard Loske, *Netzeitung*, 31.03. 2006] Wenn am kommenden Montag im Kanzleramt der so genannte Energiegipfel stattfindet, bleiben zentrale Fragen der Energiepolitik außen vor. Es ist noch zu verstehen, dass die Regierung die Atomkraft nicht aufrufen will, weil sie hier uneins ist. Schließlich will man sich vor Publikum nicht beharken, obwohl es interessant gewesen wäre, die «Angebote» der AKW-Betreiber für Klimaschutz und stabile Strompreise einmal schwarz auf weiß zu sehen

Schon weniger verständlich ist das Ausblenden der Steinkohlesubventionen, weil es hier um Milliardenbelastungen der öffentlichen Haushalte geht, ohne dass ein energiepolitischer Nutzen auszumachen wäre. Was etwa wird aus den «Ewigkeitskosten» des Bergbaus, wenn die Ruhrkohle AG an die Börse geht? Soll wieder der Steuerzahler bluten? Völlig unverständlich ist, dass langfristige Klimaschutzziele und der Emissionshandel nicht thematisiert werden sollen,

schließlich hat die Menge an erlaubtem Kohlendioxidausstoß bis 2010, 2020 oder 2050 direkte Rückwirkungen auf die Energieinfrastrukturen der Zukunft. Planungssicherheit kann so nicht entstehen.

Und ans Absurde grenzt, dass die Sektoren, die fast vollständig von den Importenergien Öl und Gas abhängen, nämlich der Verkehrs- und der Haushaltsbereich, nur am Rande gestreift werden sollen. Das ist so, als würde man einen Gipfel zur Haushaltskonsolidierung abhalten und die Themen Pensionslasten und Subventionsabbau unberücksichtigt lassen. In Wahrheit haben wir es am Montag also bestenfalls mit einem Stromgipfel, vielleicht sogar nur mit einem Strompreisgipfel zu tun. Eine konsistente Energiestrategie jedenfalls sieht anders aus.

So unvollständig die Themenliste ist, so bezeichnend ist die Teilnehmerliste. Vorneweg werden die vier großen Strommonopolisten hofiert, die direkt oder indirekt über achtzig Prozent des Strommarktes kontrollieren und diesen Zustand auch fortschreiben wollen. Sie sollen, so der Wunsch der Regierung, eine Liste von Neuinvestitionen in Großkraftwerke, vor allem Kohlekraftwerke mitbringen. Diese Liste wird überwiegend Altbekanntes und schon mehrfach Angekündigtes enthalten und unter einem Vorbehalt stehen: Nur wenn im Rahmen des so genannten Emissionshandels sehr weitgehende Verschmutzungsrechte an die Stromkonzerne vergeben werden, so hört man von diesen, seien sie auch bereit, die angekündigten Investitionen zu realisieren.

Der Klimaschutz soll mithin als Geißel genommen werden, um zentralistische Strukturen in der Elektrizitätswirtschaft festzuschreiben. Das ist alles andere als Innovation, das ist die Einschränkung klimapolitischer Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft. Und es ist das faktische Behindern von dezentralen und wettbewerbsorientierten Energiepfaden. Denn sind Kohlekraftwerke einmal gebaut, laufen sie im Regelfall vierzig Jahre, also bis 2050.

Schenkt man der Klimaforschung aber Vertrauen, dann müssen die Kohlendioxidemissionen der Industrieländer in eben diesem Jahr 2050 um sechzig bis achtzig Prozent unter dem Niveau von heute liegen, um den globalen Wandel in

vertretbaren Grenzen zu halten. Neue Kohlekraftwerke dürften also nur noch gebaut werden, wenn zugleich die Abscheidung und Rückhaltung von Kohlendioxid gelänge. Dazu ist von den großen Stromkonzernen aber außer allgemeinen Bekundungen nichts zu hören.

Immerhin ist die neue Regierung klug genug, um den gewachsenen Stellenwert der erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Wirtschaftsbranche zu erkennen. Vertreter der Biomasse-, Solar- und Windenergie sitzen mit am Tisch, wenn es um den Energiemix der Zukunft geht. Auch diese Branche braucht aber Planungssicherheit und nicht nur warme Worte. Sie braucht klare Wachstumsziele in den Bereichen Strom, Wärme und Kraftstoffe.

Vor allem muss bezüglich der Förderinstrumente Klarheit geschaffen werden, um jetzt die notwendigen Investitionen loszutreten: Wie geht es mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz weiter? Was wird aus den steuerlichen Anreizen zum Einsatz von Bioenergien? Wann kommt das Wärmegesetz für regenerative Energien und wann der Beimischungszwang für Biokraftstoffe? Hier ist die Regierung bislang Antworten schuldig geblieben.

Wenn über die Energieerzeugungsseite gesprochen wird, dann darf vor allem die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) nicht fehlen, also die gemeinsame Erzeugung von elektrischer und thermischer Energie. Sie ist einer der wichtigsten Schlüssel zur klimaverträglichen Energieversorgung. Die alte Bundesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, den KWK-Anteil an der Stromerzeugung bis 2010 von zehn auf zwanzig Prozent zu verdoppeln, aber nicht genug zur Erreichung dieses Ziels getan. Jetzt muss Bilanz gezogen und versucht werden, dem gesteckten Ziel noch so nahe wie möglich zu kommen.

Vernünftig wäre hier ein Quotenmodell, das allen Energieversorgern einen bestimmten KWK-Anteil vorschreibt, ihnen aber Freiheit bei der Zielerreichung lässt. Profiteure einer solchen Regelung wären vor allem dezentrale Energieanbieter wie die Stadtwerke und Technologieunternehmen.

So wichtig Vereinbarungen über moderne Kraftwerke, erneuerbare Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung auch sind, der absolute Primat

der Energiepolitik muss in Zukunft der Einsparung gehören, also der intelligenten Nutzung von Energie und der Bekämpfung ihrer Verschwendung auf allen Ebenen. Schon heute ließen sich in den meisten Industriestaaten zwanzig bis dreißig Prozent des Energieverbrauchs einsparen, wenn die beste verfügbare Technologie zum Einsatz käme.

Bis Mitte des Jahrhunderts ist in Deutschland mindestens eine Halbierung des Energieverbrauchs ohne Wohlstandsverluste möglich. Wenn Anlagen-, Motoren- und Heizkesselbauer ihre technischen Potenziale ausspielen können, Architekten und Bauherren umdenken und das allgemeine Energiebewusstsein steigt, lässt sich Erstaunliches erreichen. Eine «Nationale Strategie zur Verbesserung der Energieintelligenz» wäre volkswirtschaftlich, energie- und klimapolitisch sinnvoll.

Volkswirtschaftlich bedeutet Energieeinsparung nichts anderes als die Substitution von teuren Energieimporten durch Handwerksleistungen, Industrieproduktion und Ingenieursverstand im Inland. Energiepolitisch macht uns Einsparung unabhängiger von Öl- und Gasimporten aus politisch prekären Weltregionen. Und sie ist die Voraussetzung dafür, dass der Anteil der erneuerbaren Energien zügig in relevante Größenordnungen steigen kann und wir in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts in eine kohlendioxidfreie Energieversorgung einschwenken.

Das alles passiert nicht von selbst, sondern muss gemeinsam von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gestaltet werden. In einer solchen Philosophie haben dann auch Energiedialoge und Energiegipfel ihren Platz. Aber bitte nicht als Gipfel der Aussparungen, sondern als Gipfel der Einsparungen.

Reinhard Loske ist Bundestagsabgeordneter der Grünen und lehrt Politische Wissenschaften am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er ist Vorsitzender der Studiengruppe für Globale Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Die Politik muss die erneuerbaren Energien verlässlich fördern

[Kommentar Nick Reimer, taz, 16.03.2006] Auf Einladung von Angela Merkel wollen die Regierungsparteien Anfang April den bislang einzig schwer wiegenden Konflikt dieser Koalition lösen: die künftige Energiepolitik. Die konventionelle Energiewirtschaft hat angekündigt, 50 Milliarden Euro bis 2050 in eine Erneuerung des deutschen Kraftwerkparcs zu investieren. Passieren soll das aber erst, wenn die Rahmenbedingungen stabil sind: RWE, Eon und Co. geben schließlich viel Geld aus, was sich erst bei langen Laufzeiten lohnt.

Aber auch die andere Seite hat sich warm gelaufen: Die Branche der regenerativen Energiewirtschaft hat gestern in Berlin verkündet, dass sie sogar 200 Milliarden Euro investieren will - und das bis 2020. 200 Milliarden Euro von den kleinen Windmüller oder Biogasbauern? Die Zahl klingt tatsächlich derart fantastisch, dass Zweifel angebracht sind. Berechtigt allerdings ist die Forderung, ohne die auch diese Summe keinesfalls zu erzielen ist: stabile Rahmenbedingungen.

Erstens nämlich ist der Ausbau dezentraler Kraftwerke an einen Ausbau der Übertragungsnetze gekoppelt – den RWE, Eon und Co. erbringen müssen. Zweitens darf nicht alle vier Jahre das Erneuerbare Energien-Gesetz in Frage gestellt werden. Stattdessen sollte wirklich das passieren, was der Gesetzgeber klugerweise einst forderte: Nach jeweils vier Jahren sind die Fördersätze dem technischen Fortschritt anzupassen.

Stabile Rahmenbedingungen, fairer Wettbewerb, verlässliche Preisbildung – Solarstromer oder Windmüller haben darauf genau denselben Anspruch wie die konventionelle Stromwirtschaft. Grundlage für erfolgreiches Investieren sind Planungshorizonte, also belastbare Zusagen der Politik. Mag ja sein, dass die Erneuerbare-Strom-Branche mit prognostizierten 200 Milliarden Euro ganz schön großspurig daherkommt. Doch immerhin investierte sie im vergangenen Jahr bereits knapp 10 Milliarden in neue Produktionskapazitäten. Zudem bringt die Offshore-Technik eine wahre Investitionslawine ins Rollen. Und die

Erfahrung zeigt: Bislang hat die Branche noch jede der eigenen Prognosen übertroffen.

Industrie verspricht Milliarden-Investitionen

[Spiegel Online, 3.04. 2006] So viel Harmonie war nie – beim Energiegipfel mit Bundeskanzlerin Merkel gab sich die deutsche Energiewirtschaft lammfromm. Die Konzernchefs versprachen Milliarden-Investitionen für Kraftwerke, Versorgungsnetze und erneuerbare Energien. Der Streit um die Atomkraft wurde vertagt.

Am Ende trat eine sichtlich zufriedene Bundeskanzlerin vor die Mikrofone. "Ich kann heute berichten, dass die Wirtschaft Zusagen gemacht hat, bis 2012 Investitionen in neue Kraftwerke und Netze von mehr als 30 Milliarden Euro in Aussicht zu stellen", sagte Angela Merkel – nach Abschluss des dreieinhalbstündigen Energiegipfels im Kanzleramt. Die in Aussicht gestellten Mittel gingen über bisherige Zusagen hinaus. Die Unternehmen des Sektors der erneuerbaren Energien wollen Merkel zufolge bis zu 40 Milliarden Euro investieren. Diese Zusagen bedeuteten auch Arbeitsplätze, betonte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU).

Die zusätzlichen Kapazitäten sollen helfen, die steigenden Energiepreise unter Kontrolle zu bekommen. Das in der Großen Koalition heiß umstrittene Thema Kernkraft soll nach Merkels Worten in den kommenden Monaten weiter debattiert werden – "ich vermute auch kontrovers", sagte die Kanzlerin. Das habe sich beim Treffen angedeutet. Im September soll es einen weiteren Energiegipfel geben. Nach Angaben von Umweltminister Sigmar Gabriel stand der Streit über den Atomausstieg aber nicht im Mittelpunkt des Energiegipfels.

Unmittelbar vor dem Treffen der Regierung mit führenden Vertretern der Energiebranche und anderen Experten war der Streit über den Atomausstieg noch einmal aufgebrandet. Merkel hatte durchblicken lassen, dass sie sich die Option Kernkraft mittelfristig offen halten will. Die Union ist sich sicher, dass die SPD schließlich einlenken wird. Dagegen bekräftigten führende Sozialdemokraten, es bleibe beim Koalitionsvertrag und damit auch beim Atomausstieg.

Nach dem Gipfel berichtete Merkel, dies sei der Auftakt für die Arbeit an einem nationalen energiepolitischen Gesamtkonzept für den Zeitraum bis 2020 gewesen. Es gehe darum, die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, steigende Preise zu stoppen und die umweltpolitischen Herausforderungen des Klimaschutzes in den Blick zu nehmen. Konkrete Beschlüsse wurden auf dem Gipfel zunächst nicht gefasst.

Es seien drei Arbeitsgruppen eingesetzt worden, die die internationalen, die nationalen und die Gesichtspunkte der Effizienz durchleuchten sollen. Erste Ergebnisse sollen im September debattiert werden. Merkels Fazit nach diesem "ersten von mehreren Spitzengesprächen": "Es war ein konstruktives Klima, das mich hoffen lässt, das sehr komplizierte Feld der Energiepolitik zum Wohle der Menschen in unserem Lande voranzubringen", sagte die Kanzlerin. Auch Gabriel und Glos zogen eine positive Bilanz.

Für die milliardenschweren Investitionszusagen der Industrie versprach im Gegenzug auch die Regierung, zwei Milliarden Euro in die Energieforschung zu stecken. Darüber hinaus wolle man alles für mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten und niedrigere Preise tun. Alle Möglichkeiten zur Senkung der Strom- und Gaspreise sollten konsequent genutzt werden, hieß es. Glos sagte, das Thema Wirtschaftlichkeit sei ihm besonders wichtig. Auch Gabriel betonte, der Umweltminister habe kein Interesse an höheren Energiepreisen.

Zu dem Treffen im Kanzleramt hatte Merkel die Chefs großer Energiekonzerne wie Eon und RWE geladen. Mit am Tisch saßen außerdem Vertreter der Branche der erneuerbaren Energien sowie Gewerkschafter und Verbraucherschützer.

Energiegipfel ist Propagandacoup

[*Rheinland Pfalz Online, 5.04.2006*] Der frühere Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hat den Energiegipfel mit deutlichen Worten kritisiert: Die Veranstaltung sei ein "großer Propagandacoup" für die Stromkonzerne. Die Unternehmen machten ihre Investitionszusagen davon abhängig, dass sie im Gegenzug kostenlose Emissionszertifikate erhielten.

Die Stromkonzerne hätten von ihren großzügig angebotenen Investitionsmilliarden allein 20 Milliarden Euro bereits bei Rot-Grün dreimal verkauft, sagte Trittin der Chemnitzer "Freien Presse". Mit den restlichen zehn Milliarden Euro werde das Netz ausgebaut, was ohnehin fällig gewesen wäre. "Es gibt nicht einen Euro neues Geld", betonte der Fraktionsvize.

Zudem verwies Trittin darauf, dass die Stromkonzerne nur investierten, wenn die Bundesregierung ihnen künftig die Emissionszertifikate kostenlos zur Verfügung stelle. Damit entfalle für die Unternehmen der Anreiz, in neue schadstoffarme Kraftwerke zu investieren. Die vereinbarte Senkung des CO₂-Ausstausches müsse dann von Privathaushalten erbracht werden, was letztlich der Steuerzahler zu tragen habe.

Energiegipfel enttäuscht Verbraucher

[*Anselm Waldermann, Tagesspiegel, 4.04. 2006*] Das Ergebnis des Energiegipfels bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist auf ein unterschiedliches Echo gestoßen. Während die Energiewirtschaft selbst von einem Erfolg sprach, äußerten Verbraucherschützer und Umweltverbände Kritik. „Das war kein Verbrauchergipfel, das war ein Konzerngipfel“, sagte die Chefin des Bundesverbands der Verbraucherzentralen, Edda Müller, am Dienstag. Auch die Grünen, die bei dem Treffen nicht vertreten waren, zeigten sich skeptisch. Sie kritisierten vor allem, dass die Frage des Atomausstiegs offen geblieben war.

Auf dem Energiegipfel am Montagabend mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft hatten die Stromkonzerne Investitionen von 34,5 Milliarden Euro bis 2012 zugesagt. Die Regierung versprach im Gegenzug, die Ausgaben für Energieforschung bis 2009 um 30 Prozent auf zwei Milliarden Euro aufzustocken. Darüber hinaus waren sich die Teilnehmer einig, die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, steigende Energiepreise zu verhindern und den Klimawandel im Blick zu haben.

Bei der Atomkraft war es erwartungsgemäß zu keiner Einigung gekommen. Allerdings hatten die Stromkonzerne das Thema gegen den erklärten

Wunsch der SPD zu Wort gebracht. Nach Informationen dieser Zeitung nahm der Komplex aber nur rund zwanzig Minuten von insgesamt knapp vier Stunden in Anspruch.

Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) betonte am Dienstag, dass sich die großen Versorger zu dem von ihnen selbst unterschriebenen Atomausstieg bekannt hätten. Die Konzernchefs hätten ihm zugesichert, auch dann mit der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn es beim Atomausstieg bliebe.

Kritik wurde am Dienstag auch an den Investitionszusagen der Konzerne laut. So monierte Grünen-Fraktionschefin Renate Künast, dass die zugesagten Milliarden nicht neu seien. Auch die Energiekonzerne selbst räumten dies ein. „Das meiste sind schon bekannte Projekte“, hieß es bei RWE. Auch Vattenfall wollte keine einzelnen Maßnahmen nennen, die aufgrund des Energiegipfels durchgeführt würden. Nur das ohnehin geplante CO₂-freie Kohlekraftwerk des Konzerns am Standort Schwarze Pumpe wurde beim Gipfeltreffen namentlich erwähnt. In dem Pilotprojekt soll das bei der Verbrennung anfallende Klimagas CO₂ von den übrigen Abgasen abgespalten und in unterirdischen Speichern gelagert werden.

Ein weiteres strittiges Thema waren die stark gestiegenen Preise für Strom und Gas. Teilnehmern zufolge mahnte vor allem Verbraucherschützerin Müller an, dass der Wettbewerb bisher nicht funktioniere. In Arbeitsgruppen soll das Thema nun bis zu einem weiteren Gipfeltreffen im September erörtert werden.

Schwung in die Debatte könnte auch die EU-Kommission bringen. Sie will Deutschland zur stärkeren Öffnung seiner Energiemärkte zwingen. Die Behörde leitete deshalb am Dienstag in Straßburg gegen die Bundesrepublik und 16 andere Mitgliedstaaten ein Verfahren ein. Ziel ist, die Energiemärkte stärker für den Wettbewerb zu öffnen. Die Regierungen haben nun zwei Monate Zeit, um auf die Abmahnung zu reagieren. Anderenfalls will die Behörde die Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.

Jugendorganisationen fordern eine weitsichtige Energiepolitik

[Pressemitteilung Jugendbündnis Zukunftsenergie, 30.03.2006]. Die Vorstandschefs der Energieriesen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall sind dabei, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel am 3. April den Energiegipfel eröffnet. Jugendorganisationen wurden dagegen nicht eingeladen. Dabei werden Kinder und Jugendliche besonders von den Folgen der Entscheidungen betroffen sein, die jetzt in der Energiepolitik getroffen werden. „Wir müssen den Klimawandel ausbaden und die falschen Investitionen bezahlen, wenn die Politiker und Vorstandschefs längst nicht mehr da sind“, so Undine Ziller vom Jugendbündnis Zukunftsenergie.

Das offene Netzwerk von Jugendumweltorganisationen fordert eine schnelle, nachhaltige und generationengerechte Energiewende. Der Bau von neuen Großkraftwerken mit langen Amortisierungszeiten mache langfristig unflexibel, und politisch wie wirtschaftlich abhängig. „Der Ausbau von Erneuerbaren Energien im Elektrizitäts-, Wärme- und Verkehrsbereich muss daher mit Hilfe aller politischen Förderinstrumente beschleunigt und die Energieeffizienz verbessert werden“, verlangt Christian Hodgson vom Jugendbündnis.

Das Jugendbündnis fordert die Beteiligung von Jugendlichen an allen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu Energiefragen. „Wir wollen mitentscheiden, wenn es um die künftige Energieversorgung geht.

Hier wird unser späteres Leben verhandelt“, sagt Undine Ziller, die sich mit dem Jugendbündnis für eine Energieversorgung aus 100% Erneuerbaren Energien stark macht. Zu ihrer Vorstellung gehören der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie ebenso wie ein kompletter Verzicht auf fossile Energieträger. Externe Kosten müssten transparent gemacht und von allen Verursachern anteilig getragen werden.

Christian Hodgson fasst zusammen: „Den Teilnehmern des Energiegipfels wollen wir Folgendes mitgeben: Die Folgen des Klimawandels verursachen ökologische und soziale Kosten, die wir im Hinblick auf die nach-

folgenden Generationen auf keinen Fall verantworten können. Deshalb müssen nachhaltige Entscheidungen getroffen werden und wir mit an den Verhandlungstisch!“

Das Jugendbündnis Zukunftsenergie:

Das Jugendbündnis Zukunftsenergie ist eine Initiative aus der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUNDjugend), der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB), Youth for Intergenerational Justice and Sustainability (YOIS), der Naturschutzjugend (NAJU), der Naturfreundejugend Deutschlands und freien Aktiven. Das Jugendbündnis Zukunftsenergie hat sich im Umfeld der

renewables2004 gegründet und setzt sich mit Aktionen und Veranstaltungen für den weiteren Ausbau regenerativer Energien ein. Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Tschernobylkatastrophe veranstaltet das Netzwerk vom 20.-23. April in Berlin den zweiten internationalen Youth Energy Summit – YES'06.

<http://www.zukunftsenergie.org>

<http://www.YES2006.de>

5. ENERGIEPOLITIK

EU prüft deutsches Energiesteuergesetz

[Tagesspiegel, 15.05.2006]. Brüssel vermutet verdeckte Subventionen und fordert weitere Informationen aus Berlin

Die EU-Kommission prüft das neue Energiesteuergesetz, das Mitte März vom Bundeskabinett verabschiedet wurde und am 1. August in Kraft treten soll. Wie das Handelsblatt aus Kommissionskreisen erfuhr, hat die Wettbewerbsbehörde das Ministerium ersucht, mögliche „beihilferelevante Elemente“ in dem Gesetzentwurf zu erläutern. Eine Sprecherin von Finanzminister Peer Steinbrück bestätigte ein entsprechendes Schreiben an das Finanzministerium. Die Bundesregierung muss den Brief aus Brüssel bis zum 24. Mai beantworten. Konkret interessiert sich EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes für den Plan der großen Koalition, energieintensive Branchen wie

Glas, Keramik, Baustoffgewerbe sowie die Metall- und Chemieindustrie von der Energie- und Stromsteuer zu befreien.

Die Neuregelung geht über die bisherigen Ermäßigungen von der Ökosteuer hinaus, die die Kommission 2004 nach jahrelangem Hickhack zwischen Berlin und Brüssel genehmigt hatte. Diese Genehmigung ist bis Ende 2006 befristet. Damals hatte die EU ihre beihilferechtlichen Bedenken gegen die selektiven Steuergeschenke zurückgestellt, weil die Bundesregierung und die Industrie versprochen hatten, im Zuge ihrer Klimaschutzvereinbarung Milliardenbeträge in den Bau neuer umweltfreundlicher Anlagen zu investieren und ihre Selbstverpflichtung zur Reduzierung der Treibhausgase einzuhalten. Experten bezweifeln, dass dies gelingen wird.

Das neue Energiesteuergesetz geht nun noch über das bislang Gewährte hinaus und verteilt zusätzliche Subventionen an die Industrie. Der ökologische Hintergrund der Steuerbefreiung ist in dem Gesetzentwurf völlig fallen gelassen worden. Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) begründete die Neuregelung mit der Notwendigkeit, diesen Branchen in Zeiten steigender Energiepreise unter die Arme zu greifen und damit den Standort Deutschland zu sichern. Die Steinbrück-Sprecherin sagte, die Maßnahmen stünden im Einklang mit der EU-Energiesteuerrichtlinie, die für bestimmte Industriezweige Begünstigungen zulasse. Der Gesetzentwurf werfe keine beihilferechtlichen Probleme auf und sei daher auch nicht in Brüssel angemeldet worden, erklärte sie. Fachleute bezweifeln, dass die Kommission dieser Linie folgen wird. „Allein mit wirtschaftspolitischen Argumenten kann eine solche branchenspezifische Besserstellung nicht begründet werden“, sagte etwa die Brüsseler Rechtsanwältin Dörthe Fouquet.

http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/15.05.2006/253202_2.asp

**Michael Müller:
Nur eine neue Energiepolitik hilft,
katastrophale Schäden des Klimawandels
abzuwenden**

[Pressemitteilung Bundesumweltministerium, 31.03.2006] Der Wandel des globalen Klimas schreitet deutlich schneller voran als befürchtet. „Bei allen Diskussionen um die Ausgestaltung des Emissionshandels oder der künftigen Unterstützung für Erneuerbare Energien wird eines oft vergessen: Wenn wir den Klimawandel und seine katastrophalen Folgen eindämmen wollen, dann brauchen wir eine grundlegende Umorientierung der nationalen und internationalen Energiepolitik“, sagte Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, vor dem bevorstehenden Energiegipfel. Die Politik befinde sich an einer wichtigen Weggabelung: „Entweder wir schaffen jetzt den Umstieg in eine intelligente und nachhaltige Energiezukunft, oder wir werden die ökonomischen und humanitären Kosten des Klimawandels mit voller Wucht zu spüren bekommen“, mahnte Müller.

Die Energiefrage ist die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Sie ist verknüpft mit möglicherweise irreversiblen Schäden für Umwelt und Klima, mit Chancengerechtigkeit für künftige Generationen, mit ökonomischem Wohlstand und Arbeitsplätzen sowie und mit Krieg und Frieden. „Nur wer heute umsteuert, kann auch morgen die Chancen für Wirtschaft und Export neuer Energietechnologien nutzen. Versäumter Klimaschutz kommt uns schon in dreißig Jahren rund viermal teurer als heutige Maßnahmen“, betonte Müller.

Die Folgen des Klimawandels, so Forschungsergebnisse der vergangenen Monate, sind noch drastischer als lange prognostiziert. „Die weltweiten Temperaturen klettern rascher als wir glaubten, allein das Jahr 2005 war das zweitwärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen“, sagte Müller. Dazu kommt eine Rekordeisschmelze in arktischen und montanen Regionen, ein beschleunigtes Fortschreiten der Wüstenbildung sowie Dürren in Afrika.

„Besonders stark erwärmt sich die arktische Polarregion. Das führt zu nicht wieder gut zu machenden Schäden“, mahnte Müller. Erst kürzlich hatten amerikanische Forscher festgestellt, dass die Erwärmung des Beringmeeres das Meereis schmelzen lässt und damit zum Beispiel Walrossen die Lebensgrundlage zerstört. Alarmierend ist auch das großflächige Wegbrechen des Grönlandeises. Dort sind die durchschnittlichen Temperaturen bereits um mehr als 2 Grad angestiegen. „Das alles können wir nur durch einen konsequenten, entschlossenen und nachhaltigen Kurswechsel im Umgang und Verbrauch mit Energie in den Griff kriegen. Die Zukunft der Energieversorgung muss auf den drei Säulen des Einsparens, der Effizienz und des weitergehenden Ausbaus Erneuerbarer Energie basieren. Der Energiegipfel muss dafür den Startschuss setzen“, mahnte Müller.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/36901.php

Sonderabgaben für Energiefresser

[Nick Reimer, taz, 31.03. 2006] Rohstoffe und Energien müssen effektiver genutzt werden. Nur so lässt sich die Ressourcen- und Klimafalle vermeiden. Die Entwicklung effizienterer Technologien macht aber auch wirtschaftlich Sinn, sagt der Klimaexperte Hermann Ott
taz: Herr Ott, ist Ihnen die Koalition von CDU und SPD antikapitalistisch genug?

Hermann Ott: Warum sollte Sie antikapitalistisch sein?

Weil im Kapitalismus Wirtschaftswachstum stets mit wachsendem Energieverbrauch gekoppelt ist. Ihr Institut fordert aber, den Energieverbrauch zu senken.

Die Menschheit kommt aus der Rohstoff- und Klimafalle tatsächlich nur heraus, wenn sie im Einklang mit der Erde wirtschaften lernt. Das bedeutet, möglichst in Kreisläufen zu denken und sehr viel sparsamer und effizienter mit Energie umzugehen. Dass das gelingen kann, sehen wir seit Jahren in den hoch industrialisierten Ländern Westeuropas und in Japan. In Deutschland zum Beispiel ist der Energieverbrauch in den letzten zehn Jahren nahezu konstant geblieben - trotz Wirtschaftswachstum.

Schwarz-Rot hat sich jetzt auf die Fahnen geschrieben, den Energieverbrauch drastisch zu senken. Ist das ein Paradigmenwechsel?

So hoch würde ich nicht gleich greifen: Seit Jahren ist - selbst in der Politik - unumstritten, dass mehr Effizienz Ziel von wirtschaftspolitischem Handeln sein muss. Einerseits verringert das die Abhängigkeiten von Rohstoffmärkten, die in den kommenden Jahren dramatische Kostensteigerungen erfahren werden. Andererseits bringt der effizientere Einsatz von Rohstoffen den Produzenten auch einen Kostenvorteil.

Der marginal ist: Leute zu entlassen, bringt wesentlich mehr Produktionskostensenkung als Strom zu sparen.

Noch. Tatsächlich macht die Stromrechnung momentan oft nicht mehr als 3 Prozent der Produktionskosten aus. Aber schon, wer Erdöl als Rohstoff einsetzen muss, gibt 30 Prozent seiner Kosten dafür aus. Und das wird natürlich steigen.

Gut, warum hat ausgerechnet Schwarz-Rot Effizienz als Politikziel entdeckt?

Ganz einfach: weil die rot-grünen Vorgänger dort nicht so viel erreicht haben wie notwendig ist.

Immerhin hat die Regierung von Kanzler Schröder als erste eine ökologische Steuerreform auf den Weg gebracht, die Rohstoffe verteuert. Was gibt es daran auszusetzen?

Tatsächlich ist diese Steuerreform vorausschauende Politik: Wenn Energie sich in zehn Jahren dramatisch verteuert, wird das zu großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen führen. Wer heute Energie mit langen Perspektiven und moderaten Schritten verteuert, gibt der Wirtschaft die Chance, sich für die kommenden Verwerfungen zu rüsten. Insofern gibt es an der Ökosteuer tatsächlich nur eines auszusetzen: dass sie nicht fortgeschrieben wurde.

Schwarz-Rot will dafür die Mehrwertsteuer anheben. Was bringt es, den Mehrwert höher zu versteuern?

Faktisch ist doch der fiskalische Effekt der gleiche wie bei der Ökosteuer: Die Regierung senkt auf diese Art die Lohnnebenkosten. Gesellschaftlich aber ist das ungerecht: Von der Ökosteuer waren in erster Linie die betroffenen, die viele Rohstoffe verbrauchen. Von der Mehrwertsteuer sind alle

gleichermaßen betroffen, egal ob sie viel oder wenig Energie verbrauchen - also egal ob sie arm oder reich sind.

Jetzt will Schwarz-Rot beides: mehr Wirtschaftswachstum und weniger Rohstoffverbrauch. Das geht nur durch eine Steigerung der Effizienz. Wie kann die gelingen?

In der Tat eine spannende Frage: Windradhersteller haben eine Lobby, und sich vor Solarzellen fotografieren zu lassen, gilt in der Politik inzwischen als sexy. Weniger Energie zu verbrauchen hat aber weder Lobby noch Charme. Zudem kann sich Energieeffizienz schlecht als eigener Wirtschaftszweig entwickeln: Da gibt es kaum was, das patentierbar ist oder verkauft werden kann. Wege und Mittel zu mehr Ressourceneffizienz sind allen bekannt.

Was also ist zu tun?

Die große Koalition wird das Ziel, 15 Prozent Energie durch Effizienz zu sparen, nur durch ambitionierte Rahmenbedingungen erreichen. Das Gebäudesanierungsprogramm, das mit 1,4 Milliarden Euro jährlich ausgestattet werden soll, ist ein ganz guter Anfang. Mehr aber auch nicht. Das Wuppertal-Institut hat deshalb einen Effizienzfonds vorgeschlagen: Für alle energie-fressenden Geräte müssen die Hersteller einige Cent Sonderabgabe entrichten. Erstens heißt das, dass sich Effizienz auf Herstellerseite rechnet. Zweitens bekommt man so Geld zusammen, um Effizienztechnologien zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Wir haben ungeheure Potenziale, deren Nutzung stimuliert werden muss.

Am Montag trifft sich im Kanzleramt der Energiegipfel. Kennt die Politik die Vorschläge ihres Instituts?

Das schon. Aber zu diesem Gipfel wurden keine Vertreter der Effizienztechnologien eingeladen. Das ist, als würde man in eine löchrige Badewanne Wasser laufen lassen in der Hoffnung, dass sie sich irgendwann füllt.

Schweiz: Ringen um die CO₂-Abgabe

[Karin Bieri, FÖS 31.03.2006] Der Nationalrat befürwortet die vom Bundesrat beschlossene CO₂-Abgabe auf Brennstoffe im Grundsatz und lehnt den Klimarappen II ab. Die Umweltkommission

(Kommission des Nationalrats für Umwelt/Raumplanung und Energie (UREK-N) wird nun über die Höhe der Abgabe beraten.

Am 23. März 2006 hat der Nationalrat der Lenkungsabgabe mit 95 gegen 86 Stimmen zugestimmt. Die Befürworter der CO₂-Abgabe – SP, CVP und Grüne – setzten sich in der äußerst umstrittenen Angelegenheit durch. Die von der FDP befürwortete Einführung des Klimarappens II auf Brennstoffe, wurde abgelehnt. Dieser Klimarappen II wurde nach der Zurückweisung durch die Umweltkommission des Nationalrates (UREK) an den Bundesrat im Januar vom Hauseigentümerverband Schweiz und dem Schweizerischen Gewerbeverband entwickelt. Im Gegensatz zur CO₂-Abgabe von 9,29 Rappen pro Liter Heizöl beträgt der Klimarappen II 1,6 bis 1,7 Rappen pro Liter Heizöl.

Umsetzung des CO₂-Gesetzes

Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls im Jahre 2003 und dem Inkrafttreten dieses Protokolls am 16. Februar 2005, ist die Schweiz verpflichtet die Treibhausgasemissionen zwischen 2008-2012 um 8% unter das Niveau von 1990 zu bringen. Um die Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls zu erfüllen, hat die Schweiz mit dem CO₂-Gesetz, das seit dem 1. Mai 2000 in Kraft ist, ein Hauptinstrument geschaffen. Dieses Gesetz beinhaltet die Reduktionsziele der Schweiz für die CO₂-Emissionen aus fossilen Energien. Wenn diese CO₂ Ziele mit freiwilligen Maßnahmen nicht erreicht werden können, ist der Bundesrat – laut diesem CO₂-Gesetz – verpflichtet eine CO₂-Abgabe einzuführen, wobei die Bundesversammlung den Abgabesatz genehmigen muss. Da es sich herausgestellt hat, dass diese freiwilligen Maßnahmen nicht ausreichen um die Kyoto-Ziele zu erfüllen, hat der Bundesrat am 23. März 2005 beschlossen eine CO₂-Abgabe von 35 Schweizer Franken pro Tonne CO₂ auf fossile Brennstoffe (Heizöl, Kohle) einzuführen.

Die parlamentarische Debatte

Die Befürworter der CO₂-Abgabe sind der Meinung, dass die freiwilligen Maßnahmen nicht ausreichen um die Kyoto-Verpflichtungen zu erfüllen. Die Linken betonen, dass es verbindliche Maßnahmen brauche und dass mit dem Klimarappen II die Kyoto-Ziele nicht erreicht

werden können. Die CVP – grundsätzlich für die CO₂-Abgabe – ist der Auffassung, dass es zurzeit aufgrund des hohen Ölpreises nicht sinnvoll ist eine solche Lenkungsabgabe einzuführen.

Die Gegner hingegen argumentieren, dass der gegenwärtig hohe Ölpreis genug Lenkungswirkung habe und es deshalb keine CO₂-Abgabe brauche. Während die SVP keinen Anlass zum Handeln sieht und deshalb keine Maßnahmen ergreifen will, befürworten die Freisinnigen anstelle einer CO₂-Abgabe einen freiwilligen Klimarappen II. Nur wenn dieser Klimarappen – dessen Ertrag für Energiesparmassnahmen an Gebäuden und Großanlagen verwendet werden soll – nicht erfolgreich sein sollte, befürwortet die FDP eine CO₂-Abgabe.

Baldige Umsetzung der CO₂-Abgabe?

Nach der Gutheißung der CO₂-Abgabe durch den Nationalrat, hat nun die Umweltkommission die Aufgabe die Abgabehöhe im Detail zu beraten. Es stellt sich hier auch die Frage, ob der Vorschlag der CVP die CO₂-Abgabe zu verschieben solange der Ölpreis auf einem so hohen Stand ist, auf Resonanz stößt und damit die Umsetzung der CO₂-Abgabe weiter hinauszögern wird.

Artikel zum Download und Quellen:

http://www.oekosteuer.de/downloads/Artikel_Schweiz.pdf

Umweltpolitik im Haushalt 2006

[Bundesregierung, 28.03.2006] Der Bundeshaushalt legt in der Umweltpolitik die Schwerpunkte auf eine sichere und kostenstabilen Energieversorgung und auf einen wirksamen Klimaschutz.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel unterstrich, dass die Themen Energie und Klimaschutz eng miteinander verbunden seien. Klimaschutz habe weltweit einen hohen Stellenwert. Die Erderwärmung sei eines der größten Menschheitsthemen. Im Kampf gegen den Klimawandel gelte es, Wachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln. Für eine offensive Strategie, die diese Entkopplung verfolgt, sei die Idee des technischen Fortschritts neu zu entdecken, so Gabriel.

Mehr Forschung zu erneuerbaren Energien

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht vor, die Forschungsförderung für erneuerbare Energien bis 2009 auf mehr als 100 Millionen Euro zu verdoppeln. Das ist mehr als je zuvor.

Der Anteil des Umweltministeriums am gesamten Forschungsetat der Bundesregierung steigt dadurch auf 2,67 Prozent. 2005 lag er nur bei 1 Prozent. Auch das Marktanreizprogramm zur Nutzung erneuerbarer Energien bleibt stabil mit 80 Millionen Euro. Es werde keine Kürzungen geben.

Mehr Geld für die CO₂-Gebäudesanierung

Von besonderer Bedeutung für den Klimaschutz sind auch die jährlich 1,4 Milliarden Euro für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Sie sind im Haushalt des Ressorts "Verkehr" veranschlagt.

Das Programm mit der Laufzeit 2006 - 2009 wird zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes der Privathaushalte beitragen. Die KfW-Bankengruppe erteilt zinsgünstige Kredite und Zuschüsse für die energetische Modernisierung von Immobilien.

<http://www.bundesregierung.de/artikel-413.980697/Umweltpolitik-im-Haushalt-2006.htm>

Bis zum letzten Tropfen

[Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung, 01.03.2006] Als während der russisch-ukrainischen Gas-Krise der Druck in den Versorgungspipelines aus dem Osten zu sinken begann, da merkten selbst die Italiener, dass ihr Wohl und Wehe von den Launen des Kreml abhängen könnte. Die Messgeräte an den nationalen Gas-Speichern zeigten in kurzer Zeit bedenkliche Engpässe an. Die Schockerfahrung am Neujahrmorgen des Jahres 2006 sollte die letzten Idealisten daran erinnern, dass Wirtschaftswachstum und innenpolitische Stabilität selbst auf der Wohlstandsinsel Westeuropa nicht unbedingt garantiert sind, wenn erst einmal die Verteilungskämpfe um die Rohstoffreserven dieser Welt ausbrechen.

Diese Auseinandersetzung um Gas und Öl hat längst begonnen, auch wenn Kriege wie im Irak entgegen der Vermutung vieler Konspirations-theoretiker nicht ursächlich aus energiepolitischen Motiven heraus geführt wurden. Noch ist die

Auseinandersetzung subtiler, sie wird mit Hilfe von nationalen Energie-Konglomeraten bestritten, mit dem Geldbeutel zunächst und mit diplomatischen Mitteln. Peking sichert sich den Zugriff auf Öl- und Gasfelder in Schurkenstaaten Afrikas, Japan rivalisiert mit dem energiehungrigen Konkurrenten China um russisches Gas und Öl. Aufsteiger Indien spekuliert auf eine Gas-Pipeline von Iran auf den Subkontinent. In Südostasien sichert man sich die Versorgung durch immer großzügigere Raffinerie-Angebote. Die US-Atomenergiebehörde rechnet mit einem Anstieg der Zahl der Atomkraftwerke in aller Welt von jetzt 450 auf eintausend in knapp 50 Jahren. Selbst die drei Baltenrepubliken Estland, Lettland und Litauen planen ein gemeinsames Atomkraftwerk, um die gefährliche Abhängigkeit von der russischen Energie zu reduzieren.

Und die EU? Die EU streitet. Die spanische Regierung schießt misstrauisch auf den Übernahmeversuch des spanischen Elektrizitätsanbieters Endesa durch den deutschen Energieversorger Eon. Die französische Regierung vereitelte kurzerhand die geplante feindliche Übernahme des Energieunternehmens Suez durch den italienischen Konzern Enel, indem sie die Verschmelzung von Suez mit den nationalen Energielieferanten Gaz de France verkündete. Der Brocken war für die Italiener plötzlich zu groß geworden. Während der italienische Ministerpräsident öffentlich tobt, brüsten sich in Paris die Minister, der Nation einen Dienst erwiesen und „eine große französische Gruppe“ gebildet zu haben. Die Betonung liegt auf Französisch.

Der protektionistische Unterton bei der großen Konsolidierungswelle im europäischen Energiemarkt ist nicht zu überhören - und er folgt dem globalen Muster. Ob in Asien, den USA oder in Europa: Plötzlich entdecken die nationalen Regierungen ihre nationalen Interessen, ungeachtet aller Öffnungsklauseln, die sie einzuhalten geschworen hatten. Die Übernahme des amerikanischen Ölkonzerns Unocal durch eine staatliche chinesische Gruppe scheiterte - der Kongress stoppte sie mit sicherheitspolitischen Argumenten.

Immer häufiger bestimmen also strategische,

klassisch politische Argumente den Zuschnitt der Energiemärkte. Das große Monopoly um die Öl- und Gasquellen hat begonnen. Gespielt wird mit der geballten Macht nationaler Budgets und protektionistischer Gesetze. Die EU wird von dieser Dynamik zu einem Zeitpunkt überrascht, wo sie gerade an einem wettbewerbsfähigen Energiemarkt bastelt. Während die jüngste Konsolidierungswelle rollt, wiegen plötzlich nationale Interessen mehr als alle Schwüre, die von den Handelsministern auf dem freien Binnenmarkt geleistet wurden.

Dieser Trend ist gefährlich, weil er nicht nur am Glaubensgerüst der EU rüttelt, sondern weil er am Ende lauter kleine, nationale Energie-Hochburgen kreieren wird. Sie aber werden beim Verteilungskampf um das letzte Öl zu schwach sein, um einen Tropfen abzubekommen.

EU-Energiekonzept blutleer und phantasielos

[Pressemitteilung Bundesverband für Erneuerbare Energien (BEE), 10.03.2006.] Die neue Energiestrategie von EU-Kommissionspräsident Barroso liefert aus Sicht des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) weder Antworten auf die wachsende Abhängigkeit der EU von Energieimporten noch auf Umweltgefahren und steigende Preise. BEE-Geschäftsführer Milan Nitzschke: 'Die EU-Kommission propagiert hilflos ein ‚weiter so‘ anstatt klare Vorgaben für mehr Energieeffizienz und den Ausbau Erneuerbarer Energien zu machen. Das ganze Konzept ist blutleer und phantasielos.' Jetzt sei Bundeswirtschaftsminister Glos gefordert, im Energieministerrat nächste Woche Nachbesserungen zu verlangen.

Anstatt den Energieverbrauch insgesamt zu betrachten, grenze die EU-Kommission in ihrem so genannten Grünbuch Energie die wichtigsten Bereiche Verkehr und Heizen fast vollständig aus. Gerade hier sei aber die Abhängigkeit von teurem und klimaschädigendem Erdöl und Erdgas am höchsten. 'Stattdessen konzentriert sich die Kommission auf Kernkraft und die viel zu teure und unsichere Einlagerung von CO₂ aus Kohlekraftwerken. Beide haben aber auf den Wärmemarkt und Verkehr keinen Einfluss', so Nitzschke. 'Anders die Erneuerbaren Energien: Mit ihnen

lassen sich Kraftstoffe, Heizwärme und Strom erzeugen. Die Ansätze zur Förderung Erneuerbarer Energien in der Strategie von Barroso greifen aber viel zu kurz, ebenso wie die zaghaften Vorschläge für Energieeffizienzmaßnahmen.' Hier sei das Europäische Parlament mit seiner Forderung von 25 Prozent Erneuerbaren Energien und 20 Prozent Energieeinsparung bis 2020 deutlich fortschrittlicher.

Die Bundesregierung müsse sich jetzt dafür einsetzen, dass in der EU-Strategie klare Zielvorgaben für Effizienz und Erneuerbare Energien formuliert werden. Nur so könnten auch Mitgliedsstaaten, die im Gegensatz zu Deutschland der Entwicklung immer noch hinterherhinken, verpflichtet werden, ihren Beitrag zu dauerhafter Versorgungssicherheit und Klimaschutz zu leisten. Zudem müssten die längst angekündigten Initiativen beispielsweise für Wärme aus Erneuerbaren Energien und der Biomasseaktionsplan endlich umgesetzt werden.

Auch was die Liberalisierung der Märkte und Verbraucherschutz betrifft, bleibe die Kommission unpräzise und wiederhole nur Jahre alte Ankündigungen. Nitzschke: 'Statt Vorgaben für eine Auflösung der Monopolstrukturen im europäischen Energiemarkt zu machen, unterstützt die Kommission jetzt sogar ausdrücklich die Einkaufstouren der großen Energiekonzerne und damit den Konzentrationsprozess in der europäischen Energiewirtschaft.'

<http://www.bee-ev.de/>

Wir brauchen eine Energie-Wende

[Pressemitteilung Euractiv.com, 28.04.2006.] Der ehemalige Agrarkommissar Franz Fischler nutzte eine Pressekonferenz im Europäischen Parlament am 26. April dazu, das neue Energie-Grünbuch der Kommission als nicht weit genug gehend zu kritisieren und höhere Ausgaben für erneuerbare Energien und insbesondere Biomasse zu fordern.

Der ehemalige Agrarkommissar Fischler war einer der Referenten bei einem Seminar zum Thema erneuerbare Energie, das anlässlich des 20. Jahrestags des Atomunfalls von Tschernobyl von der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament organisiert wurde.

Bei einer Pressekonferenz im Vorfeld des Seminars forderte die österreichische EP-Abgeordnete Agnes Schierhuber die EU dazu auf, stärker in erneuerbare Energien zu investieren. Eine „nukleare Renaissance“ lehnte sie strikt ab.

Kent Nyström, Präsident des schwedischen Biomasse-Verbands, erörterte den Plan der schwedischen Regierung, die Ölabhängigkeit bis 2020 angesichts vorhersehbarer Erdöl- und Erdgasengpässe abzubauen. Er sprach sich außerdem für mehr Bioenergie aus.

Der ehemalige Agrarkommissar Franz Fischler führte drei Argumente gegen die Atomkraft an:

die Abhängigkeit vom Rohstoff Uran, der importiert werden muss und nur begrenzt vorhanden ist

die nach wie vor ungeklärte Frage der Entsorgung des Atommülls

Atomkraft stelle die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten in Bezug auf den Energiemix infrage, da sich die Folgen von Atomunfällen über Landesgrenzen hinweg ausbreiten

Fischler wies darauf hin, dass es zwar unterschiedliche Expertenmeinungen dazu gebe, wann genau die Erdölförderung ihren Höhepunkt erreicht haben werde, klar sei aber, dass die Zeit laufe und der Übergang von einer Wirtschaft, die auf fossile Rohstoffe beruhe, hin zu einer Wirtschaft mit niedrigem Treibhausgasausstoß schnellstens vollzogen werden müsse. „Wir brauchen eine Energie-Wende“, schloss Fischler.

<http://www.euractiv.com/de/energie/fischler-brauchen-energie-wende/article-154803>

Michael Müller: Deutschland unterstützt Estland auch weiterhin im Umweltschutz

[Bundesumweltministerium, 22.02.2006]

Deutschland und Estland wollen ihre Zusammenarbeit im Umweltschutz weiter vertiefen. Das betonte Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, heute in Tallinn. Bei einem Treffen mit dem stellvertretenden estnischen Umweltminister Olavi Tammemäe sagte Müller: „Die ökologische Modernisierung muss ein Markenzeichen zum Zusammenwachsen Europas sein. Europa ist der Kontinent, der dem Gedanken der Nachhaltigkeit besonders

verpflichtet ist.“

Schwerpunkte der Gespräche waren energiepolitische Fragen im Ostseeraum sowie ein zukünftiger deutsch-estnischer Erfahrungsaustausch über die ökologische Steuerreform. Ein weiteres Thema war die Fortführung von Partnerschaftsprojekten innerhalb des „Twinning-Programms“ der EU.

Müller würdigte die Erfolge Estlands bei der Umsetzung des europäischen Umweltrechts und beim Aufbau leistungsfähiger Umweltbehörden im Zuge des EU-Beitritts. Er bekräftigte den Willen Deutschlands, Estland auch weiterhin zu unterstützen. Müller: „Die baltischen Staaten haben einen hohen Stellenwert für die europäische Zusammenarbeit.“

Anlass der Reise des Parlamentarischen Staatssekretärs war der erfolgreiche Abschluss eines Partnerschaftsprojekts, bei dem Deutschland Estland beim Aufbau eines Systems zur Kontrolle der Qualität von Kraftstoffen unterstützt hatte.

Die deutsch-estnische Zusammenarbeit im Umweltschutz geht zurück auf ein 1992 unterzeichnetes Abkommen zwischen den Umweltministerien Deutschlands und Estlands.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/36673.php

6. ERNEUERBARE ENERGIEN UND BIOKRAFTSTOFFE

Windenergie wird immer günstiger

[Anna Dobelmann, taz, 29.3.2006] Bis 2020 könnten 20 Prozent des Strombedarfs in Deutschland von Windkraftträdern gedeckt werden. Zumindest meint das der Bundesverband Windenergie. "Wir können wesentlich mehr zur Stromversorgung beitragen, als Umweltminister Gabriel annimmt", sagte der Geschäftsführer des Verbandes, Ralf Bischof, gestern in Berlin. "Spätestens bis 2015 ist Windstrom wettbewerbsfähig", verspricht er weiter.

Noch subventionieren die Stromversorger die Windenergie. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz verpflichtet sie, den Erzeugern ihren Strom zu

festen Preisen abzunehmen.

Inzwischen seien die Kosten der Energiegewinnung durch Windkraft jedoch erheblich gesunken, erklärt der Verband. Vor allem die technische Weiterentwicklung der Windräder und die steigende Stückzahl in der Produktion haben dazu beigetragen. Windenergie ist heute um die Hälfte billiger als noch 1990, konstatiert auch der aktuelle Wind-Energie-Report des Instituts für Solare Energieversorgungstechnik an der Uni Kassel.

"Die Windenergie entwickelt sich zum Billigmacher auf dem Strommarkt", behauptet Ralf Bischof. Verstärkt werde dieser Trend durch die ständig steigenden Preise für die konventionelle Stromerzeugung, also Atomstrom, Gas oder Kohle.

Damit die Windenergie eine solch tragende Rolle spielen kann, will die Branche in den kommenden Jahren rund 50 Milliarden Euro vor allem in den Ausbau alter Windkraftwerke investieren. Die Steigerung der Energieproduktion erfordere keine neuen Windparks. Allein durch die technische Aufrüstung alter Anlagen und den Neubau auf den Flächen, für die es bereits eine Baugenehmigung gibt, kann die Branche das hoch gesteckte Ziel erreichen.

"Wenn wir beweisen, dass Windenergie auf Dauer billiger ist", meint Bischof, "dann muss man darüber reden, neue Flächen auszuweisen". Auch Windanlagen in der Nord- und Ostsee sind geplant, wann sie jedoch gebaut werden, stehe noch nicht fest.

Im Hinblick auf den Energiegipfel im Bundeskanzleramt am kommenden Montag forderte der Branchenverband von der Politik eine "detaillierte Roadmap" zum Ausbau erneuerbarer Energien. So müsse die Bundesregierung die Stromkonzerne auf einen schnellen Netzausbau und Investitionen in erneuerbare Energien verpflichten. Außerdem solle die Politik am vereinbarten Atomausstieg festhalten.

Solar-Institut: Vollversorgung Europas mit Biostrom möglich

[Franz Alt, Sonnenseite.Com, 28.03.2006] Der Ölpreis steigt weiter. Schon bei heutigen Preisen kann Strom aus Biomasse fossile Energieträger

ohne Subventionen aus dem Markt verdrängen. Landwirte haben Zukunft als Energiewirte.

Das ist auch das Fazit eines Symposiums, zu dem das hessische Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Ende März eingeladen hatte.

Jürgen Schmid, Vorstand des Instituts für Solare Energieversorgungstechnik in Kassel wie darauf hin, dass in Europa der Strompreis bei fünf Cent pro Kilowattstunde auf Bio-Strom umgestellt werden kann. An der Strombörse in Leipzig kostet der Strom zurzeit etwa sieben Cent je KWh. Dieser Preis hat sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Inzwischen ist Strom aus Biomasse preiswerter als aus Braunkohle oder AKWs. Jürgen Schmid ist Professor an der Uni Kassel und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Klimaveränderungen. Er sieht die künftige Stromversorgung Europas so:

- 60 Prozent des Stroms aus Windkraft
- 20 Prozent aus Biomasse und
- 20 Prozent aus Wasserkraft

Voraussetzung sei freilich, die Windmühlen entlang der europäischen Westküste aufzubauen. Schon bis 2020 könne der Windstrom 30 Prozent des europäischen Strommarktes abdecken.

Schmid rechnet damit, dass sich die Heizenergie um 80 Prozent reduzieren lasse und ausschließlich Biomasse-Energie unsere Fahrzeuge antreiben werde. Josef Auer von der Deutschen Bank nannte die heutige Ölpreis-Entwicklung "nur ein Vorspiel". Das Ende des Ölzeitalters sei absehbar. Schon heute seien Pellets aus Holz preiswerter als Öl oder Gas.

Der Ölpreis liegt 2006 bei 70 Dollar pro Barrel, Biotreibstoffe zwischen 45 und 55 Dollar.

Josef Schmidhuber von der Food and Agriculture Organisation der Vereinten Nationen in Rom sieht ebenfalls ein riesiges Nachfragepotential nach Biomasse-Energie. Der gesamte Weltenergieverbrauch beträgt 2006 428 Exajoule - davon werden etwa 12 % aus Biomasse gewonnen - bis 2050 könnten jedoch 30 Prozent des Weltenergieverbrauchs aus Biomasse gewonnen werden, obwohl sich der Energieverbrauch global bis zur Mitte des Jahrhunderts etwa verdoppeln werde.

Neues Headquarter für Erneuerbare Energien

[ÖkoNews.at, 24.03.2006] Europäische Branchenverbände für Erneuerbare Energien unter einem Dach – Auch österreichische Firmen gestalten mit

"Mit dem Erneuerbaren Energie Haus ist es erstmals in der Geschichte gelungen, alle europäischen Branchenverbände für Erneuerbare Energien unter einem Dach zusammen zu führen. Österreichische Firmen können von dieser Bündelung der Interessen nur profitieren", freut sich Karl Ochsner, Vorstandsmitglied im Dachverband Energie-Klima www.energieklima.at in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

In seiner Eröffnungsrede betonte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso die bedeutende Rolle der Erneuerbaren Energie für die Energiezukunft Europas. Arthouros Zervos, Präsident des European Renewable Energy Council führte die Bedeutung des Wirtschaftssektors "Erneuerbare Energien" aus: "Das Erneuerbare Energie- Haus in Brüssel demonstriert die Führerschaft der Industrie im Bereich der Erneuerbaren Energien in Europa. Dieser Wirtschaftssektor mit einem Umsatz von 15 Milliarden Euro und 300.000 Beschäftigten deckt rund acht Prozent des europäischen Energieverbrauchs ab."

Realisiert werden konnte das "Erneuerbare Energie-Haus in Brüssel durch eine Kooperation mit Prinz Laurent von Belgien und 30 europäischen Firmen. Der Heiz- und Kühlbedarf des Gebäudes wird zu 100 Prozent über Erneuerbare Energietechnologien abgedeckt. Österreichische Technologien wurden von der Firma Ochsner in Form einer Wärmepumpe, von der Firma KWB in Form einer 80 kW Holzpelletsanlage, von der Firma Solid in Form einer Solarthermieanlage und von der Firma Fronius in Form von Wechselrichtern für die Photovoltaikanlagen eingebracht.

Das 2.000 Quadratmeter große Gebäude beherbergt 45 Mitarbeiter der europäischen Branchenverbände der Erneuerbaren Energien aus den Bereichen Biomasse, Geothermie und Wärmepumpen, Solarthermie, Photovoltaik und Wind.

EU-Kommission muss ehrgeizigen Aktionsplan vorlegen

[Bündnis 90/Die Grünen, 27.03.2006] Am 22. Juni 2005 hat die Europäische Kommission ein Grünbuch zur Energieeffizienz vorgelegt und einen öffentlichen Konsultationsprozess eingeleitet, auf dessen Basis sie im Jahr 2006 einen Aktionsplan für Energieeffizienz vorlegen wird. Wir begrüßen die Initiative der Kommission sehr. Energieeffizienz, insbesondere die Energieeffizienz auf der Nachfrageseite (Energiesparen), ist die größte, schnellste und wirtschaftlichste Ressource für Umweltschutz, Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und bezahlbare Energiedienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger.

Unsere ergiebigste Energiequelle ist das Energiesparen. Sie ist sogar ein lohnendes Geschäft. Mit Energieeffizienz können schon bis 2020 der Energieverbrauch und damit die Treibhausgasemissionen um gut 20 Prozent gegenüber dem Trend wirtschaftlich reduziert werden. Und das ist nur das, was bis 2020 im Zuge ohnehin anstehender Erneuerungen oder Renovierungen von Geräten, Anlagen, Gebäuden und Fahrzeugen sinnvoll und wirtschaftlich realisiert werden kann. Nach 2020 bestehen weitere Potenziale bei dann erst erfolgenden Erneuerungen oder Renovierungen vor allem im Gebäudebereich.

Deshalb muss es der Energieverschwendung an den Kragen gehen. Aber die Energieeffizienz ist kein Selbstläufer. Was wir brauchen, ist eine konsequente Politik der Energieeinsparung. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat deshalb konkrete Vorschläge vorgelegt, wie die Energieeffizienz in Deutschland und Europa verbessert werden kann

Fraktionsbeschluss zum Download:

http://www.gruenebundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/116/116658.beschluss_energieeffizienz.pdf

Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze – Beschäftigtenzahl lag 2005 bei rund 170.000

[Bundesumweltministerium, 22.03.2006] Der anhaltende Ausbau der Erneuerbaren Energien in

Deutschland hat zu einem deutlichen Beschäftigungszuwachs geführt. Die Zahl der Arbeitsplätze in dieser Branche liegt inzwischen bereits bei etwa 170.000; gegenüber 2004 (157.000 Beschäftigte) ein Plus von knapp zehn Prozent. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: „Eine ambitionierte, vernünftig ausgestaltete Umwelt- und Energiepolitik ist ein wichtiger Wirtschafts- und Zukunftsfaktor für Deutschland, von dem nachhaltige Impulse für Innovation, Investition, Wachstum und Beschäftigung ausgehen. Die neuen Zahlen zu den Beschäftigungseffekten der Erneuerbaren Energien unterstreichen dies eindrücklich. Sie zeigen, dass sich der kräftige Ausbau der Erneuerbaren Energien in den letzten Jahren langfristig auch ökonomisch rechnet.“

Grundlage der Zahlen ist ein Forschungsprojekt, das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin), dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR, Stuttgart), der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturpolitik (GWS, Osnabrück) sowie vom Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW, Stuttgart) im Auftrag des Bundesumweltministeriums bearbeitet wird.

Danach erscheint in Deutschland ein Anstieg der Beschäftigung auf dem Feld der Erneuerbaren Energien auf etwa 300.000 Arbeitsplätze im Jahr 2020 realistisch. Voraussetzung hierfür ist, dass der heimische Markt bei stabilen politischen Rahmenbedingungen weiterhin anhaltende Absatzchancen und Innovationsimpulse bietet. Allein im letzten Jahr dürfte der Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland Investitionen in einer Größenordnung von etwa 10 Milliarden Euro ausgelöst haben.

Zudem expandiert auch der Weltmarkt stark: Bis 2020 können die Investitionen in Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien weltweit von derzeit etwa 40 Milliarden Euro auf 250 Milliarden Euro pro Jahr zunehmen. Die Arbeitsplatzeffekte in Deutschland hängen stark davon ab, wie die deutschen Unternehmen dieses Exportpotenzial nutzen können.

Bundesumweltminister Gabriel: „Die Fortführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) und des Marktanreizprogramms, eine deutliche

Verstärkung der Forschungsaktivitäten bei den Erneuerbaren Energien sowie das jetzt in Angriff genommene regenerative Wärmegesetz werden dafür sorgen, dass hierfür in Deutschland auch in Zukunft günstige Rahmenbedingungen bestehen und wir unsere guten Chancen auf dem Weltmarkt nutzen können.“

Im Zuge des Forschungsprojekts sind mehr als 1.100 Unternehmen der Erneuerbaren-Energien-Branche befragt worden. Dabei zeigte sich, dass diese klar mittelständisch geprägt ist und gerade in strukturschwachen Gebieten wichtige arbeitsmarktpolitische Impulse gibt. Bis Jahresmitte soll die Untersuchung abgeschlossen sein und dann auch fundierte Aussagen zu den langfristigen Netto-Beschäftigungswirkungen der Erneuerbaren liefern. Diese Größe, die den Brutto- Arbeitsplatz- Zahlen auch mögliche negative Beschäftigungseffekte des Ausbaus der Erneuerbaren Energien gegenüberstellt, war bislang positiv.

Eine noch deutlichere ökonomische Bilanz für die Erneuerbaren Energien ergibt sich, wenn die derzeit noch deutlich höheren Umweltschäden der konventionellen Energieerzeugung und Energienutzung (so genannte negative externe Effekte) verursachergerecht angelastet werden. Einer laufenden wissenschaftlichen Untersuchung für das BMU zufolge läge der volkswirtschaftliche Nutzen der erneuerbaren Energien dann allein in der Stromerzeugung bei einer Größenordnung von knapp 3 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist mehr als die von den Stromabnehmern in Deutschland derzeit zu tragenden Mehrkosten des EEG (2005: rund 2,4 Mrd. Euro) und zeigt: Bei einer umfassenden ökonomischen Bewertung rechnen sich die Erneuerbaren Energien im Strombereich schon jetzt.

Zwischenergebnisse der Studie „Wirkungen des Ausbaus Erneuerbarer Energien auf den deutschen Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung des Außenhandels“ können aus dem Internet unter <http://www.bmu.de> oder <http://www.erneuerbare-energien.de> heruntergeladen werden. Dort finden sich auch wissenschaftliche Untersuchungen zu den langfristigen Perspektiven der Erneuerbaren Energien.

Erneuerbare Energien boomen weiter

[Bundesregierung, 22.03.2006] Die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien stieg im Jahr 2005 auf etwa 170.000. Das ist gegenüber 2004 mit 157.000 Beschäftigten ein Zuwachs um knapp zehn Prozent.

Der Arbeitsmarkt "Erneuerbare Energien" wächst. Der kräftige Ausbau in den letzten Jahren rechnet sich langfristig auch ökonomisch, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Der Minister unterstrich, dass eine ambitionierte, vernünftig ausgestaltete Umwelt- und Energiepolitik ein wichtiger Wirtschafts- und Zukunftsfaktor für Deutschland sei. Von diesem Sektor gingen nachhaltige Impulse für Innovation, Investition, Wachstum und Beschäftigung aus.

Gute Aussichten für Beschäftigung

Die heute präsentierten Zwischenergebnisse einer Studie zeigen, wie sich der Ausbau von Erneuerbaren Energien voraussichtlich auf den deutschen Arbeitsmarkt auswirkt. Die Studie sagt einen Anstieg der Beschäftigung auf etwa 300.000 Arbeitsplätze im Jahr 2020 voraus.

Die Studie ist ein Forschungsprojekt, an dem das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt beteiligt sind. Darüber hinaus arbeiten die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung sowie das Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg mit. Den Auftrag hat das Bundesumweltministerium erteilt.

Die Wissenschaftler haben mehr als 1.100 Unternehmen zu den Entwicklungen in der Branche der Erneuerbaren Energien befragt. Bis Mitte dieses Jahres soll die Untersuchung abgeschlossen sein und fundierte Aussagen zu den langfristigen Netto-Beschäftigungswirkungen liefern.

In diese Größe fließen auch mögliche negative Beschäftigungseffekte des Ausbaus der Erneuerbaren Energien in anderen Wirtschaftsbereichen ein. Bislang ist das Ergebnis jedoch positiv.

<http://www.bundesregierung.de/-/413.977874/Erneuerbare-Energien-boomen-we.htm>

„Biodiesel bremst Ölkonzerne“

[Interview Ulrike Herrmann, taz, 11.05.2006] Viele SPD-Abgeordnete sind dagegen, dass ihr Finanzminister Steinbrück Biokraftstoffe besteuern will. Energieexperte Scheer erklärt, warum es zur Revolte kommt. Er rechnet mit einer breiten Zustimmung in der SPD-Fraktion für sein Alternativkonzept

taz: Herr Scheer, Sie haben eine Revolte gegen SPD-Finanzminister Peer Steinbrück angezettelt und wollen seine Steuerpläne bei Biokraftstoffen verhindern. Laut Medienberichten folgt Ihnen die Mehrheit der SPD-Abgeordneten.

Hermann Scheer: Über genaue Zahlen lässt sich nichts sagen. Es hat noch keine Abstimmung in der Fraktion stattgefunden. Aber es gibt eine sehr breite Zustimmung für ein Alternativkonzept.

Seit 2004 sind alle Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer befreit. Inzwischen sind die Ölpreise stark gestiegen - dadurch werden Biokraftstoffe wettbewerbsfähiger. Warum soll man sie weiter stützen?

Es ist nichts dagegen zu sagen, dass Steinbrück den Biodiesel mit 10 Cent pro Liter belasten will. Aber reines Pflanzenöl soll mit 15 Cent pro Liter besteuert werden. Das ist zu viel. Pflanzenöl ist zwar in der Produktion etwas billiger - doch die Umrüstung der Motoren ist teurer.

Eine Gegenrechnung: Vor zwei Jahren hat ein Liter Normaldiesel rund 80 Cent gekostet. Jetzt sind es 1,16 Cent. Warum kann man Biodiesel nicht mit 35 Cent besteuern?

Biokraftstoffe müssen billiger sein, damit die Autofahrer umsteigen. Erst dann kommen neue Motoren auf den Markt und kann ein Biokraftsektor entstehen, der von den großen Mineralölkonzernen unabhängig ist.

Warum sollen Mittelständler besser sein als Mineralölkonzerne? Das klingt nach Wirtschaftsromantik.

Wenige Mineralölkonzerne haben den Markt unter sich aufgeteilt. Sie haben keinerlei Interesse an Innovationen. Wenn Steinbrück vorschreiben

will, dass normaler Diesel ab Januar 4,4 Prozent Biodiesel enthalten muss, dann ist klar, was passiert: Die Mineralölindustrie wird billigen Biodiesel etwa aus Indonesien importieren, der aus Palmöl hergestellt wurde. Das ist komplett unökologisch, weil dafür vorher Urwald gerodet wurde.

Sind Sie dafür, Palmölimporte zu verbieten?

Es geht nicht um Importverbote, sondern um ökologisch tragfähige Anbaukonzepte, damit die Biokraftstoffe nicht in die falsche Richtung fahren.

Aber wie wollen Sie verhindern, dass auch die mittelständische Biokraftbranche einfach billiges Palmöl importiert?

Anders als die Mineralölkonzerne kann der Mittelstand die Kostenvorteile der kurzen Wege nutzen. Es entstehen regionale Märkte mit regional angebauten Biokraftstoffen. Im Unterschied zum Öl findet die Wertschöpfung zu 85 Prozent hier statt.

Gibt es nicht einen Zwang zum Import, weil hier die Ackerflächen fehlen? Die Biodiesel-Tankstellen melden längst, dass sie fast ausverkauft seien.

Studien aus den Niederlanden zeigen, dass man allein mit Biogas den Energiebedarf der Hälfte aller Autos decken könnte - wenn alle organischen Reststoffe genutzt würden. Das reicht, denn man braucht für die Ablösung von Erdöl keinen vollen Mengenersatz, sondern einen Dreiklang aus effizienten Motoren, Biokraftstoffen und Elektroantrieben.

Biogas ist unbestritten besonders ökologisch, weil Abfälle weiterverwendet werden. Warum fordern Sie nicht, dass Steinbrück nur Biogas fördert?

Für eine Weg-vom-Öl-Strategie müssen alle Biokraftstoffe genutzt werden.

Aber die Ökobilanz etwa von Bioethanol aus Zuckerrüben ist verheerend. Unter massivem Düngereinsatz wird nur 15 Prozent mehr Energie gewonnen, als vorher eingesetzt wurde.

Die Ökobilanz ist jedenfalls schon jetzt positiver als bei fossilen Kraftstoffen.

5,6 Milliarden Euro soll die Steuer auf Biokraftstoffe bis 2009 bringen. Wie teuer wird es für den Staat, wenn Sie sich durchsetzen?

Nicht teurer. Denn die Biokraftstoffproduzenten und ihre Beschäftigten zahlen auch Steuern und Sozialabgaben.

Steuern auf den unökologischen Biodiesel sind richtig

[Kommentar Ulrike Herrmann, taz, 11.05.2006]
Die Ölpreise steigen, was nicht nur die Förderländer und Multis freut. Es gibt auch unerwartete Gewinner des Preisanstiegs - etwa die Hersteller von Biodiesel, die ihr Rapsprodukt ebenfalls verteuern konnten, obwohl die Erzeugungskosten kaum zugelegt haben. Und das Schönste: Dieser Zusatzgewinn ist bisher steuerfrei, denn Biokraftstoffe sind von der Mineralölsteuer ausgenommen. Schon im letzten Sommer stellte eine Regierungskommission fest, dass Biodiesel "überfördert" wird.

Daher ist es nur konsequent, dass das Kabinett ab August reinen Biodiesel mit 10 Cent pro Liter besteuern will. Für reine Pflanzenöle sollen es 15 Cent sein. Falls der Kunde an der Tankstelle schockiert reagiert, hat die Regierung sogar ein Sicherheitsnetz gespannt: Damit der Absatz an Biokraftstoffen garantiert nicht stockt, soll normaler Diesel ab Januar mindestens 4,4 Prozent Biodiesel enthalten.

Nun ist es nie schön, Steuerprivilegien zu verlieren. Nicht überraschend mobilisierte die Biobranche daher gestern zur Gegendemo in Berlin. Schon eher überraschend: Inzwischen räumen sogar die Hersteller der Biokraftstoffe ein, dass ihre Produkte nicht ökologisch sind, stammen sie doch aus intensiver Monokultur. Lieber argumentiert die Branche daher mit den Arbeitsplätzen oder der Angst, allzu sehr von den Ölscheichs abzuhängen.

Beides sind jedoch keine guten Gründe für eine Steuerbefreiung. Arbeitsplätze schafft schließlich jede Branche, dann dürfte man Unternehmen

überhaupt nicht mehr besteuern. Und die weltweite Ölknappheit ist sowieso kein Problem für die Biodiesel-Branche, im Gegenteil: Gerade die steigenden Ölpreise machen die alternativen Kraftstoffe erst konkurrenzfähig.

So bleibt der Branche nur, ein vages Versprechen abzugeben: Bald würde man Biokraftstoffe ökologischer produzieren - etwa durch Neuzüchtungen, bei denen sich nicht nur die Frucht, sondern die ganze Pflanze in Energie verwandeln lässt. Das wäre tatsächlich erfreulich. Für den Staat ist es jedoch billiger, solche Forschungen gezielt zu fördern, statt eine ganze Branche mit überflüssigen Steuerprivilegien zu beglücken.

Milliarden-Investition in Erneuerbare Energien geplant

[www.Stromtipp.de, 21.03.2006] Bis zum Jahr 2020 will die Erneuerbare-Energien-Wirtschaft 200 Milliarden Euro in den Standort Deutschland investieren. Bereits im letzten Jahr legten die mehr als 5.000 Unternehmen der Branche fast 9 Milliarden Euro in neue Produktionskapazitäten an. "Im Jahr 2010 können wir jährlich schon deutlich über 12 Milliarden Euro investieren, ab 2015 dann mehr als 14 Milliarden", sagt Johannes Lackmann, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie. "Die Investitionen werden sich mehr als rechnen. Denn sie ersparen der deutschen Volkswirtschaft immer teurere und immer risikoreichere Energieimporte", meint Lackmann. So werden jedes Jahr Öl, Gas, Kohle und Uran im Wert von mehr als 50 Milliarden Euro nach Deutschland eingeführt - mit steigender Tendenz. "Ohne die Erneuerbaren Energien wäre die Rechnung der ausländischen Energielieferanten alleine 2005 um drei Milliarden Euro höher ausgefallen", sagt Lackmann. Bis 2020 will die Branche jährlich Energieimporte im Wert von 20 Milliarden Euro einsparen helfen. Beispielsweise plant die Bremer WPD AG bis 2010 inländische Erneuerbare-Energien-Projekte an Land und auf See mit einem Volumen von mehr als drei Milliarden Euro, weitere drei Milliarden Euro sollen international investiert werden. Allein 2,5 Milliarden Euro will WPD in den Ausbau der Offshore-Windenergie investieren.

Auch die Biokraftstoffindustrie will investieren. "Wir beabsichtigen, in der Zukunft alleine in Deutschland eine Million Tonnen SunDiesel - auch BTL genannt - im Jahr zu produzieren. Dazu sollen bis 2014 fünf industrielle Großanlagen mit jeweils einer Jahresproduktion von 200.000 Tonnen in Deutschland gebaut werden. Das Investitionsvolumen dafür liegt im Milliardenbereich", erklärt Dr. Carlhans Uhle, Geschäftsführer der Firma CHOREN.

Als wichtigste Voraussetzung für die Investitionen sieht die Erneuerbare-Energien-Branche stabile und vernünftige Rahmenbedingungen an. "Das energiepolitische Gesamtkonzept muss daher auf dem entschlossenen Ausbau Erneuerbarer Energien basieren", fordert Lackmann mit Blick auf den Energiegipfel bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Anfang April.

Franzosen wollen erneuerbare Energien

[Franz Alt, Sonnenseite.de, 17.03.2006] 91 Prozent aller Franzosen wollen den Ausbau der Windenergie. Das ergab eine Umfrage im klassischen Land der Atomenergie, berichtet die österreichische Zeitung "Ökoenergie". Erst vor wenigen Monaten haben Regierung und Parlament in Paris das Gesetz zum "Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz" beschlossen und seither ist die Windenergie auch in Frankreich im Aufwind. Die Regierung strebt eine starke Erhöhung der Windkraft am nationalen Energiemix an. 2005 hatte Frankreich erst 516 Megawatt installierter Windleistung vorzuweisen. Bis 2010 aber sollen es bereits 10.000 Megawatt sein. Zum Vergleich: Deutschland hat Anfang 2006 knapp 18.000 Megawatt Windleistung installiert.

http://www.franzalt.com/index.php?pageID=6&news:oid=n4833&template=news_detail.html&flash=true

Gabriel begrüßt Änderungen bei den Energiesteuern Steuerbefreiung für KWK und Anlagen bis 2 MW bleibt

[Bundesumweltministerium, 15.03.2006] Das am 15.3. 2005 vom Bundeskabinett beschlossene Energiesteuergesetz wird nach Überzeugung von

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel starke Impulse für die Erneuerung des Kraftwerkparks und damit für den Klimaschutz geben. „Mit stärker harmonisierten Energiesteuern und den Anreizen des Emissionshandels schaffen wir geeignete Rahmenbedingungen für eine klimafreundliche Energieversorgung. Die Angleichung von Energiesteuern in Europa stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Damit werden zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen“, sagte Gabriel.

Zukünftig werden alle Energieträger zur Stromerzeugung in Deutschland gleichgestellt, da die vorhandene Stromsteuer auf Erdgas und Mineralöl weitgehend entfällt. Hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke mit einem Wirkungsgrad von fast 60 Prozent werden künftig eine wesentlich größere Rolle spielen als bisher. Damit können die CO₂-Emissionen deutlich gesenkt und Ersatzkapazitäten für Atomkraftwerke geschaffen werden.

Die in der Regel dezentral und als Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen betriebenen Stromerzeugungsanlagen bis zwei Megawatt bleiben weiter von der Stromsteuer befreit. Diese Regelung ist ökologisch sinnvoll, da damit die Energieeffizienz erhöht und die Abhängigkeit von Energieimporten verringert wird. Das dient dem Klimaschutz und der sicheren Energieversorgung.

Die bisherige Steuerbegünstigung für Flüssiggas bis 2009 und Erdgas bis 2020 im Kraftstoffbereich bleibt zur Wahrung von Vertrauensschutz erhalten. Die Gaswirtschaft hat zugesagt, bis Ende 2007 ein flächendeckendes Erdgas-Tankstellennetz aufzubauen; dann steht für die Autofahrer ein alternativer umweltfreundlicher Kraftstoff flächendeckend zur Verfügung, der zurzeit rund halb so viel kostet wie Benzin. Dies bietet zugleich die Chance für die Nutzung von Biomethan (aufbereitetes Biogas) als Kraftstoff.

Mit der Einführung einer Kohlesteuer für Heizzwecke auf niedrigem Niveau wird ein wichtiger Schritt in Richtung einer systematischen, gleichmäßigen Besteuerung aller Energieträger vollzogen.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilung_ab_22112005/pm/36801.php

A.T. Kearney sieht Biokraftstoffe weiterhin auf dem Vormarsch

[en-wid,20.02.2002] Düsseldorf - Der Biokraftstoffverbrauch in Europa wird von heute zwei Millionen Tonnen auf etwa zwölf Millionen Tonnen im Jahr 2010 und bis zu 21 Millionen Tonnen im Jahr 2020 ansteigen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von A.T. Kearney. Durch diese Entwicklung würden die traditionellen Mineralölanbieter in den kommenden Jahren zunehmend mit einem Überangebot an mineralölbasierten Kraftstoffen - insbesondere Otto- aber auch Dieselmotorkraftstoff - konfrontiert, der die Auslastung ihrer Raffineriekapazitäten gefährden könnte. Zu den Gewinnern des Bio-Trends könnten auch deutsche Unternehmen gehören, die sich bereits heute mit entsprechenden Investitionen für die Produktion von Biotreibstoffen positionierten.

"Die von der Bundesregierung geplante Besteuerung von Biokraftstoffen würde die Margen bei der Eigenproduktion in Deutschland reduzieren", so Dr. Tobias Lewe von A.T. Kearney. "Dies hat einen erhöhten Kostenfokus für die Produzenten zur Folge, die dadurch versuchen werden, günstige Rohstoffe im Ausland einzukaufen. Die daraus resultierende Konsequenz ist somit eine Förderung des Imports." Lewe zufolge gelten vor allem Malaysia, Indonesien und auch die Ukraine zukünftig als die großen Lieferanten der erforderlichen pflanzlichen Rohstoffe. "Angesichts der derzeitigen Kostenvorteile für Lieferungen aus Übersee erwarten wir außerdem, dass die Importe im Volumen nochmals zunehmen, sobald die Subventionen für Biokraftstoffe in der EU reduziert werden. Wir gehen davon aus, dass von den im Jahr 2010 in Europa benötigten zwölf Millionen Tonnen etwa 5,5 Millionen Tonnen importiert werden müssen. Bis 2020 kann man mit einem Defizit von etwa 15 Millionen Tonnen rechnen, das durch Importe ausgeglichen werden muss."

Lewe rechnet damit, dass traditionelle Mineralölunternehmen dem Trend zu Biokraftstoffen folgen und sich dabei vor allem auf die neuen Biomass-to-Liquid- Technologien konzentrieren. Damit könnten sie sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Anbietern von Biotreibstoffen der ersten Generation erarbeiten und

so ihr traditionelles mineralölbasiertes Kerngeschäft sichern, was auch dringend nötig sei. "Die Produktionskapazitäten traditioneller Mineralölraffinerien in Europa werden erwartungsgemäß bis 2020 mit einer Million Barrel am Tag um etwa ein Fünftel zusammenschrumpfen. In Deutschland könnte dies zu einer Schließung von bis zu fünf traditionellen Mineralölraffinerien führen."

Wettbewerbsposition der Kraft-Wärme-Kopplung verbessert

[*en-wid, 17.02.2006*] Die bestehenden Förderinstrumente haben die Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) sehr gestärkt. Zu diesem Ergebnis kommt die Analysegesellschaft EEFA, die im Auftrag der E.ON AG die Wettbewerbsposition der KWK vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Fördermechanismen für die Perioden 1998 bis 2004 bzw. 2005 bis 2010 untersucht hat. Danach arbeiten die modernen KWK-Anlagen meist mit Erdgas und haben eine sehr hohe Stromaubeute bezogen auf ihre gesamte Nutzenergieproduktion. Ihre Wettbewerbsposition hängt daher überwiegend vom Strommarkt und von der Entwicklung der Großhandelspreise ab. In den letzten Jahren haben diese Anlagen von den hohen Strompreisen profitiert. Die Stromerlöse kompensieren selbst die im Vergleich zur Kohlenutzung höheren Brennstoffkosten, so dass diese Anlagen keine zusätzlichen Anreize benötigen, um sich am Markt behaupten zu können. Aber auch Anlagen, die auf Basis von Kohle arbeiten, haben der Studie zufolge von den gestiegenen Strom- und Wärmepreisen profitiert. Gleichzeitig hatten diese Anlagen den Vorteil, dass die Brennstoffkosten im Vergleich zu Erdgas nicht nur niedriger liegen, sondern auch deutlich geringere Volatilitäten aufweisen. Seit Anfang 2005 werden die Kosten der Stromerzeugung auch durch die Preise für CO₂-Zertifikate beeinflusst. In diesem System besitzen KWK-Anlagen, die besonders effizient sind und Strom aus kohlenstoffarmen Energieträgern herstellen, einen Wettbewerbsvorteil.

Die Wettbewerbsposition der Kraft-Wärme-Kopplung gegenüber der zentralen Stromerzeugung wird nach Ansicht der EEFA-Experten

bei neu zu errichtenden Anlagen in Zukunft nicht nur bestehen bleiben, sondern sich sogar noch verbessern. Ähnliches soll auch für den größten Teil der

bestehenden Anlagen gelten. Das Zusammenwirken der Förderinstrumente und Sonderregelungen würden dafür sorgen, dass der überwiegende Teil der alten KWK-Anlagen in den nächsten Jahren seine Wettbewerbsposition aufrechterhalten, teilweise bei steigenden CO₂-Preisen sogar verbessern kann.

In der zweiten Handelsperiode könnte jedoch für Altanlagen eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition eintreten, sofern die CO₂-Zusatzkosten nicht durch steigende Strompreise kompensiert werden. Allerdings entspricht dies der Lenkungswirkung, die der Emissionshandel entfalten soll – Anlagen, die mit Beginn der zweiten Handelsperiode bereits 20 Jahre und länger in Betrieb sind, sollen durch den Zukauf von Emissionsrechten zu Modernisierungen gezwungen werden.

"Die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung kann so lange gerechtfertigt werden, wie sie aus eigener Kraft nicht wettbewerbsfähig ist", so das Fazit der Studie. "Sie wird entbehrlich, wenn die Wettbewerbsfähigkeit entweder über die Entwicklung der Brennstoff- und Strompreise quasi automatisch oder über die Einführung neuer Instrumente hergestellt wird. Sie ist aus der Perspektive des Klimaschutzes, dem die bisherige Förderung ja dienen soll, sogar schädlich, wenn sie dem Lenkungszweck des Emissionshandels zuwiderläuft."

7. KLIMASCHUTZ

Deutschland spart sich Treibhausgase

Der Ausstoß von Kohlendioxid ging im letzten Jahr um erstaunliche 2 Prozent zurück. Ein einmaliger Effekt?

[*Stefan Kosch, taz, 24.3.2006*] Die Deutschen haben im vergangenen Jahr weniger Kohlendioxid (CO₂) in die Atmosphäre geblasen. "Die CO₂-Emissionen sind in Deutschland im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent auf rund

872 Millionen Tonnen gesunken", erklärt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem aktuellen Wochenbericht. Einen so hohen Rückgang habe es seit Mitte der 90er-Jahre nicht gegeben. Das ist allerdings kein Freibrief für eine Lockerung des Klimaschutzes.

Ursprünglich wollte Deutschland den CO₂-Ausstoß zwischen 1990 und 2005 um 25 Prozent senken. Dieses Ziel sei aber "weit verfehlt" worden, erklärt das DIW. Seit 1990 seien die Emissionen erst um knapp 17 Prozent zurückgegangen. Damit sei Deutschland zwar eines der wenigen Industrieländer, in denen der CO₂-Ausstoß deutlich reduziert wurde. In den USA liege die Pro-Kopf-Emission etwa doppelt so hoch. Allerdings liegt der Ausstoß jedes Deutschen noch immer zweieinhalbmal über dem weltweiten Durchschnitt.

Hinzu kommt, dass die Kohlendioxid-Bilanz des vergangenen Jahres vor allem durch Einmaleffekte geprägt worden sei, sagt Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamts (UBA). "Wir können nicht damit rechnen, dass der Rückgang in den kommenden Jahren automatisch weitergeht." Drei Gründe waren für den jetzigen Rückgang verantwortlich. Erstens: 2005 war ein vergleichsweise warmes Jahr, die Temperatur habe um 0,8 Grad über dem Durchschnitt gelegen. Entsprechend weniger wurde geheizt.

Zweiter Grund: Der hohe Preis für Strom, Gas, Benzin und Heizöl. Das sorgte für sparsamen Umgang mit Energie. Bleibt das Preisniveau in Zukunft auf einem ähnlich hohen Niveau, stagniere voraussichtlich die Minderung der CO₂-Emissionen, meint das UBA. Weitere Reduktionen würden nur erfolgen, wenn auch die Preise weiter stiegen. Der dritte Faktor: der Ausbau der erneuerbaren Energien. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch sei 2005 auf 4,6 Prozent gestiegen, nach 4 Prozent im Vorjahr. Nach einer Schätzung des Bundesumweltministeriums seien durch die erneuerbaren Energien insgesamt 83 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart worden.

Inwieweit der im vergangenen Jahr gestartete Emissionshandel bereits zu der für Deutschland positiven Kohlendioxidbilanz geführt hat, lasse sich noch nicht beurteilen, erklärt das DIW. Die dortigen Experten verweisen allerdings auf einen

anderen wichtigen Aspekt: das schwache Wirtschaftswachstum. Die wichtigste Emissionen-Steigernde Komponente sei nämlich seit Anfang der 90er-Jahre das gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Einkommen gewesen. Und dieser Faktor fiel in den Jahren 2000 bis 2005 wegen der mauen Konjunkturlage vergleichsweise niedrig aus. Sollte das Wirtschaftswachstum sich wieder beschleunigen, dürften auch die CO₂-Emissionen wieder steigen.

Dabei müsste Deutschland seine Treibhaus-emissionen weiter verringern, um zumindest das Kioto-Ziel, das eine Reduktion von 21 Prozent zwischen 1990 und 2010 vorsieht, zu erreichen. Das ist knapp möglich, meint Troge, allerdings nur wenn alle im Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen auch Wirklichkeit würden. Dazu zählen die Verbesserung des Gebäudesanierungsprogramms und die Rückführung "klimaschädlicher Subventionen", wie die Eigenheimzulage und die Pendlerpauschale.

Für eine weiter gehende Reduzierung der Treibhausgase fordert das UBA einen noch höheren Anteil der erneuerbaren Energien, eine Kfz-Steuer, die vom CO₂-Ausstoß eines Autos abhängt und die Einbindung des Flugverkehrs in den Emissionshandel.

Michael Müller: Klimaschutz und Energiepolitik sind zwei Seiten einer Medaille

[Bundesumweltministerium, 21.3.2006]

Anlässlich eines Energieforums der Immobilienwirtschaft hat sich Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, für eine Neuorientierung der Energiepolitik ausgesprochen. "Die Liberalisierung des Energiemarktes und die Schaffung eines europäischen Energiebinnenmarktes müssen dafür genutzt werden, eine nachhaltige Energieversorgung durchzusetzen" sagte Müller. Notwendig hierfür ist eine Energiewende, deren wesentliche Elemente mehr Energieeinsparen, mehr Energieeffizienz und mehr erneuerbare Energien sind.

Auf dem Energieforum wurden Handlungsoptionen für den Gebäudebestand bei Energieversorgung, Energieeffizienz und Innovation

vorgestellt. Die Tagung wurde vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen in Zusammenarbeit mit dem Verband Berlin Brandenburgischer Wohnungsunternehmen veranstaltet. Müller sprach sich für eine weitere Ausschöpfung der Einspar- und Effizienzpotenziale im Gebäudebereich aus. Wichtig sei darüber hinaus die Steigerung der Energieeffizienz auch in anderen Sektoren sowie die Erneuerung des Kraftwerks-parks, der Ausbau der erneuerbaren Energien für die Strom-, Wärme- und Treibstoffgewinnung um die Klimaschutzpolitischen Ziele zu erreichen und möglichst sogar zu übertreffen. "Energiepolitik und Klimaschutzpolitik sind zwei Seiten einer Medaille. Denn klimaschutzpolitische Vorgaben sind energiepolitisch umzusetzen. Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit sowie Umweltverträglichkeit müssen integriert verwirklicht werden. Nur! so können wir unsere Energieversorgung nachhaltig und zukunftsgerichtet gestalten", sagte Müller

Müller verwies auch auf die wachsende Bedeutung der erneuerbaren Energien. "Erneuerbare Energien sind eine der dynamischsten Branchen der deutschen Volkswirtschaft. Bis zum Jahr 2020 können 25 Prozent des Stroms in Deutschland erneuerbar bereitgestellt werden", so Müller. Ein steigender Exportanteil belegt, dass zunehmend für einen der größten globalen Zukunftsmärkte produziert werde. "Ein konsequenter Klimaschutz führt zu Wirtschaftswachstum, schafft Arbeitsplätze und stärkt unser technisches Know How. Er mindert den unvorstellbaren Substanzverzehr, den sich die Menschheit erlaubt", so Müller.

Klimaschutz ist preiswerter als bisher gedacht – Nichts zu tun, wäre zehnfach teurer

[Berliner Zeitung, 17.03.2006] Die globale Erwärmung kann mit viel geringeren Kosten in Grenzen gehalten werden, als Fachleute bisher gedacht haben. "Wir verhindern einen gefährlichen Klimawandel schon mit weniger als einem Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts", sagte gestern Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Bisher waren Experten von drei- bis fünfmal höheren

Kosten ausgegangen. Der Chefökonom des PIK stellte in der brandenburgischen Stadt eine neue Studie zu wirtschaftlichen und technischen Maßnahmen vor, die zur Kontrolle von Treibhausgasen wie Kohlendioxid und Methan notwendig sind. Damit soll verhindert werden, dass die durchschnittliche Temperatur weltweit im Jahr 2100 um mehr als zwei Grad Celsius höher liegt als 1900. Bisher ist die Temperatur etwa um ein Grad gestiegen

Das Ziel sei nur dann erreichbar, wenn etwa der Ausstoß an Kohlendioxid (CO₂) bis zum Jahr 2050 um die Hälfte verringert wird. Dazu müsste Energie effektiver eingesetzt werden als heute, sagte Edenhofer. Zudem müssten erneuerbare Energien stärker genutzt und auch ein Teil des CO₂ in unterirdischen Speichern gelagert werden. Das wäre günstiger als nichts zu tun: "Wenn wir das eine Prozent des Inlandsprodukts nicht für den Klimaschutz aufwenden, müssen wir voraussichtlich zehn Prozent zur Beseitigung der Folgeschäden bezahlen", kündigte Edenhofer an.

Sollte sich die Atmosphäre um mehr als zwei Grad erwärmen, könnte der Eisschild Grönlands abschmelzen und der Meeresspiegel weltweit um sechs bis sieben Meter ansteigen. "Dann geht es nicht mehr nur um große finanzielle Schäden, sondern um sehr viele Menschenleben", sagte PIK-Direktor Hans-Joachim Schellnhuber.

Mehr als 50 Klimawissenschaftler, Wirtschaftsexperten und Ingenieure beraten seit gestern in Potsdam über die am besten geeigneten Methoden des Klimaschutzes. Der zweitägige Workshop wurde vom PIK, dem Umweltbundesamt und der italienischen Fundazione Eni Enrico Mattei organisiert.

Greenpeace: Fünf-Punkte-Plan zu mehr Klimaschutz

[en-wid, 21.02.2006] Hamburg - Einen Fünf-Punkte-Plan zur Verbesserung des Klimaschutzes im Rahmen der Fortschreibung des Nationalen Allokationsplans (NAP) zum Emissionshandel hat Greenpeace vorgelegt. So sollten nach Meinung der Umweltschutzorganisation für die Handelsperiode 2008 bis 2012 zehn Prozent der CO₂-Emissionszertifikate versteigert werden statt sie kostenlos zuzuteilen. Nach 2012 sollten sogar 100

Prozent per Auktion vergeben werden. Außerdem plädiert Greenpeace für die Einführung eines einheitlichen "benchmarks", eines Höchstwerts für den CO₂-Ausstoß für alle fossilen Kraftwerke sowie eine Verpflichtung der Bundesregierung, alle Versteigerungserlöse in den Ausbau erneuerbarer Energien und in Effizienz wie zum Beispiel Wärmedämmung an Gebäuden zu investieren. Weiterer Punkt des Forderungskatalogs: Keine Anrechenbarkeit von Auslandsprojekten für hiesige Emissionsüberschreitungen.

Treibhausgase steigen rasant

Neueste Wetterdaten zeigen, dass Klimaschutz bisher keinen Effekt hat. Stattdessen nimmt CO₂ in der Atmosphäre stärker zu als je zuvor. Bis 2050 wird Erde deutlich wärmer

[Nick Reimer, taz, 16.03.2006] Nie war die Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre größer als 2005: durchschnittlich 381 Teile pro eine Million Teile (ppm) Luft. "Das ist mehr als seit einer Million Jahren", erklärte Sir David King, der oberste Wissenschaftsberater der britischen Regierung. Neue Daten gibt es auch von der Weltwetterorganisation: Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit sei nun 35 Prozent mehr Kohlendioxid in der Atmosphäre.

Gravierender als diese Zahlen ist das Tempo der Entwicklung: Wurde zwischen 1994 und 2004 ein Zuwachs von 19 ppm registriert, so nahm die Konzentration allein im letzten Jahr um 4 ppm zu. Nie in der Menschheitsgeschichte stieg die CO₂-Konzentration derart drastisch – obwohl das Kioto-Protokoll 2005 in Kraft trat, das die Klimagase reduzieren will. Messungen der National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) in den USA bestätigen diese Zahl.

Die EU-Klimapolitik hat anerkannt, dass die Erderwärmung faktisch nicht mehr aufzuhalten ist. Die Europäer wollen sie daher auf 2 Grad begrenzen - dann wäre gerade noch zu verhindern, dass das Grönlandeis schmilzt und der Golfstrom versiegt. "Um dieses Ziel zu erreichen, darf die Kohlendioxid-Konzentration im Jahr 2050 aber nicht höher als 450 ppm sein", sagt Lutz Wicke, Professor an der Europäischen Wirtschaftshochschule. Sollte sich die aktuelle

Klimaentwicklung jedoch fortsetzen, rechnet Wicke damit, dass "man 2050 irgendwo bei 480 ppm liegt". Die Erde würde um 3 bis 5 Grad wärmer. Wicke fordert deshalb "Schluss mit Kioto! Wir brauchen wesentlich mehr Klimaschutz, als in diesem laschen Protokoll festgelegt ist."

Kohlendioxid braucht Jahrzehnte, bis es von der Erde in die Stratosphäre aufgestiegen ist, wo es wie eine Glasglocke wirkt und die Energie zurückhält, die eigentlich ins All zurückgeworfen wird. Zudem hat in die Luft geblasenes Kohlendioxid eine lange Zerfallsdauer. Len Barrie von der Weltwetterorganisation: "Selbst wenn wir die Verbrennung fossiler Brennstoffe plötzlich einstellen, würde es 250 Jahre dauern, bis wir wieder Konzentrationen der vorindustriellen Ära erreichten." Übersetzt heißt das: Ab sofort dürfte kein Flugzeug mehr fliegen, kein Auto mehr fahren, allenfalls noch Windstrom aus der Steckdose kommen. Computer, Fernseher, Waschmaschinen oder Kühlschränke müssten verboten werden - so viel Windstrom haben wir ja noch nicht.

Deutsche bei Klima vorne

[*Süddeutsche Zeitung*, 21.02.2006] Deutschland ist beim Klimaschutz nach Angaben der Umweltorganisation Germanwatch international in der Spitzengruppe. Das Land habe aber dennoch großen Nachholbedarf in der Verringerung von Kohlendioxid bei Gebäudeheizungen und bei der Stromerzeugung, teilte Germanwatch-Experte Jan Burck bei Vorstellung eines Klimaschutz-Index mit. Deutschland rangiere auf einer Skala von 53 Staaten auf Platz fünf nach Island, Lettland, Großbritannien und Litauen. Dahinter seien Indien (10), Frankreich (11), China (29), Russland (48), die Vereinigten Staaten (52) und Saudi-Arabien (53).

Klimaschutzindex nach Ländern:
<http://www.germanwatch.org/rio/ksi06t1.pdf>

Germanwatch Broschüre Klimaschutzindex:
<http://www.germanwatch.org/rio/ksi2006.pdf>

Energie aus dem Fluss

[Angela Köckritz, Süddeutsche Zeitung, 21.02.2006]

China investiert massiv in die Wasserkraft und hat bereits 85 000 Staudämme errichtet

Es gibt Tage, an denen stinkt Peking zum Himmel. An denen legt sich ein Smognebel über die Stadt, beißt in der Lunge, kratzt im Hals. Im Sommer lässt die Stadtverwaltung bisweilen Wolken beschießen: Die Luft soll durch einen künstlichen Regenschauer zumindest kurzzeitig geklärt werden.

„Die Menschen kämpfen tagtäglich mit der Verschmutzung, deren Hauptursache in der Verbrennung fossiler Brennstoffe liegt“, sagt Yang Ailun, Energieaktivistin von Greenpeace Peking. Kohle ist der wichtigste Bodenschatz des Landes, das mit 115 Milliarden Tonnen über das drittgrößte Vorkommen weltweit verfügt. China bezieht seinen Strom zu 70 Prozent aus Kohlekraftwerken, die größtenteils nicht mit modernen Entschweflungsanlagen ausgestattet sind – und zahlt einen hohen Preis dafür. Eine von der Volkszeitung zitierte Studie zeigt, dass das Land durch Verschmutzung jährlich acht Prozent seines Bruttoinlandsproduktes einbüßt.

Das Interesse an alternativen Energiequellen ist enorm. Zhang Guobao, Vizepräsident der Nationalen Kommission für Reform und Entwicklung, setzte vergangenen November auf der Pekinger Konferenz für Erneuerbare Energien ehrgeizige Zielvorgaben. Bis zum Jahr 2020 soll deren Anteil an der Stromgewinnung auf 30 Prozent steigen. Mit einem neuen Gesetz will die Regierung die alternative Stromindustrie fördern. Die Ziele seien realistisch, meint Yang. „China hat das Potenzial, zum Weltmarktführer für erneuerbare Energien zu werden.“

Schon jetzt macht die Wasserkraft ein Viertel der nationalen Stromgewinnung aus, China besitzt das größte Potenzial, Strom aus Wasser zu gewinnen. 85 000 Dämme hat das Land, und es werden immer mehr: Nach seiner Fertigstellung 2009 wird der Drei-Schluchten-Staudamm das größte Wasserkraftprojekt weltweit sein. Im Dezember wurde erneut der Bau des Xilidou-Kraftwerks in Sichuan aufgenommen, des drittgrößten Wasserkraftwerks der Welt.

Wenngleich Wasserkraft eine saubere Energiequelle darstellt, sind viele Projekte bei Umweltschützern umstritten. Im Januar vergangenen Jahres stoppte die nationale Umweltbehörde Sepa, unterstützt von 56 Nichtregierungsorganisationen, den Bau von 30 Kraftwerken, weil sie Umweltgesetze verletzten. Aktivisten stellen sich insbesondere gegen den Bau zahlreicher Wasserkraftwerke im Drei-Flüsse-Gebiet von Yunnan. 2003 wurde das Gebiet wegen seiner einzigartigen Vegetation zum Unesco-Welterbe erklärt – die drei Flüsse Nu, Lancang und Jinsha schloss man vorsorglich vom Schutz aus. Werden die Staudämme errichtet, müssen Hunderttausende umgesiedelt werden, beim Bau des Drei-Schluchten-Damms mussten 1,3 Millionen Menschen ihr Heim verlassen. Weitere Energiequellen wie Wind, Sonne und Biomasse tragen mit weniger als einem Prozent zur nationalen Stromversorgung bei. „China hat große Ressourcen für Wind- und Solarenergie“, sagt Aktivistin Yang. Windenergie ist die etablierteste Energieform, in der Provinz Xinjiang steht die größte Windfarm Asiens. Bereits seit 20 Jahren unterstützen europäische Regierungen Windfarmen, in den neunziger Jahren hat sich ein kommerzieller Markt entwickelt.

Die Windenergie boomt, allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Erzeuger um 60 Prozent auf 1260. „Deutschland gilt vielen als Vorbild“, sagt Yang. Solarenergie und Biomasse sind weniger verbreitet, sie werden vor allem in ländlichen Gebieten genutzt. Yang sieht die Zukunft alternativer Energien optimistisch: China habe die Voraussetzungen, eine starke alternative Energieindustrie aufzubauen.

8. EMISSIONSHANDEL

Positive Erfahrungen mit Emissionshandel

[dpa, 16.5.2006] Der Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid in der europäischen Industrie hat sich im Jahr 2005 günstiger entwickelt als erwartet. Wegen der Überausstattung mit CO₂-Verschmutzungsrechten im

Emissionshandel wächst jedoch der Druck auf die Bundesregierung, geplante Umweltauflagen für energieintensive Industrien und Energieerzeuger zu verschärfen. Umweltminister Sigmar Gabriel und Wirtschaftsminister Michael Glos müssten die genehmigten Zuteilungsmengen an Kohlendioxid in der nächsten Runde 2008 bis 2012 deutlich knapper ausstatten, verlangten die Umweltverbände. Die Industrie wehrte solche Forderungen ab und bestritt die von Gabriel betonte positive Klimaschutzwirkung des 2005 gestarteten CO₂-Handels.

Der Preis für die Zertifikate war gestern wieder bis auf 13 Euro je Tonne CO₂ geklettert, nachdem er - im Vergleich zu etwa 30 Euro vor drei Monaten - am Freitag auf neun Euro abgesackt war. Die EU-Kommission hatte die Länderdaten zum Treibhausgasausstoß vorzeitig veröffentlicht und damit den Kurssturz ausgelöst.

Die "Dreckschleudern" unter europäischen Industrie- und Kraftwerksanlagen von mehr als 9400 Unternehmen stießen 2005 rund 1,83 Milliarden Tonnen CO₂ aus. Sie blieben damit um gut 44 Millionen Tonnen hinter den offiziellen Prognosen zurück. In Deutschland lagen die tatsächlichen CO₂-Emissionen 2005 um vier Prozent oder 21 Millionen Tonnen unter der Gesamtmenge der 495 Millionen Tonnen zugeteilten Verschmutzungsrechte.

"Emissionshandel wirkt"

[N-tv: 16.5.2006] Der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids ist in Deutschland nach Angaben des Umweltbundesamtes mit Hilfe des noch jungen Emissionshandels deutlich zurückgegangen. Im vergangenen Jahr schleuderten die Unternehmen rund neun Millionen Tonnen weniger CO₂ in die Luft als im Durchschnitt der Basisperiode 2000 bis 2002, wie das Amt in Dessau mitteilte.

Ausschlaggebend seien technische Entwicklungen sowie die Verlagerung schadstoffintensiver Produktionen von alten in effizientere Anlagen gewesen. "Der Emissionshandel wirkt", sagte der Präsident des Umweltamtes, Andreas Troge. Die teilnehmenden Unternehmen hätten schon im ersten Jahr des Handels einen aktiven Klimaschutzbeitrag geliefert. Ähnlich äußerte sich

Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Nach den Zahlen des Amtes betrug der Ausstoß an CO₂ im Jahr 2005 knapp 474 Millionen Tonnen. Das seien 21 Millionen Tonnen weniger als Emissionsberechtigungen für das vergangene Jahr ausgegeben worden seien. Zwei Drittel der Anlagen hätten weniger Schadstoff in die Luft abgegeben als sie das nach ihren Emissionsberechtigungen hätten tun können. Ein Drittel der Unternehmen lagen darüber. Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten, deren Abweichung gegenüber den zugelassenen Mengen im zweistelligen Prozentbereich gelegen hätten, habe Deutschland "geradezu eine Punktlandung" geschafft.

Die Bundesregierung wertet den internationalen Handel mit CO₂-Verschmutzungsrechten im ersten Jahr 2005 als klimapolitischen Erfolg. Sie räumte aber zugleich ein, dass es auf Grund überhöhter Produktionsprognosen der Unternehmen zu einer Überzahl solcher Kohlendioxid-Zertifikate gekommen sei. Der größte Teil zu viel ausgeteilter Handelsscheine solle deshalb von der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) wieder eingezogen werden und gar nicht erst an den Markt gelangen, teilte das Umweltministerium mit. Umweltverbände wie Greenpeace kritisierten das Übermaß der an die Unternehmen kostenlos verteilten Zertifikate. "Eine solche nachträgliche Anpassung der Zuteilungsmenge nach unten sieht das deutsche Zuteilungsgesetz ausdrücklich vor", so das Ministerium. "Die Bundesregierung geht davon aus, dass eine beim Europäischen Gerichtshof anhängige Klage der EU-Kommission gegen diesen Passus keinen Erfolg haben wird." Wie das Ministerium unter Berufung auf die Handelsstelle bestätigte, lagen die tatsächlichen CO₂-Emissionen 2005 um vier Prozent oder 21 Millionen Tonnen unter der Gesamtmenge der 495 Millionen Tonnen zugeteilten Verschmutzungsrechte.

9 der 21 Millionen Tonnen Minderung des Kohlendioxid-Ausstoßes stünden im Zusammenhang mit konkreter Umweltschutzpolitik. "Diese Minderungen sind Ausdruck dafür, dass neue effizientere Kraftwerke in Betrieb gehen", erklärte Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD). "Das zeigt, dass wir mit

unserer innovationsorientierten Klimaschutzpolitik auf dem richtigen Weg sind. Den Anlagenbetreibern, die investiert haben, kommt nun der Vorteil des Emissionshandels zugute. Sie können überzählige Emissionszertifikate am Markt anbieten und verdienen auf diesem Weg am Klimaschutz."

Die restlichen 12 Millionen Tonnen seien die Folge von Sonderregelungen im deutschen Zuteilungsgesetz, "die teilweise zu einer Überausstattung mit Zertifikaten führten", so das Ministerium. "Im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsstaaten deren Abweichung teilweise im zweistelligen Prozentbereich liegen, kann Deutschland geradezu auf eine Punktlandung verweisen."

Nach Angaben des Ministeriums hat Deutschland sein Klimaschutzziel von 21 Prozent nahezu erreicht. "Ende 2005 lagen die Treibhausgasemissionen um rund 19 Prozent unter dem Emissionsniveau von 1990." Das hatte das Ressort jedoch bereits Anfang 2005 erklärt.

Emissionshandel bleibt in der Spielphase

[Bernward Janzing, taz, 16.5.2006] EU-Kommission veröffentlicht Zahlen: Die Regierungen vergaben Lizenzen für 44 Millionen Tonnen mehr CO₂, als überhaupt produziert wurde. So werden die Verschmutzungsrechte zunächst richtig billig. Druck auf Klimasünder entsteht kaum.

Seit fast drei Wochen hatte sich das Fiasko angedeutet, jetzt haben es die offiziellen Zahlen bestätigt: Die Staaten der Europäischen Union haben ihren Unternehmen für das vergangene Jahr mehr Emissionsrechte zugeteilt, als die Firmen tatsächlich benötigen. Damit wurde die Grundidee des Emissionshandels ad absurdum geführt: Das Klimaschutzinstrument, das im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingeführt wurde, kann nur effizient wirken, wenn die Verschmutzungsrechte knapp sind. Sind sie im Überfluss vorhanden, entfällt jeglicher Druck zur Reduktion der Emissionen.

Europaweit wurden nun aber so viele CO₂-Kontingente ausgegeben, dass der Bedarf der Industrie um 44 Millionen Tonnen überschritten wurde. Das geht aus Zahlen von 21 der 25 EU-

Mitgliedstaaten hervor, die die Kommission gestern veröffentlichte. Allein Deutschland verteilte 21 Millionen Tonnen mehr als nötig - ein Überschuss von vier Prozent. Nur aus Polen, Luxemburg, Zypern und Malta liegen noch keine Zahlen vor.

Das Bundesumweltministerium versuchte gestern, die Situation zu beschönigen. So sei der verringerte CO₂-Ausstoß im Jahr 2005 auch durch "Klimaschutzanstrengungen der beteiligten Unternehmen" bedingt, hieß es in Berlin. Auch die Deutsche Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt teilte mit, "die Produktion von alten CO₂-intensiven Anlagen ist innerhalb der Branchen und der Unternehmen auf neue effizientere Anlagen verlagert" worden.

In der Tat hat manche Firma investiert. Denn als die Tonne CO₂ im europäischen Emissionshandel für zwischen 25 und 30 Euro gehandelt wurde, war das für viele Unternehmen ein echter ökonomischer Anreiz zur Emissionsminderung. Die hohen Preise basierten allerdings auf der Annahme, die Kontingente seien tatsächlich knapp. Als der Überfluss offenbar wurde, brachen die Zertifikatspreise entsprechend ein, zuletzt auf Werte zwischen 9 und 10 Euro. Am Freitag hatte die Financial Times Deutschland sogar Analysten zitiert, die einen Fall "fast auf null" für möglich hielten.

Ganz so schlimm kam es dann zwar doch nicht, doch die umweltpolitischen Aussichten für dieses und das nächste Jahr sind gleichwohl düster. Denn für die erste Handelsphase im Rahmen des Kyoto-Abkommens, die von 2005 bis 2007 geht, sind die Kontingente längst festgelegt – und damit bleiben sie bis 2007 üppig bemessen. Dass hier die EU nochmals die Schraube anziehen wird, ist nicht vorgesehen. Entsprechend gibt es frühestens 2008 einen spürbaren Druck auf die Unternehmen, die Effizienz ihrer Anlagen zu verbessern.

Emissionsrechte für 12 Millionen Tonnen hofft das Umweltministerium unterdessen noch nachträglich infolge von Sonderregelungen im deutschen Zuteilungsgesetz zurückziehen zu können. Mit der Klausel sollte sichergestellt werden, dass überzählig zugeteilte Kontingente wieder eingesammelt werden können. Diese Ex-

post-Korrektur ist allerdings noch Gegenstand einer Klage der EU-Kommission vorm Europäischen Gerichtshof. Es ist unsicher, ob sie umgesetzt werden kann.

So schauen Umweltverbände längst Richtung 2008 und fordern nun mehr Mut bei der Festlegung zukünftiger Kontingente. Angelika Zahrt, Bundesvorsitzende des Bunds für Umwelt und Naturschutz, sagte gestern, der Emissionshandel dürfe "nicht zum Papiertiger verkommen". Die Bundesregierung müsse nun die Konsequenzen aus den vorliegenden Zahlen ziehen und von den Unternehmen "bei der Zuteilung der Emissionsrechte für die nächste Handelsperiode mehr Klimaschutz einfordern".

Keine gute Figur

[Kommentar Joachim Wille, Frankfurter Rundschau, 19.5.2006] Treibhausgase als Kostenfaktor. Das ist die Idee, die hinter dem Emissionshandel steckt, den die EU 2005 startete. Motto: Die Unternehmen, die mehr Kohlendioxid in die Atmosphäre pusten als das Klimaschutz-Ziel erlaubt, sollen dafür zahlen. Die Firmen, die vorbildlich Energie und CO₂ einsparen, sollen profitieren. So weit so gut.

Emissionszertifikate galten bis vor kurzem als knappes Gut. An der Leipziger Strombörse, die den Handel mit den Abgas-Rechten abwickelt, kannten die Preise praktisch nur eine Richtung: nach oben. Zuletzt wurde sogar die 30-Euro-Marke für eine Tonne CO₂ gerissen. Experten hätten dies vor Beginn des Emissionshandels für undenkbar gehalten. Ein Mondpreis, der allerdings ganz irdische Folgen hatte: Die Strompreise kletterten kräftig, weil die Energieversorger die ihnen in der Erstausrüstung völlig kostenlos (!) zugewiesenen CO₂-Lizenzen zum Marktpreis in die Kalkulation einstellten.

Doch dann folgte der Absturz des CO₂-Kurses. In Brüssel war durchgesickert, dass die EU-Länder ihre Unternehmen viel zu üppig mit Lizenzen ausgestattet hatten – darunter auch der Klima-Musterknabe Deutschland. Es geschah, was in überversorgten Märkten immer geschieht: Die CO₂-Preise rasselten in den Keller. Nun darf man gespannt sein, wie die Konzerne diese Entlastung in ihre Kalkulation einfließen lassen. Die

Strompreise müssten sinken, alles andere wäre irrwitzig.

Doch natürlich: Es geht nicht nur ums Geld, sondern auch ums Klima. Die offiziellen EU-Zahlen, gestern vorgestellt, belegen nüchtern, welche Regierungen dem Lobbydruck ihrer Industrien mehr und welche weniger nachgegeben haben. Und siehe da: Berlin macht keine gute Figur. Die Bundesregierung wäre also gut beraten, sich bei der Aufstellung des CO₂-Plans für die zweite Handelsperiode von 2008 an nicht so über den Tisch ziehen zu lassen wie ihre rot-grüne Vorgängerin.

Ein peinlicher Erfolg für die Umwelt

[Kommentar Bernward Janzing, taz, 16.5.2006] Erinnern Sie sich noch? Im Frühjahr 2004 hatten die beiden um jede Tonne Kohlendioxid gekämpft: Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Die Grünen) und Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD). Clement, ein Freund der emissionsreichen Kohle, wollte der deutschen Industrie den Ausstoß von 505 Millionen Tonnen CO₂ jährlich gestatten. Trittin wollte den Betrieben hingegen nur 488 Millionen Tonnen gewähren. Man einigte sich schließlich auf 495 Millionen Tonnen. Und es war beileibe kein leichter Kompromiss. Mitunter hatte man in der Debatte den Eindruck, jede reduzierte Tonne treibe die deutsche Wirtschaft ein Stück weiter in den Ruin.

Doch nun gibt es die ersten Zahlen im Rückblick – und die sind ausgesprochen peinlich für alle, die damals das deutsche Kontingent aushandelten. Denn der reale Ausstoß im Jahr 2005 lag bei "nur" 474 Millionen Tonnen. Also niedriger als alles, was einst diskutiert wurde. Selbst Trittin – vom CSU-Haudegen Michael Glos seinerzeit gar als "Ökotalinist" verunglimpft – entpuppt sich damit im Nachhinein als umweltpolitischer Softie. Denn auch er wollte den Unternehmen mehr Zertifikate zuteilen, als sie letztendlich gebraucht haben. Der grüne Umweltminister hatte offensichtlich Angst vor seiner eigenen Courage.

Der Imageschaden für den CO₂-Handel ist groß – was sehr bedauerlich ist, weil der Emissionshandel an sich ein äußerst attraktives Instrument des Klimaschutzes ist. Nur er kann nämlich mit

den Gesetzen des Marktes so viel an Energieeffizienz erreichen. Wer das will, darf die Zertifikate aber nicht leichtfertig verschleudern.

Und genau das hat die Politik getan. Damit wurde die erste Handelsperiode von 2005 bis 2007 völlig vergeigt. Die Zahlen für 2005 geben für dieses und auch für das nächste Jahr ein fatales Signal. Schließlich bremst die Erkenntnis, dass auch ohne Emissionsreduktionen genug Zertifikate für alle da sind, den Fortschritt der Energieeffizienz erheblich. Die Firmen werden daher in den bevorstehenden anderthalb Jahren nur noch dort in sparsamere Technik investieren, wo es die Energiepreise ohnehin attraktiv machen.

Nun gibt es noch eine zweite Chance ab 2008, da dann die Zuteilung der Kontingente neu geregelt wird. Das Verfahren läuft aktuell. Die Zahlen von 2005 kommen also gerade recht als Signal. Sie zeigen: Wir brauchen endlich satte Reduktionsvorgaben. Wer an dem Regime des Zertifikatehandels festhalten will, darf sich kein zweites Mal mit Pseudoquoten lächerlich machen. Sonst ist der Emissionshandel tot.

Feilschen um Verschmutzungsrechte

[Nick Reimer, taz, 14.03.2006] Vor dem Energiegipfel im Kanzleramt verhandelt Umweltminister Gabriel mit den Spitzenvertretern der Energiewirtschaft. Sein Ziel: CO₂-Emissionen sollen um 17 bis 20 Prozent sinken. Experten raten, Verschmutzungsrechte teilweise zu versteigern.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel erhält zurzeit viel Besuch. Diverse Interessenvertreter treffen sich mit ihm, um den Energiegipfel im Bundeskanzleramt am 3. April vorzubereiten. Morgen sind die Spitzen der erneuerbaren Energiewirtschaft dran. "Der Umweltminister will von uns wissen, welchen Beitrag wir zu Versorgungssicherheit und Klimaschutz leisten können", sagt Johannes Lackmann, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energien.

Spitzenvertreter der Deutschen Industrie hat das Bundesumweltministerium schon heute nach Bonn geladen: Gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) geht es um mehr Klimaschutz und den Emissionshandel. Bereits am Wochenende waren Spitzen-

vertreter der konventionellen Energiewirtschaft bei Gabriel: RWE, EnBW, Vattenfall und Eon wurden über die Pläne zum Emissionshandel unterrichtet – also dem Handel von Verschmutzungsaktien, den so genannte Zertifikaten.

Zwar sei das Treffen "absolut vertraulich" gewesen, hieß es aus der Energiewirtschaft. So viel aber wurde bekannt: Die Energiewirtschaft soll in der zweiten Handelsperiode von 2008 bis 2012 deutlich weniger Klimagift in die Luft blasen dürfen als zurzeit. Das zumindest sehen die Pläne vor, die auf Staatssekretärschwere von Wirtschafts- und Umweltministerium erarbeitet wurden.

Seit 2005 läuft der Abgas-Handel: Nach einem so genannten "Nationalen Allokations-Plan" wurden Unternehmen kostenlos mit CO₂-Aktien versorgt, die dann an der Leipziger Strombörse gehandelt wurden. Und obwohl die Aktien ursprünglich kostenlos vom Staat verteilt wurden, verursachten sie einen steigenden Strompreis. Verbraucherschützer wie der Bund der Energieverbraucher haben dies wiederholt kritisiert: Diese Praxis grenze an Wirtschaftskriminalität. Tatsächlich hatte die EU den Nationalstaaten in ihren Vorgaben zum Emissionshandel erlaubt, Abgas-Aktien zu versteigern – allerdings nur 10 Prozent des Gesamtpakets. Der damalige Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hat darauf jedoch verzichtet.

Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) will nun offenbar entscheidende Änderungen ab 2008. Dann nämlich beginnt die zweite Handelsperiode. Bislang mussten Industrie und Energiewirtschaft einen etwa gleichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Künftig sollen offenbar vor allem die Stromproduzenten – und dort besonders die Atomkraftbetreiber – den Kohlendioxid-Ausstoß reduzieren. Erstens soll es nach Gabriels Plänen für die Konzerne, die ein Atomkraftwerk abschalten, keine zusätzlichen Aktien mehr geben. Zweitens soll der CO₂-Ausstoß der Industrie und der Energiewirtschaft drastisch sinken. 2005 dürfte er insgesamt bei rund 530 Millionen Tonnen gelegen haben. 2012 sollen nur noch 493 Millionen Tonnen jährlich emittiert werden. Diese starken Reduktionen werden nötig, weil Industrie und Energiewirtschaft bislang die gesetzten Ziele nicht eingehalten haben. Ursprünglich ging

Umweltminister Trittin davon aus, dass diese Branchen 2005 nur etwa 505 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen würden.

Angesichts dieser Fehlentwicklung rät das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, diesmal wenigstens die 10 Prozent der CO₂-Aktien zu versteigern. "Ohne Auktion entsteht kaum Druck auf Innovation", sagt Claudia Kemfert, die beim DIW den Bereich Energie leitet. Die ohnehin "viel zu laschen Minderungsvorgaben", so Kemfert, seien ohne Preisdruck nicht zu erreichen.

Bundesumweltministerium legt Entwurf für Zuteilung von CO₂-Zertifikaten vor

[BMU, 13.04.2006] Die Energieversorger und Industrieunternehmen müssen in den nächsten Jahren den Ausstoß von Kohlendioxid weiter reduzieren und dürfen insgesamt maximal 495,5 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr emittieren - ca. 3% weniger als in den Jahren 2000 bis 2002. Das sieht der Entwurf für die Zuteilung von CO₂-Zertifikaten an die beteiligten Unternehmen für die Jahre 2008 bis 2012 vor, den das Bundesumweltministerium gestern veröffentlicht hat. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: „Damit wird Deutschland auch künftig seiner Vorreiterrolle beim Klimaschutz gerecht. Wir verstärken die Anreize für Investitionen in hocheffiziente und klimafreundliche Kraftwerke. Das kommt nicht nur dem Klima zugute, sondern gibt auch der Wirtschaft Impulse und schafft zukunftssichere Arbeitsplätze. Der Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches Instrument und ermöglicht es den Unternehmen, CO₂-Minderungen dort vorzunehmen, wo es am kostengünstigsten ist.“

Mit dem Nationalen Allokationsplan (Zuteilungsplan) werden die CO₂-Emissionsziele für die zweite Handelsperiode des europäischen Emissionshandelssystems festgelegt. Der Plan beinhaltet Emissionsobergrenzen für alle Sektoren (Energie, Industrie, Verkehr, Haushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen) und enthält auch die Regeln für die Zuteilung der Emissionszertifikate an die teilnehmenden Unternehmen. Ein beteiligtes Unternehmen kann CO₂ nur ausstoßen, wenn es die Zertifikate dafür besitzt. Emittiert eine Anlage mehr CO₂, müssen

Zertifikate dazu gekauft werden, wird weniger Kohlendioxid ausgestoßen, können diese verkauft werden.

Insgesamt werden in den Jahren 2008 bis 2012 jährlich 495,5 Mio. t CO₂ an die vom Emissionshandel erfassten Anlagen zugeteilt. Darin enthalten sind auch die Zuteilungen für Anlagen, die in dieser Zeit zusätzlich am Emissionshandel teilnehmen werden (z. B. Cracker-Anlagen der chemischen Industrie). Die Bereiche Energie und Industrie erbringen damit eine Minderungsleistung von insgesamt 15 Mio. t CO₂ pro Jahr (3% verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002). Gabriel: „Mit diesen Emissionsobergrenzen sind wir auf gutem Wege, unser anspruchsvolles Klimaschutzziel zu erreichen.“ Deutschland hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis 2012 um 21% gegenüber 1990 zu reduzieren.

Mit dem Zuteilungsplan für 2008-2012 wird eine differenzierte Behandlung von Industrie- und Energieanlagen eingeführt. Die Energieversorger erhalten gegenüber ihren bisherigen CO₂-Emissionen um 15% weniger kostenlose Zertifikate. Gabriel: „Die Stromversorger kalkulieren den Marktwert der Zertifikate, die wir ihnen kostenlos zugeteilt haben, jetzt schon in die Strompreise ein. Dadurch erzielen die Energiekonzerne Zusatzgewinne in Milliardenhöhe. Eine geringere Ausstattung mit Zertifikaten führt lediglich zu einer teilweisen Abschöpfung solcher Zusatzgewinne. Für weitere Strompreiserhöhungen gibt es überhaupt keinen Grund, zumal die Zertifikate weiterhin kostenlos zugeteilt werden.“

Die in den Emissionshandel einbezogene Industrie muss ihre CO₂-Emissionen um lediglich 1,25% mindern. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass viele dieser Unternehmen im internationalen Wettbewerb stehen und somit durch eventuellen Zukauf von Zertifikaten entstehende Zusatzkosten nur schwer in ihre Produktpreise überwälzen können.

Für die Jahre 2008 bis 2012 werden mit dem Emissionshandel wirksame und effiziente Investitionsanreize und damit geeignete Rahmenbedingungen für die Modernisierung des Kraftwerkparks in Deutschland geschaffen. Ein

starker Anreiz zur Stilllegung bzw. zum Ersatz wird bei besonders ineffizienten Braun- und Steinkohlekraftwerken geschaffen. Die Zuteilungen dieser Anlagen werden durch Anwendung der so genannten Malusregel zusätzlich um 15% gekürzt. Diese Regel wird erstmals 2008 angewandt. Für Neuanlagen erfolgt hingegen eine 100%tige, kostenlose Zuteilung, bei der aber ein anspruchsvoller Benchmark auf Basis der besten verfügbaren Technik angewandt wird.

Besonders günstig gestellt wird die Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen (KWK). Für diese Anlagen wird – anders als sonst im Energiesektor – die gleiche moderate Kürzung wie für Industrieanlagen (1,25%) angewandt. Es wird also eine annähernde Vollaussstattung mit kostenlosen Zertifikaten hergestellt. Damit werden die Nutzung und der weitere Ausbau der klimafreundlichen KWK-Anlagen in Deutschland wirksam unterstützt. Alle kleinen Anlagen in Industrie und Energieerzeugung (CO₂-Emissionen unter 25.000 t im Jahr) bekommen sogar eine komplette Voll-ausstattung, orientiert an den durchschnittlichen Emissionen der Jahre 2000 bis 2005.

Ferner wird mit dem neuen Zuteilungsplan die Vielzahl an Sonderregelungen drastisch reduziert. Auf nachträgliche Anpassungen der Zuteilungen an die Entwicklung bei einzelnen Anlagen wird – entsprechend den Vorgaben der EU-Kommission – im neuen Zuteilungsplan verzichtet. Gabriel: „Damit machen wir den Emissionshandel einfacher, transparenter und berechenbarer.“

Mit der gestrigen Veröffentlichung des Entwurfs des Allokationsplans begann die gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung. Bis Ende Mai 2006 können Äußerungen zum Entwurf vorgebracht werden. Anschließend wird der Entwurf unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse abschließend beraten und vom Kabinett verabschiedet.

Hinweis: Der Entwurf des Allokationsplans und ein Hintergrundpapier dazu können im Internet (www.bmu.de) abgerufen werden.

Umweltminister Gabriel darf CO₂-Aktien nicht wieder verschenken

[Nick Reimer, taz, 14.3.2006] Werden Güter teurer, bremst das die Nachfrage. Eine gestaltungswillige Politik macht sich das zunutze: So bewirkte die höhere Zigarettensteuer das Schrumpfen der Rauchergemeinde und hatte die Ökosteuern einen Rückgang des Energieverbrauchs zur Folge. Nun geht es um den Klimaschutz: Bundesumweltminister Sigmar Gabriel will den Klimakiller Kohlendioxid teurer machen, um so dessen Verbreitung zu stoppen.

Vorgänger Jürgen Trittin konnte sich seinerzeit nicht gegen die Industrie durchsetzen: Kostenlos erhielt sie Verschmutzungsrechte – die "Zertifikat" genannten CO₂-Aktien. Das hatte in der Praxis zur Folge, dass zwar der Strompreis stieg, die Emissionen aber nicht sanken. Natürlich ist es richtig von den Energiekonzernen, die Kosten für die Zertifikate auf die privaten Stromrechnungen zu schlagen: Das Handelssystem wurde ja genau zu dem Zweck installiert, "dreckigen" Strom teurer zu machen. Mit Erfolg: Strom von Eon, RWE und Co ist deshalb heute so teuer, dass Ökostromanbieter konkurrenzfähig sind. Außerdem erhöhen die gestiegenen Kosten den Zwang zu mehr Energieeffizienz. Verbraucherschützer, die die Preispolitik der großen Konzerne angreifen, argumentieren deshalb falsch: Aus Sicht des Klimaschutzes ist das ausgesprochen wünschenswert.

Aber das ist nur die halbe Wahrheit: Denn die deutsche Industrie hinkt ihrem Klimaziel neuerdings deutlich hinterher. Das zeigt, dass etwas faul ist am System: Wer kostenlos erhaltene Zertifikate auf den Strompreis anrechnen darf, macht einen hübschen Gewinn – ohne einen Finger rühren, sprich in Klimaschutz investieren zu müssen.

Schuld daran sind aber nicht die Konzerne, sondern die Politiker. Umweltminister Gabriel muss sich deshalb entscheiden. Entweder er versteigert künftig den größtmöglichen Teil CO₂-Aktien und schraubt gleichzeitig das Reduktionsziel weiter hoch. Eine dann hoffentlich steigende Nachfrage nach CO₂-Aktien würde einen Preisdruck auslösen, und damit zu Investitionen in den Klimaschutz führen. Oder

aber das ganze System taugt nichts und muss ersetzt werden.

Bund will Industrie künftig bei Abgashandel entlasten

[Reuters, 12.04.2006] Die Bundesregierung wird die Energieversorger über den milliardenschweren Handel mit Abgasrechten ab 2008 zu mehr Klimaschutz zwingen. Die Industrie, die unter hohen Strompreisen leidet, wird hingegen künftig entlastet.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel bezeichnete am Dienstagabend eine entsprechende Verständigung mit Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) auch als wichtigen Beitrag für mehr Klimaschutz. Deutschland bleibe damit bei dem Ziel, bis 2012 den Ausstoß von Treibhausgasen um 21 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Deutschland sei damit weiter Vorreiter. Das System des Emissionshandels solle zwischen 2008 und 2012 effizienter laufen als in der ersten Periode zwischen 2005 und 2007. Mit der Verteilung der Abgasrechten würden Anreize für mehr Modernisierungen geschaffen.

Ziel ist es, den Ausstoß des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid (CO₂) über den Handel bis 2012 auf 495 Millionen von derzeit etwas über 500 Millionen Tonnen jährlich zu reduzieren. "Das ist ein anspruchsvolles Ziel", sagte Gabriel. Trotz mehrfacher Versuche, die Bundesregierung von diesem Plan abzuhalten, lasse sie sich in diesem Punkt nicht beirren. "Wir wollen dort nicht nachlassen", betonte der SPD-Politiker mit Verweis auf den Koalitionsvertrag.

Die Versorger erhalten dem Plan zufolge für ihre Kraftwerke künftig nur noch 85 Prozent der nötigen Abgas-Berechtigungen. Die Strom verbrauchende Industrie wird im Gegenzug deutlich besser gestellt; sie bekommt 98,75 Prozent der nötigen Berechtigungen. In der ersten Handelsperiode wurde dieser Unterschied nicht gemacht. Gleich gut ausgestattet wie die Industrie werden erstmals auch die umweltfreundlichen Kraftwerke, die sowohl Wärme als auch Strom liefern. Bei besonders alten Braun- und Steinkohle-Kraftwerken werde dagegen die Zuteilung von Berechtigungen noch einmal deutlich um 15 Prozent gekürzt, sagte der

Minister. Dies setze einen Anreiz zur Investition in klimafreundliche Kraftwerke.

Über den Handel mit Abgasrechten sollen Industrie und Energieerzeuger zu Einsparungen beim Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids gezwungen werden. Die nationalen Regierungen in Europa entscheiden, wie viele Abgasrechte in der Handelsperiode die einzelnen Anlagen von Versorgern und Industrie zugeteilt bekommen. Fehlende Berechtigungen müssen an der Börse gekauft oder der CO₂-Ausstoß muss über Modernisierungen entsprechend reduziert werden. Wer viel Treibhausgas etwa durch Modernisierungen einspart, kann seine Zertifikate an andere verkaufen. Die großen Energiekonzerne wie E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe sind für einen Großteil des CO₂-Ausstoßes in Deutschland verantwortlich.

Gabriel unterstrich, die Strom verbrauchende Industrie, deren Absatz durch hohe Energiepreise in Gefahr geraten könne, werde künftig besser geschützt. Sie müsse weniger CO₂ einsparen oder weniger Rechte kaufen. Deutschland wolle seinen Plan für die Zuteilung der Rechte an die einzelnen Anlagen zum 30. Juni an die EU abgeben. Wichtiges Ziel sei es, dass die Unternehmen den Emissionshandel nicht als Vorwand für Strompreisanhebungen nähmen.

Der Handel hat auch für die Verbraucher große Bedeutung, da der Börsenpreis für die Zertifikate in den Strompreis eingerechnet werden. Dies hatte für Verärgerung in der Politik gesorgt, da die Erstausrüstung mit Zertifikaten kostenlos war. Im Koalitionsvertrag war vereinbart worden, dass diese Mitnahmeeffekte beschnitten werden sollten.

Eine für die neue Periode erwogene Versteigerung eines Teils der Rechte wurde allerdings verworfen, da dies die Preise weiter nach oben getrieben hätte. Derzeit wird eine Tonne CO₂-Ausstoß an der Börse für über 28 Euro gehandelt. Zu Diskussionen zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium hatte den Angaben zufolge die Ausstattung von Ersatzanlagen für die zahlreichen alten Kraftwerke geführt: Diese sollen nun nur noch maximal 14 Jahre lang bevorzugt mit Verschmutzungsrechten ausgestattet werden, bisher waren 18 Jahre vorgesehen.

Nicht aufgenommen in den Emissionshandel die

Fluglinien. Dagegen sollen aber erstmals Crack-Anlagen, die aus Rohöl chemische Vorprodukte herstellen, am Handel teilnehmen. Sie stehen für insgesamt zehn Millionen Tonnen CO₂. BASF betreibt in Deutschland solche Anlagen.

Geschenkte CO₂-Zertifikate taugen nicht gegen die Klimaerwärmung

[Kommentar Tarik Ahmi, taz, 12.04.2006]
Klimaschutz ist herzlich willkommen - solange er nichts kostet und die Industrie nicht stört. Dieses Motto gilt für die neue Verteilung von Verschmutzungsrechten für die deutsche Industrie. Die Bundesregierung ist eingeknickt. Sie hat mit ihrem Plan für die zukünftige Vergabe der CO₂-Zertifikate die Chance verpasst, Energieerzeuger und Industrie zu wirksamem Klimaschutz zu verpflichten.

Mit Verschmutzungsrechten zu handeln ist eigentlich ein verlockendes Konzept. Wenn die Emission von klimaschädlichen Gasen etwas kostet und diese Verschmutzungsrechte begrenzt sind, entsteht ein Markt, der bei steigender Nachfrage und steigenden Preisen zu mehr Investitionen in den Umweltschutz führen soll. Doch die deutsche Politik hat im vorausseilenden Gehorsam gegenüber den Energiekonzernen alles dafür getan, dass der Emissionshandel in Deutschland ineffizient bleibt. Das geht schon mit der Vergabe der Verschmutzungsrechte los: Anstatt die Industrie für die Verschmutzung der Umwelt zahlen zu lassen, bekommen die Energiekonzerne und die übrige Industrie den Großteil ihrer benötigten Zertifikate geschenkt. Ganz marktwirtschaftlich nutzen sie den Vertrauensvorschuss der Politik nicht dafür, in die Senkung von Emissionen zu investieren, sondern freuen sich vor allem über eine neue lukrative Einnahmequelle: den Marktpreis der geschenkten Emissionsrechte schlagen sie auf den Strompreis auf und kassieren dafür gigantische Extragewinne. Insgesamt bis zu 60 Milliarden Euro bleiben über die Laufzeit des Emissionshandels als Zusatzgewinn in der Kasse der deutschen Energieversorger. Den Wert der Abgasrechte können sie problemlos auf die Kunden umwälzen, weil es auf dem oligopolistischen deutschen Energiemarkt nicht genügend Wettbewerb gibt – nur vier Konzerne bestimmen die Strompreise.

Der nun auf den Weg gebrachte Plan für die Jahre zwischen 2008 und 2012 führt das ursprüngliche Konzept des Emissionshandels ad absurdum. Emissionshandel in Deutschland ist ein Beispiel dafür, wie ein theoretisch verlockendes Konzept zum Klimaschutz durch willfährige Politik und schamlosen Lobbyismus gegen die Wand gefahren wird.

Österreich: Greenpeace fordert von Umweltminister Pröll Initiative für Neugestaltung des CO₂-Handels

[OTS.AT, 28.3.2006] VfGH-Prüfung sollte zum Anlass für völlige Neugestaltung genommen werden. Greenpeace kritisiert zahlreiche Geburtsfehler des europäischen und somit auch österreichischen Handels mit CO₂-Verschmutzungsrechten. Von Umweltminister und EU-Ratsvorsitzenden Pröll fordert die Umweltorganisation einen Vorstoß für einen neuen europäischen CO₂-Emissionshandel. "Der Handel mit CO₂-Verschmutzungsrechten muss endlich zu einem effektiven Klimaschutzinstrument werden", fordert Greenpeace-Klimaexperte Erwin Mayer. Konkret setzt sich Greenpeace für eine europäische Versteigerung der CO₂-Verschmutzungsrechte und deutlich niedrigere Emissionsobergrenzen ein. "Der Umweltminister darf nicht wieder vor Industrie und Wirtschaftsminister Bartenstein in die Knie gehen", so Mayer. Minus 13 Prozent CO₂ bis 2010 seien deutlich zu wenig, weil die Basisperiode für den Emissionshandel 1998-2001 und das Basisjahr nicht 1990 ist wie bei der österreichischen Kyoto-Verpflichtung. Von 1990 bis 1998 haben Industrie und E-Wirtschaft ihre Emissionen noch massiv erhöht. "Das großzügige Verschenken der Verschmutzungsrechte in Europa hat dazu geführt, dass Industrie und E-Wirtschaft keinen Beitrag für die Folgeschäden des Klimawandels wie Hochwasser und Dürren leistet und nicht ausreichend Geld für die Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen vorhanden ist", erklärt Mayer. Zusätzlich habe die Vergabe der Verschmutzungsrechte durch die EU-Mitgliedstaaten dazu geführt, dass es einen für den Klimaschutz ungesunden Wettbewerb zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten gebe. Jeder Mitgliedstaat habe versucht, für seine

Industrie und E-Wirtschaft die höchsten Zuteilungen mit Gratisverschmutzungsrechten auszuverhandeln. "Dieser Wettlauf hat dazu geführt, dass in der ersten Handelsperiode Österreichs Industrie und E-Wirtschaft von 2005-2007 bis zu 16% mehr CO₂-Emissionen ausstoßen dürfen als in der Basisperiode 1998-2001", schließt Mayer.

9. LANDSCHAFTSVERBRAUCH

Landschaftsverbrauch zurückfahren! – Finanzpolitische Optionen

[Gemeinsame Pressemitteilung von 15 Umwelt- und Naturschutzverbänden, 18. Mai 2006]

„Der Landverbrauch in Deutschland – dem täglich über 100 Hektar Boden und freie Landschaft geopfert werden – kann nur durch eine dauerhafte Abkopplung vom Wirtschaftswachstum eingedämmt werden.“ Dies sagte Claus-Peter Hutter, Präsident der Umweltstiftung Euronatur, bei der Übergabe eines Positionspapiers der deutschen Umweltverbände an die Parlamentarische Staatssekretärin Astrid Klug in Berlin. Konsequente Innenentwicklung statt Bauen auf der grünen Wiese könne gleichermaßen Wirtschaft wie Lebensqualität fördern. Eine ökologische Reform des Gemeindefinanzsystems würde die dazu nötigen Anreize setzen – dies sei ein notwendiger nächster Schritt der Föderalismusreform, so Hutter.

Noch immer würden mit erheblichen Mengen an Steuergeldern für Wohn- und Gewerbesiedlungen sowie Straßenbau auf der grünen Wiese finanzielle Altlasten von morgen geschaffen, die angesichts des Bevölkerungsrückgangs später niemand mehr unterhalten und bezahlen könne. Täglich verschwinden nämlich über 100 Hektar freie Landschaft durch Straßen, Parkplätze oder Neubauten – mit verheerenden Konsequenzen für Umwelt und Natur. Böden werden versiegelt und Grundwasservorkommen beeinträchtigt, während andererseits Hochwassergefahren zunehmen. Darüber hinaus wird die Landschaft immer mehr eingeschnürt, früher häufige Tier- und Pflanzenarten verschwinden immer mehr.

Jetzt haben sich erstmals 15 führende Naturschutz- und Umweltorganisationen mit dem gemeinsamen Positionspapier „Landschaftsverbrauch zurückfahren!“ geäußert und das Thema mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Astrid Klug diskutiert. In dem Papier werden Bund, Länder und Kommunen aufgefordert, endlich konkrete Maßnahmen für eine ernsthafte Reduktion des Flächenverbrauchs zu ergreifen. Konkrete Anstöße dazu werden auch in einem im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz erstellten Handlungsleitfaden für Kommunen gegeben. Der 64-seitige kommunale Handlungsleitfaden mit dem Titel „Aktiv für Landschaft und Gemeinde!“ richtet sich insbesondere an kommunalpolitisch interessierte Bürger, Ehrenamtliche der Orts- und Kreisverbände der Naturschutzverbände sowie an Bürgermeister, Ortsverwaltungen und Bauämter. Er wird zur Zeit von den Umweltverbänden im ganzen Bundesgebiet an ihre Mitglieder und an Interessierte verteilt. In dem Leitfaden geben die Verbände zahlreiche Ratschläge, wie man sich vor Ort erfolgreich in die Stadtplanung und Siedlungsentwicklung einschaltet und beschreiben, wie die Kommunen ihre unverbaute Landschaft langfristig erhalten können.

Große Chancen für eine echte Trendwende sehen die Umweltverbände bei der Reform des Gemeindefinanzsystems, dem zentralen Bestandteil einer erfolgreichen Föderalismusreform. Erforderlich seien Anreize für einen sparsamen und effizienten Umgang mit der Fläche für Kommunen, Unternehmen, Bauleute und Eigentümer. Ein nachhaltiges Regierungsprogramm für diese Legislaturperiode sollte daher eine ökologische Reform der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und des kommunalen Einkommenssteueranteils umfassen. Eine solche Reform würde neue finanzpolitische Optionen auf Bundesebene bewirken, die Finanzkraft der Kommunen stärken und eine nachhaltige Siedlungsentwicklung unterstützen. Auch muss es nach Ansicht der Umweltverbände im Kern darum gehen, sich von der Wachstumsphilosophie im Planen und Bauen zu verabschieden. Stattdessen sollte auf Qualität und Effizienz gesetzt werden und vor allem konsequent zugunsten der innerörtlichen Bestandspflege und -entwicklung investiert werden.

Die Umweltverbände fordern in dem Positionspapier Bund, Länder und Kommunen dazu auf, ein in sich stimmiges Maßnahmenkonzept zum Flächensparen zu entwickeln. Von der Bundesregierung erwarten sie, dass der Bund den Anstoß dafür gibt und die koordinierende Rolle übernimmt. Dazu sagte Wolfgang Börnsen, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vizepräsident des Bundes Heimat und Umwelt, „Ziel muss es sein, einen zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten Fahrplan zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs zu erarbeiten und der Öffentlichkeit ein klar formuliertes Programm zu präsentieren“.

Christian Unselt, NABU-Vizepräsident, ergänzte: „Was wir heute zuviel bauen, kostet uns auf Jahrzehnte hinaus viel Unterhalt. Die Städte müssen wieder lebenswert, und das Umland muss als Kulturlandschaft erhalten werden. Diese leicht einsichtige Erkenntnis verlangt weitsichtige Entscheidungen. Wir appellieren deshalb an die Verantwortung der Politiker“. Prof. Dr. Hubert Weiger, Landesvorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern, betonte, „Wichtig ist es, endlich einen Gesetzestext mit der Verpflichtung der vorrangigen Innenentwicklung und des Recyclings von Altstandorten in das Baugesetzbuch aufzunehmen, um so die Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten auf der grünen Wiese einzudämmen“.

<http://www.euronatur.org/fileadmin/docs/umweltpolitik/PosPapier.pdf>

Üppige Subventionen für Agrarfabriken

Deutsche Bauern erhalten jedes Jahr 6 Milliarden Euro. Wofür? Das will die Initiative "Wer profitiert" ergründen

[taz, 8.03.2006] Das System ist ungerecht: Ein Prozent aller Agrarbetriebe in Deutschland heimst ein Drittel der Subventionen ein. Und wofür? Sorgen sie für besonders leckeres Obst und Gemüse? Schonen sie das Grundwasser? Schaffen sie neue Jobs? Was mit dem Geld passiert, ist unklar. 21 Agrar-, Umwelt- und Entwicklungsverbände haben die Initiative "Wer profitiert – für Transparenz bei Agrarsubventionen" gegründet und fordern jetzt Daten von

CSU-Bundesagrarminister Horst Seehofer.

Wer bekommt vom 40 Milliarden Euro schweren europäischen Agrartopf wie viel - das wissen seit 2004 die Dänen, seit 2005 die Briten. Die Regierungen haben längst die Namen und die Summen veröffentlicht. Nun kann jeder nachlesen, wie viel die englische Queen kassiert - 2004 waren das zum Beispiel 1,1 Millionen Euro. In Deutschland hingegen sind die Daten Geheimsache. Das Bundesagrarministerium fühlt sich nicht zuständig. "Das sind die Länder", sagt eine Sprecherin. "Doch auch die Länderbehörden verweigern die Offenlegung", kritisiert Marita Wiggerthale von Oxfam. Die Ämter würden die Interessen der Subventionsempfänger schützen - und nicht die Anliegen der Steuerzahler.

So viel ist aber klar: Jedes Jahr fließen 6 Milliarden Euro an die deutschen Bauern. Den dicksten Batzen bekommen die Agrarfabriken in Nord- und Ostdeutschland. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, grüner EU-Parlamentarier und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, rechnete gestern vor: Ein rationalisierter Großbetrieb, der fünf Leute beschäftigt, könne im Jahr 800.000 Euro einstreichen. "Die EU-Agrarpolitik muss umgebaut werden", sagt er – hin zu einem Modell, das Jobs fördert, die Umwelt schont und gutes Essen liefert.

An den direkten Subventionen lässt sich allerdings momentan wenig ändern. Diese so genannte erste Säule des Agraretats ist bis 2013 festgeschrieben. Also kürzten die Staatschefs im letzten Dezember auf dem EU-Haushaltsgipfel die zweite Säule, den Topf für die ländliche Entwicklung. Diese Gelder finanzieren Ökobauern oder Hofkäseereien. Von 2007 bis 2013 sind für bäuerliche Regionen europaweit nun noch 70 Milliarden Euro veranschlagt, für direkte Zahlungen 293 Milliarden. Die Großbetriebe werden auch künftig die Hauptprofiteure sein.

Diesen ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Wahnsinn prangern die Umwelt- und Agrarverbände mit ihrer Transparenzoffensive an. "Wir wollen eine Alternative zur traditionellen Subventionspolitik", erklärte gestern Tanja Dräger de Teran vom Umweltverband WWF.

Mehr zum Thema Agrarsubventionen: <http://www.wer-profitiert.de>

10. VERKEHR

Aus die Maut für Diplomaten? Offener Brief des FÖS an den deutschen Botschafter in Großbritannien

[Bernhard Frosdorfer, FÖS, 5.04.2006] Wie die Medien, unter anderem der Spiegel kürzlich berichteten kam es vor kurzem zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Londoner Bürgermeister Ken Livingstone und den Diplomaten aus 50 Ländern, die sich weigerten, die Londoner Citymaut in Höhe von jeweils 12 Pfund pro Fahrt in die Londoner City zu entrichten. Die Diplomaten interpretieren die Maut als Steuer, von der sie durch ein internationales Guthaben von 1961 befreit sind, während Livingstone in der Maut eine Servicegebühr sieht und auf ihrer Zahlung beharrt.

FÖS-Vorsitzender Anselm Görres spricht sich in einem offenen Brief an den deutschen Botschafter in London, Wolfgang Ischinger für die Zahlung der ökologisch und verkehrspolitisch sinnvollen Maut durch deutsche Diplomaten aus. Privilegien für Diplomaten im Straßenverkehr, noch dazu ökologisch kontraproduktive, seien nicht mehr zeitgemäß. In Deutschland zahlen Diplomaten, wie auch in Großbritannien, keine Mineralölsteuer, die ja in Großbritannien noch deutlich höher ist. Die Londoner City-Maut sei daher für deutsche Diplomaten das kleinere Übel.

Offener Brief des FÖS zum Download: <http://www.oekosteuer.de/downloads/0406OffenerBriefMautIschinger.pdf>

Antwortschreiben von Botschafter Wolfgang Ischinger, 25.4.2006

„Sehr geehrter Herr Görres, haben sie recht herzlichen Dank für ihr Schreiben vom 5. April 2006 zur pauschalen Congestion Charge in London.

Im Grunde bin ich mit ihnen völlig einverstanden, dass wir natürlich alles dafür tun müssen, die Umwelt- und Verkehrsbelastung so gering wie möglich zu halten. Ich glaube, sagen zu können, dass die Botschaft hier vorbildlich handelt. Die Deutsche Botschaft liegt außerhalb der

Congestion Charge-Zone. Nur wenige Fahrzeuge der Botschaft fahren aus dienstlichen Anlässen in die Zone hinein. Unser Fuhrpark ist auf ein Minimum reduziert. Für Termine der Mitarbeiter stehen Dauerfahrtscheine (Oyster Cards) für öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung.

Bei dem Streit zwischen den diplomatischen Vertretungen und der Stadt London geht es aber um einen ganz anderen Punkt. Nämlich um die grundsätzliche Befreiung von Steuern jeglicher Art nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen. Die Botschaft hatte zunächst in Hoffnung auf eine einvernehmliche Regelung zwischen dem hiesigen Außenministerium und den diplomatischen Vertretungen die Gebühr entrichtet.

Nach Rechtsgutachten, nicht nur der Amerikaner, sondern auch unserer eigenen Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, handelt es sich allerdings bei der Gebühr dem Charakter nach um eine allgemeine Steuer, für die gerade keine Gegenleistung erbracht wird, also keine Maut. Inzwischen wird auch in der Londoner Öffentlichkeit bestritten, dass sich durch die Erhebung der Gebühr die Verkehrsströme und der Schadstoffausstoß reduziert hätten.

Das britische Außenministerium hat sich bisher nicht mit einem neuen Vorschlag zur Regelung dieses prinzipiell juristischen Problems an uns gewandt. Wir bleiben aber weiterhin Gesprächsbereit.

Mit freundlichen Grüßen,

Wolfgang Ischinger

Deutscher Botschafter“

Die Billigflieger bleiben steuerfrei und billig – Nationale Kerosinsteuer möglich

[Christian Rath, taz vom 6.4.2006] Bahnfahrer müssen sich weiter ärgern. Die einseitige Befreiung des Flugverkehrs von Energiesteuern bleibt bestehen. Gestern scheiterte eine Klage der Deutschen Bahn beim Europäischen Gericht (EuG) in Erster Instanz. Die Bahn will jetzt vor allem Druck auf die Bundesregierung ausüben.

Ein Inlandsflug von Hamburg nach München wäre um etwa zwanzig Euro pro Ticket teurer, wenn Lufthansa oder Easyjet hierfür die übliche

Mineralölsteuer bezahlen müssten. "Das ist eine klare Wettbewerbsverzerrung", protestiert die Bahn und zog im Jahr 2002 gegen die "unzulässige Beihilfe für den Flugverkehr" nach Luxemburg. Das EU-Gericht wies die Klage der Bahn nun aber rundweg ab. Die Beihilfenkontrolle der EU schütze nur den Wettbewerb der Fluggesellschaften untereinander. Die Steuerbefreiung für Flugbenzin sei aber schon gar keine wettbewerbsverzerrende Beihilfe, erklärten die Richter. Schließlich gelte der Steuervorteil europaweit, da er auf eine EU-Richtlinie zurückgehe. Die Bahn könne sich allenfalls auf den allgemeinen Anspruch auf Gleichbehandlung berufen. Doch auch dieser ist nach Ansicht der Richter nicht verletzt, weil Fluggesellschaften und Bahnfirmen verschiedene Unternehmen seien. Jedenfalls habe der EU-Ministerrat hier ein "weites Ermessen". So durfte er die europäischen Airlines von Energiesteuern befreien, weil sie sonst Nachteile im internationalen Wettbewerb hätten.

Ob die Bahn gegen diese Entscheidung Berufung beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) einlegt, ist noch offen. Ein Bahnsprecher forderte gestern aber, dass nun der Bundestag reagieren müsse, um die Wettbewerbsverzerrung auf politischem Wege zu beenden. Am liebsten wäre der Bahn, wenn auch sie von allen Energiesteuern befreit würde. Der Staat müsste dann auf knapp 400 Millionen Euro verzichten. Ähnlich groß sei der Steuerausfall im Flugverkehr.

Näher läge es allerdings, wenn der Bundestag für innerdeutsche Flüge eine Kerosinsteuer einführen würde. Dies ist seit 2004 möglich. Eine Sprecherin des Finanzministeriums lehnte gestern jedoch einen nationalen Alleingang ab. So hatte auch Rot-Grün zuletzt argumentiert – wobei eine EU-weite Kerosinsteuer nur mit Zustimmung aller EU-Staaten eingeführt werden könnte, also illusorisch ist. Als erster EU-Staat wird Frankreich freilich ab Juli eine gestaffelte Kerosinabgabe in Höhe von ein bis 40 Euro pro Flug erheben.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62002A0351:DE:HTML>

Eine Kerosinsteuer muss her

[Kommentar von Stephan Kosch, taz vom 6.4.2006] Der Europäische Gerichtshof hat entschieden: Es ist rechtens, dass Fluggesellschaften keine Steuern auf Kerosin bezahlen müssen. Die Begründung überzeugt. Der Flugverkehr ist in der Tat nicht, wie die klagende Deutsche Bahn argumentiert hat, mit dem Transport auf der Schiene vergleichbar. Die Hochgeschwindigkeitszüge bekommen zwar immer mehr Konkurrenz durch Billigflieger. Allerdings nur auf Inlandsstrecken und Trassen ins benachbarte Ausland. Fluglinien stehen hingegen im interkontinentalen Wettbewerb.

Doch eine juristische Betrachtung reicht nicht. Das Gericht beruft sich bei seiner Entscheidung auch auf eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 1992. Damals war es politischer Wille, dass Fluggesellschaften in Europa keine Steuern auf Benzin zahlen müssen. So sollten die in die Privatisierung entlassenen früheren Staatsflieger im Wettbewerb gestärkt werden. Wenn Europa damals aber die Steuerbefreiung eingeführt hat, kann es sie nun auch wieder abschaffen. Argumente dafür gibt es genug. Abgase von Flugzeugen sind besonders schädlich für die Atmosphäre. Den Preis für den daraus resultierenden Klimawandel zahlen aber nicht die Airlines oder Kerosinproduzenten, und auch die Kunden kommen viel zu billig weg. Eine Ökosteuer für Flugzeuge wäre dringend geboten.

Hinzu kommt noch ein volkswirtschaftliches Argument. Der Flugverkehr wird weiter zunehmen und der öffentlichen Hand zusätzliche Kosten verursachen. Subventionierte Flughäfen werden erweitert oder neu gebaut und müssen an Schienen- und Straßennetz angebunden werden. Ein Teil der Kosten könnte durch eine Kerosinsteuer wieder zurückfließen, wenn sie schon nicht in die Entwicklungshilfe geht.

Dass die Deutsche Bahn sich nun an die Bundesregierung wendet, um die politischen Rahmenbedingungen zu ändern, ist also im Prinzip richtig. Besser, als ihr die Energie- und Ökosteuern zu erlassen, wäre es aber, sich auf EU-Ebene für die Einführung einer Kerosinsteuer einzusetzen. Gewiss das langfristige Projekt. Auf jeden Fall aber das nachhaltigere.

Deutsche Automobilindustrie setzt auf alternative Kraftstoffe

[en-wid, 17.02.2006] Berlin - Die Zeit ist nach Ansicht des Verbands der Automobilindustrie (VDA) reif für alternative Kraftstoffe und Antriebe." Teureres Öl rückt alternative Energie näher an die Wirtschaftlichkeit. Wir wollen jetzt unsere Abhängigkeit von fossiler Energie reduzieren. Nachhaltige Mobilität braucht eine nachhaltige Energiebasis", sagte VDA-Präsident Prof. Dr. Bernd Gottschalk anlässlich eines Workshops in Berlin, auf dem die deutschen Automobilhersteller DaimlerChrysler, Volkswagen und Ford ihre Zukunftskonzepte vorstellten.

"Kernbestandteil ist die Initiative unserer Industrie, die fahrzeugtechnischen Voraussetzungen für eine Erhöhung der Beimischung von Biodiesel zum herkömmlichen Diesel und von Ethanol zu Benzin auf zehn

Prozent zu schaffen. Damit sind wir anspruchsvoller als das EU-Ziel einer Beimischung von regenerativen Kraftstoffen von 5,75 Prozent bis 2010", erläuterte Gottschalk. "Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass die Nutzung von Biokraftstoffen im Straßenverkehr erhöht und der bisher erfolgreiche Prozess der Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs - seit Ende der siebziger Jahre um 40 Prozent und seit 1990 um 25 Prozent – sinnvoll ergänzt wird."

Neben Biokraftstoffen bleibt auch Erdgas nach VDA-Ansicht eine Antriebsart mit Zukunftspotenzial, da mit Erdgas im Vergleich zu herkömmlichen Ottomotoren eine CO₂-Einsparung von bis zu 25 Prozent möglich

ist. Gottschalk hält daher die Weichenstellungen der vorigen Bundesregierung, steuerliche Rahmenbedingungen bis 2020 zu setzen – nicht zuletzt im Interesse der langfristigen Planbarkeit für Fahrzeugentwickler

und -nutzer - weiterhin "für vernünftig". Alle Investitionen seien auf dieser Basis geplant worden. Der VDA-Präsident plädierte auch für eine Fortsetzung der steuerlichen Förderung von Biokraftstoffen für eine

überschaubare Zeit, um den Start in dieses Zeitalter nicht zu gefährden. "Was Erdgas recht ist, sollte Biodiesel, Ethanol, BTL oder GTL billig

sein." Dabei sollte die Förderung grundsätzlich an der CO₂-Performance der einzelnen Kraftstoffe orientiert werden.

Alle Anstrengungen müssten darauf gerichtet werden, die Brücke ins Wasserstoffzeitalter, das allerdings nicht vor 2020 beginnen werde, zu errichten. Bis dahin müssten, wie Gottschalk und die Vertreter der Hersteller betonten, viele unterschiedliche Wege beschritten werden, um auf dem langen Weg "weg vom Öl" voranzukommen. Gottschalk zeigte sich davon überzeugt, dass dies für die Umwelt, die nachhaltige Mobilität und auch die beteiligten Partner zu einer "win-win-Situation" werden.

Ökomobile in Genf: Vom Hybrid zum Biosprit

[Felix Rehwald/ Thomas Geiger, Spiegel Online, 01.03.2006] Immer größer, schneller und vor allem durstiger werden die Auto-Premieren, die sich im Rampenlicht des Genfer Salon drängen. Doch daneben zeigen fast alle großen Marken auch sparsamere und saubere Motoren, Biosprit-Konzepte oder Hybrid-Ideen.

Den Schönen und Schnellen gehört die größte Aufmerksamkeit – doch der Automobilsalon in Genf zeigt auch, dass die Entwicklung nicht nur bei Motorleistungen und Karosseriedesign weitergeht. Immer mehr Hersteller entdecken, wie sinnvoll umweltfreundliche Autos sind.

Mercedes stellt die Bluetec-Technologie vor. Sie soll den Diesel mit neuer Filtertechnologie für künftige Schadstoffnormen fit machen. Noch in diesem Jahr startet die Technologie in den USA. "Doch spätestens 2008 bringen wir Bluetec auch nach Europa", sagte Mercedes-Chef Dieter Zetsche. Für Benziner zeigt Mercedes in Genf eine weiterentwickelte Benzindirekteinspritzung. Mit ihr soll der Verbrauch um bis zu zehn Prozent sinken, die Leistung steigen. Auf den Markt kommt die Technik laut Mercedes im Herbst im CLS 350 CGI.

Peugeot setzt beim Diesel an, um weniger Spritverbrauch und Emissionen zu erreichen. Die Franzosen entwickelten ein Hybridsystem, bei dem ein sparsames HDi-Aggregat mit einem Elektromotor kombiniert wurde. Dadurch ergibt sich laut Peugeot-Sprecher Gordian Heindrichs

ein "Quantensprung" beim Verbrauch und bei Emissionen: Gegenüber einem Benziner seien mit der Technologie Verbrauchseinsparungen von 50 bis 55 Prozent möglich, gegenüber einem Benzin-Hybrid noch 30 Prozent.

Serienreifer Hybrid bei Peugeot

In Genf demonstrierte Peugeot die serienreife Technologie in einem 307 CC Cabrio-Coupé. Der 1,6-Liter-HDi mit Partikelfilter leistet 80 kW/109 PS, hinzukommen 31 kW des Elektromotors. Der Verbrauch beträgt laut Heindrichs 4,1 Liter. In der Stadt sei er noch "deutlich geringer", da dort der E-Motor stärker zum Einsatz kommt.

Ein Vorteil des Konzeptes sei die "realistische Ausgangsbasis", so Heindrichs: "Wir haben nichts anderes gemacht, als ein bestehendes Fahrzeug mit bestehendem Antrieb mit der Hybrid-Technik zu versehen. Es musste kein Fahrzeug drum herum entwickelt werden." Eine Markteinführung sei dennoch nicht vor 2010 wahrscheinlich. Derzeit sei die Technik mit 6000 Euro Aufpreis gegenüber einem Standarddiesel noch zu teuer. Peugeot will das Aufpreisniveau auf 2000 Euro drücken.

Ebenfalls auf einen Diesel-Hybrid setzt Ford-Tochter Land Rover. "Damit begegnen wir Vorwürfen, nach denen Geländewagen Teufelszeug für die Klimaentwicklung seien", sagte Ford-Entwicklungschef Richard Parry Jones. Das "Land-e"-Konzept soll mit Hybrid-Antrieb, Startergenerator und situationsabhängiger Abschaltung des Allradantriebs ein Einsparpotenzial von bis zu 30 Prozent ermöglichen. Viele dieser Lösungen werde man bald in Serienmodellen sehen, kündigte Jones an. So könnten schon der nächste Freelander und der überarbeitete Defender einen Startergenerator bekommen.

VW-Chef Bernd Pischetsrieder kündigte an, dass künftig bei der Entwicklung neuer Modelle stärker auf Nachhaltigkeit gesetzt werden soll. "Wir haben seit vielen Jahren ein Kraftstoffproblem", sagte Pischetsrieder in Genf. Neben der allgemeinen Verringerung des Kraftstoffverbrauchs will der Hersteller das Drei-Liter-Auto für breite Käuferschichten attraktiv machen und die Entwicklung alternativer Bio- und synthetischer Kraftstoffe vorantreiben.

Drei-Liter-Polo verbraucht knapp vier Liter

Allerdings darf dem VW-Chef zufolge die Spritersparnis nicht zu Lasten des Fahrvergnügens gehen. Dann würden die Autos nicht gekauft, was VW beim mittlerweile eingestellten Drei-Liter-Auto Lupo 3L erlebt habe. Ansätze, beide Anforderungen zu verbinden, sieht VW in sparsamen TDI-Turbodieseln sowie TSI-Benzinern, die geringen Hubraum mit doppelter Aufladung kombinieren. Ein solches Aggregat mit 1,4 Litern Hubraum leistet im Golf GT 170 PS und verbraucht 7,2 Liter.

In Zukunft sollen TSI-Motoren laut Pischetsrieder in weiteren Baureihen angeboten werden. Zur Untermauerung der neuen "Nachhaltigkeits-Strategie" stellt VW in Genf einen "Drei-Liter-Polo" vor, der 3,9 Liter verbrauchen soll - womit er zwar eigentlich ein "Vier-Liter-Polo" ist, aber immer noch sparsamer als der Serien-Polo.

Ähnlich ging Fiat bei der Studie Panda MultiEco vor. Wie der Polo verfügt er über eine verkleidete Front. Zudem wurde Gewicht gespart, Reifen mit geringem Rollwiderstand aufgezogen und eine Start-Stopp-Automatik eingebaut. Als Antrieb dient ein Hybridsystem aus Benzin- und Erdgasmotor. In Serie wird das Konzept wohl vorerst nicht gehen. Zum Jahresende soll es aber einen umweltfreundlichen Panda geben, der für kleines Geld einen kleinen Verbrauch ermögliche, sagte Fiat-Sprecher Claus Witzeck.

Dass umweltfreundlichere Autos auch sportlich sein können, zeigt das Saab-Coupé Aero X, das seine 400 PS vor allem dem alternativen Kraftstoff Bio-Ethanol aus nachwachsenden Rohstoffen oder Abfall verdankt. In der Serie und mit Benzin betrieben leistet der 2,8 Liter große Motor etwa im Signum der Schwestermarke Opel lediglich 230 PS.

11. FLUGTICKETABGABE

Flug frei für Ticketsteuer

[Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 03. 03. 2006] Zum Ergebnis der internationalen Konferenz über innovative Finanzinstrumente für die Entwicklungszusammenarbeit in Paris erklärt

Thilo Hoppe, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Dreizehn Länder haben sich in Paris zur Finanzierung von Entwicklung und zum Kampf gegen globale Krankheiten bekannt und wollen dafür zusätzliche Mittel durch eine Flugticketsteuer mobilisieren. Wir begrüßen diese Initiative als wichtigen Schritt zur Umsetzung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich Frankreich und den anderen Ländern anzuschließen. Dem Versprechen der Bundeskanzlerin, den deutschen Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens anzuheben, müssen Taten folgen.

Zu Konferenz in Paris hat die französische Regierung eingeladen, die zum 1. Juli 2006 eine verbindliche Flugticketabgabe in einer Höhe von einem bis 40 Euro einführt. Diesem Weg soll auch Deutschland folgen. Eine Abgabe auf Flugtickets muss verbindlich sein und in einer Höhe stattfinden, die substantielle Beiträge zu Entwicklungsfinanzierung mobilisiert. Allein die Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose verlangt jährlich zweistellige Milliardensummen.

Die Besteuerung des Flugverkehrs ist nicht nur zur Armutsbekämpfung, sondern auch aus umweltpolitischen Gründen dringend erforderlich. Der Flugverkehr trägt in hohem Maße zum Klimawandel bei und schädigt durch Lärm und Schadstoffemissionen die Gesundheit und die Umwelt.

Angesichts eines Booms der Billigflieger im europäischen Luftverkehr ist eine Solidaritätssteuer auf Flugtickets verkraftbar. Da wichtige europäische Partner wie Großbritannien bereits eine Ticketsteuer haben und andere vor deren Einführung stehen, können Wettbewerbsnachteile als Argument nicht gelten. Schön an der Ticketsteuerinitiative ist, dass auch Entwicklungsländer wie Brasilien und Kongo solidarisch beitragen wollen.

In Paris haben laut Kofi Annan eine Reihe von Ländern "echte Führungsstärke in den Bemühungen gezeigt, innovative Finanzierungsquellen" im Kampf gegen die Armut in der Welt zu finden. Schade, dass Deutschland noch nicht zu den innovativen und führungsstarken Ländern gehört.

Wir werden uns nach wie vor klar und deutlich für innovative Finanzierungsinstrumente wie die Flugticketabgabe einsetzen und die Regierung zum Handeln auffordern – egal, ob wir dafür von der Bild-Zeitung oder anderen Medien aufs Korn genommen werden.

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/109/109269.htm>

Bundestagsfraktion «Die Linke» fordert Einführung einer Flugticketabgabe

[beck-aktuell-Redaktion, 20. 04. 2006.] Die Bundesregierung soll sich nach dem Willen der Bundestagsfraktion der Partei «Die Linke» der internationalen Initiative zur Einführung einer Flugticketabgabe anschließen. In einem Antrag (BT-Drs. 16/1203) fordert sie, die Einnahmen daraus zur Finanzierung der Bekämpfung von Aids, Malaria und TBC zu nutzen. Die Abgabe solle auf alle Flüge erhoben werden, die von Flughäfen in Deutschland starten.

Frankreich erhebt Abgaben auf Flugtickets

Die Fraktion verweist in ihrem Antrag auf Frankreich, wo vom 01.07.2006 an eine Abgabe auf Flugtickets erhoben wird, deren Aufkommen direkt in die Entwicklungszusammenarbeit fließen soll. Eine solche Abgabe schränke weder politische Gestaltungsspielräume noch die Steuersouveränität der beteiligten Staaten ein, denn sie werde von jedem Land in Übereinstimmung mit den dort geltenden Gesetzen festgesetzt, heißt es in dem Antrag.

Keine ökologische Lenkungswirkung

Grundlage für die Höhe und den Zweck der Verwendung sei eine freiwillige Vereinbarung, die unter den teilnehmenden Staaten ausgehandelt werden soll. Die Linksfraktion weist allerdings einschränkend darauf hin, dass die Flugticketabgabe keinerlei ökologische Lenkungswirkung habe. Ihr Aufkommen sei im günstigsten Fall EU-weit bei zwei Milliarden Euro anzusiedeln. Sie sei jedoch ein wichtiger Beitrag zum Einstieg in international koordinierte Mechanismen zur Entwicklungsfinanzierung. Weitere Schritte müssten allerdings folgen. So seien die Einführung der Devisentransaktionssteuer und globaler Emissionssteuern auf die internationale Tagesordnung zu setzen.

<http://rsw.beck.de/rsw/shop/default.asp?sessionid=1D954134B0B5495D9F41046810099549&docid=177947&docClass=NEWS&site=Beck%20Aktuell&from=HP.0110>

Frankreich wirbt für Flugticketsteuer - <http://www.taz.de/pt/2006/02/27/a0158.1/text>

Vier Euro pro Flugticket für die Dritte Welt

Frankreich macht den Anfang. In Deutschland wird über die neue Abgabe noch immer gestritten

[Harald Schumann, Tagesspiegel, 28.02.2006]
Berlin - Frankreich geht voran. Vom 1. Juli an werden dort die Käufer von Flugtickets für jeden Flug innerhalb der Europäischen Union einen Euro und in der Business-Klasse vier Euro zusätzlich bezahlen. Für Flüge zu außereuropäischen Zielen werden sogar vier beziehungsweise 40 Euro fällig. So will die französische Regierung rund 200 Millionen Euro pro Jahr aufbringen, um den internationalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria zu finanzieren.

Erstmals macht damit ein Industrieland mit einem Konzept Ernst, das Entwicklungsexperten schon seit Jahren fordern: Mit neuen internationalen Steuern soll der Kampf gegen Hunger und Unterentwicklung finanziert werden. Nur so lässt sich nach Ansicht vieler Fachleute sicherstellen, dass die Weltgemeinschaft das von den Vereinten Nationen deklarierte Millenniumsziel zur Halbierung der Armut bis zum Jahr 2015 erreicht. Nach Schätzungen der Weltbank würden zusätzliche 50 Milliarden Dollar pro Jahr dafür genügen. Aber die klassische Entwicklungshilfe kann das nicht leisten, weil sie von den Zufällen der

Verteilungskämpfe um die nationalen Haushalte abhängig ist.

Auf Initiative des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva forderten 113 Regierungen darum bereits im September 2004 die Einführung „innovativer Finanzierungsmechanismen“ zur Armutsbekämpfung. „Der größte Skandal besteht nicht in der Existenz des Hungers, sondern darin, dass er selbst dann noch fortbesteht, wenn wir die Mittel

haben, ihn zu beseitigen“, lautet der Kernsatz der Erklärung. Gleich fünf Expertengremien haben seither die Machbarkeit solcher Instrumente nachgewiesen. In der Debatte sind eine Abgabe auf internationale Devisentransfers, eine Besteuerung des internationalen Waffenhandels oder die Einführung einer Kohlendioxid-Abgabe.

Doch vor allem die US-Regierung widersetzt sich bisher jeder Art von internationaler Besteuerung. Um dennoch voranzukommen, schlug Frankreichs Staatspräsident Jaques Chirac im September 2005 die Einführung einer Flugverkehrsabgabe vor, die jedes Land alleine erheben, aber den Ertrag für gemeinsame Programme ausgeben kann. Das Straßburger EU-Parlament schloss sich der Forderung an. Bislang konnten sich die EU-Regierungen jedoch nicht darauf einigen. Neben Frankreich hat sich bisher nur die schwedische Regierung dazu bereit erklärt. Außerhalb der EU wollen Brasilien und Chile mitmachen. Heute treffen Vertreter von über 100 Regierungen in Paris zusammen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Es sei mit neuen verbindlichen Absichtserklärungen zu rechnen, heißt es in Pariser Regierungskreisen.

Allerdings nicht aus Deutschland. Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) reist mit leeren Händen nach Paris. Zwar vereinbarte die große Koalition, die Entwicklungshilfe solle auch durch „innovative Finanzinstrumente“ aufgestockt werden. Doch die Ticket-Abgabe ist vor allem in der Unionsfraktion umstritten. Es bedürfe noch „weiterer Verhandlungen im Kabinett“, sagte die Ministerin vorsichtig.

12. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

Viele Deutsche energiebewusst

[dpa, 11.4.2006] Die Deutschen nehmen es nach einer Umfrage mit der Mülltrennung und dem Sparen von Energie sehr genau. Neun von zehn Befragten (92 Prozent) gaben in einer am 10.4.2006 veröffentlichten repräsentativen Emnid-Studie an, beim Verlassen ihrer Wohnung das

Licht auszuschalten und die Heizung herunterzustellen, um Energie zu sparen. Als ebenso vorbildlich und eifrig sehen sich die Deutschen der Umfrage im Auftrag des Magazins *ZeitWissen* zufolge bei der Sortierung von Hausmüll: 92 Prozent der 1.009 Befragten trennen ihren Abfall nach eigenen Angaben konsequent.

Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte auf die Inflation

[Pressemitteilung Bundeswirtschaftsministerium, 6.04.2006] Das Statistische Bundesamt hat heute Berechnungen hinsichtlich der Wirkung der USt-Erhöhung um 3 Prozentpunkte sowie einer Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge auf den Verbraucherpreisindex veröffentlicht. Danach wäre bei vollständiger Überwälzung - sowie unter der Annahme, dass es beim ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent bleibt und auch im Übrigen die einschlägigen Regelungen (insbesondere Mehrwertsteuerbefreiungen) nicht verändert werden – eine Erhöhung des Verbraucherpreisindex (VPI) um maximal 1,4 Prozentpunkte zu erwarten. Von der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge ginge kein Einfluss auf den VPI aus, da diese keine Konsumausgaben der privaten Haushalte und somit auch nicht im Warenkorb des VPI enthalten sind.

Nach den Berechnungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ist ein Anstieg der Verbraucherpreise um 1,4 Prozentpunkte infolge der Umsatzsteuersatz- und Versicherungssteuererhöhung für das kommende Jahr nicht zu erwarten. Die Annahme einer vollständigen Überwälzung der Steuersatzerhöhung von den Unternehmen an die Endverbraucher ist wenig realistisch und auch in der Vergangenheit so nicht zu beobachten. So lag der Preiseffekt bei der letzten Mehrwertsteuersatzerhöhung 1998 um 1 Prozentpunkt nicht – wie unter der Annahme vollständiger Überwälzung – bei 0,5 Prozentpunkt, sondern war mit 0,3 Prozentpunkten deutlich geringer.

Auch diesmal ist nicht zuletzt infolge der hohen Wettbewerbsintensität im deutschen Einzelhandel eine deutlich geringere Überwälzung der Umsatzsteuersatzerhöhung auf die Konsumenten

wahrscheinlich. So würde sich bei einer hälftigen Überwälzung auch der Preiseffekt in etwa halbieren. Die Konjunkturforschungsinstitute erwarteten für 2007 eine durch die Umsatzsteuersatzerhöhung ausgelöste Erhöhung der Verbraucherpreise von einem halben bis maximal einem Prozentpunkt. Entlastend wirken zudem die gleichzeitige Senkung der Lohnnebenkosten, die zu einer Reduzierung der Arbeitskosten und damit günstigeren Herstellungskosten führt, die zum Teil auch an die Verbraucher weitergegeben werden dürften.

Klaus Töpfer – Ein globaler Denker geht

Klaus Töpfer ist ein Umweltbewegter im besten Sinne. Kaum einer hat den Naturschutz den Menschen so nahe gebracht. Heute tritt er als Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen ab.

Eine Eloge auf einen alten Gegner

[Jürgen Trittin, taz, 1.4.2006] Will man Klaus Töpfer ärgern, muss man die Geschichte vom Rhein und vom Taucheranzug erzählen. Ich will Klaus Töpfer nicht ärgern – sondern loben. Dabei hat er mich und viele andere Grüne in den 90er-Jahren schwer geärgert. Trotz Tschernobyl hat er unsere Versuche, AKWs wie Biblis oder Stade wegen ihrer technischen Mängel stillzulegen, immer wieder durchkreuzt. Mit gekonnt inszenierten bundesaufsichtlichen Gesprächen hat er der Öffentlichkeit gezeigt, was die (rot-grünen) Länder bei der Atomaufsicht zu sagen haben – nämlich nichts – und was der (schwarz-gelbe) Bund zu sagen hat – nämlich alles.

Wir haben davon gelernt. Als ich Bundesumweltminister war, haben wir die Länder gezwungen, Anlagen wie Biblis und Brunsbüttel bei technischen Mängeln abzuschalten. Aber wir haben durch die Auseinandersetzung mit Klaus Töpfer gelernt, dass man so nicht aus der Atomenergie aussteigen kann. Sondern nur durch eine gesetzliche Befristung von Laufzeiten. Dadurch sind heute 3 der 20 Atomanlagen aus Töpfers Zeiten vom Netz, 4 weitere stehen bis 2009 zur Stilllegung an.

Klaus Töpfer hat in dieser Kontroverse auch gelernt. Das CDU-Mitglied erklärt am Vorabend des Energiegipfels bei Frau Merkel in der *Zeit*:

"Die gegenwärtig Strom produzierenden Kernkraftwerke in einem vereinbarten Zeitplan abzuschalten halte ich für sehr sinnvoll." Heute scheidet Töpfer aus dem Amt des Exekutivdirektors des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (Unep). Acht Jahre war er der ranghöchste Deutsche bei den Vereinten Nationen. Wir werden Klaus Töpfer vermissen. Er hat den Vereinten Nationen ein Gesicht gegeben.

Der hoch gelobte Preisträger – vom Deutschen Umweltpreis bis zum Bundesverdienstkreuz – hat von Anfang an Umweltpolitik global gedacht und gestaltet. Er tat das auf eine besondere Weise. Er kann zwar aufs trefflichste in seinem ureigenen Englisch dozieren. Er hat aber die Gabe gepflegt, den Menschen Umwelt begreifbar zu machen. Begreifbar im wörtlichen Sinn. Wenn heute in Deutschland das Trennen von Müll selbstverständlich ist, dann geht dies auf sein Kreislaufwirtschaftsgesetz zurück. Die Menschen wollen ihren Teil zum Erhalt der Umwelt beitragen. Schon lange wird Deutschland dafür nicht mehr belächelt - in Frankreich, in Belgien geht man zu ähnlichen Systemen über. Japan veranstaltete im letzten Jahr eine weltweite Konferenz zum Thema der 3R: reduce, reuse, recycle. Das rohstoffhungrige China schaut auf - auch dank Töpfer – hohe deutsche Recyclingraten von 90 Prozent bei Metallen und Papier und über 50 Prozent bei Kunststoffen.

Klaus Töpfer hat früh erkannt, dass Umweltpolitik nicht nur ein Exportschlager werden könnte. Er hat den Rahmen für eine globale Umweltpolitik entscheidend mitgestaltet – von der Klimarahmenkonvention bis zur Konvention über die biologische Vielfalt, die sich dieser Tage in Brasilien zum 8. Mal trifft.

Klaus Töpfer hat Umweltpolitik nie im Gegensatz zur Entwicklungspolitik gesehen. Umwelt ist eine Voraussetzung für Entwicklung. Heute leben 1,5 Milliarden Menschen in absoluter Armut. Sie werden diese nicht überwinden können ohne Zugang zu sauberem Wasser und moderner Energie. Deshalb wird Umweltpolitik heute gerade in den Entwicklungsländern eingefordert.

Dass sie dies mit Sachkunde und Nachdruck tun können, daran hat Klaus Töpfer seinen Anteil. Ein Großteil der Arbeit seiner Unep bestand in der Vernetzung und dem *capacity building* gerade in

Entwicklungsländern. Wer ihn nur als globalen Vielflieger zu kennen meint, vergisst, mit welchen Anstrengungen er den einzigen Standort der vereinten Nationen in der Dritten Welt, den Sitz von Unep und Habitat, in Nairobi gestärkt hat.

Klaus Töpfer ist unangenehmen Wahrheit und Konflikten nicht ausgewichen. Er hat die Umweltschäden des ersten Golfkrieges und des Kosovokrieges erheben lassen und darauf beharrt, dass die Menschen in den Industriestaaten ihre Konsummuster zu ändern haben.

Heute endet seine Amtszeit. Bitter für den passionierten Biertrinker, dass dies ausgerechnet in seine vorösterliche Fastenzeit fällt. Ich hebe also ein Glas alkoholfreies Bier auf Sie, lieber Klaus Töpfer, und weiß: Sie scheiden aus dem Amt. Sie schauen mal kurz zu Hause in Höxter vorbei. Und doch werde ich Sie wohl eher in China wiedertreffen. Weiter so: Global denken - global handeln.

"Wir brauchen einen Quantensprung"

[Interview von Jörg Michel mit dem neuen UN-Umweltchef Achim Steiner, Berliner Zeitung, 22.03.2006]

Herr Steiner, was reizt Sie an dem Job als neuer Umweltchef der UN?

Ich will für mehr Bewegung in der internationalen Umweltpolitik sorgen. Bei vielen Themen geht es global gesehen viel zu langsam voran. Die Vereinten Nationen müssen eine stärkere Rolle einnehmen.

Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

Wir müssen den alten Gegensatz zwischen Umwelt und Entwicklung auflösen. Umwelt und Ressourcenschonung sind Grundlage und nicht Feind eines gesunden Wachstums. Wer seine Umwelt zerstört, zerstört seine Lebensgrundlagen. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, braucht oftmals noch viel Überzeugungsarbeit und Fantasie.

Wie kann der Stellenwert der Umwelt in den internationalen Beziehungen verbessert werden?

Wir sollten die Umwelt noch stärker ökonomisch interpretieren. Neben Regierungen und Organisationen muss auch die Wirtschaft stärker eingebunden werden. Das heißt nicht, dass man

alles dem Primat von Preis, Markt und Ökonomie unterordnen muss. Man muss aber stärker auf den ökonomischen Nutzen von Umweltmaßnahmen achten. Wir müssen außerdem stärker auf die Länder des Südens zugehen. Dort gibt es viel Frustration. Die Industrieländer hatten sich nach dem Erdgipfel 1992 in Rio zu vielerlei Hilfen verpflichtet. Etwa bei der Wasser- oder Energieversorgung. Oft aber geschah nichts.

Welches werden Ihre ersten konkreten umweltpolitischen Schwerpunkte sein?

Das werden im Wesentlichen die Handlungsfelder sein, die auf den Gipfeln in Rio und Johannesburg festgelegt wurden: Ich denke etwa an den Klimawandel, die Ressourcenschonung, den Artenschutz.

Die Uno berät derzeit auf einer Konferenz in Brasilien, wie vom Aussterben bedrohte Arten besser geschützt werden können. Was empfehlen Sie?

Es wurde einiges erreicht. Immerhin haben sich 180 Länder zu einem besseren Artenschutz verpflichtet. Auf der Roten Liste, die von der Weltnaturschutzunion herausgegeben wird, stehen über 12 000 vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen. Vielen Staaten fehlen aber noch immer konkrete Anreize, mehr zu tun. Die aber gibt es, und man muss sie besser vermitteln: Ich denke beispielsweise an nachhaltigen Tourismus.

Welche Verantwortung sehen Sie bei den Industrieländern?

Die Industrieländer tragen eine historische Verantwortung. Schließlich waren sie es, die im Zuge der Industrialisierung viele Tiere und Pflanzen ausgerottet haben. Heute ist das nicht anders. Die Konsumgewohnheiten des Nordens zerstören oftmals mehr als die eine oder andere Entwicklung im Süden. Von der laufenden Artenschutzkonferenz wünsche ich mir ein Signal in Richtung besserer Kooperation von Nord und Süd. Und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des 2010-Zieles zur Verringerung des Artenverlustes.

Beim Klimaschutz steigen die Emissionen trotz des Kyoto-Protokolls weiter an. Sehen Sie einen Zusammenhang zu den zunehmenden Wetterextremen wie Stürmen?

Ich bin da eher zurückhaltend. Die Zusammen-

hänge werden immer deutlicher. Vorschnelle Postulate schaden aber nur.

Wie kann der Klimaschutz international vorangebracht werden?

Das Kyoto-Protokoll zur Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen ist ein enormer Fortschritt. Es gibt innovative Mechanismen wie etwa den Emissionshandel. Doch das reicht nicht. Wir brauchen beim Klimaschutz einen Quantensprung. Nötig sind weltweit ehrgeizigere Reduktionsziele. Ich könnte mir vorstellen, dass Regierungen und Wirtschaft in den nächsten fünf Jahren viel aktiver in erneuerbare Energien investieren werden, nicht zuletzt auf Grund der Preisentwicklung bei Öl und Gas. Wir müssen auch die Skeptiker des Klimaschutzprozesses wie zum Beispiel die USA besser einbinden.

Deutschland sieht sich selbst als Vorreiter beim Umwelt- und Klimaschutz. Sehen Sie das auch so?

Ja. Die Bundesrepublik hat in den letzten fünfzehn Jahren viele positive Impulse gesetzt. Ich denke zum Beispiel an den Naturschutz oder an die Entwicklung von Umwelttechnologien. Viel wird jetzt davon abhängen, ob sich die neue Regierung auf diesen Feldern international noch aktiver engagiert und nicht nur auf die eigenen oder die europäischen Grenzen schaut. Ich wünsche mir das.

Was genau erwarten Sie von der Bundesregierung?

Deutschland ist ein reiches Land. Wir könnten noch mehr Solidarität und Unterstützung für diejenigen leisten, die es schwerer haben. Ich sehe Deutschland beim Umweltschutz auch als Mittler zwischen Nord und Süd.

Aufbau eines nachhaltigen globalen Energiesystem erfordert mehr politische Führungskraft

Entwurf einer globalen Strategie für den Übergang zu einem nachhaltigen Energiesektor bis 2050 von Eberhard Rhein, Senior Adviser, European Policy Center, Brüssel.

Zum Download:

http://www.oekosteuer.de/downloads/Sustainable_energy_system_12_03_06.pdf

Umweltschützer warnen vor weiterer Zersplitterung beim Umweltrecht

[RBI, Eric Ashar 17.03.2006] Den meisten Deutschen kommt wohl mittlerweile die Galle hoch, hören sie nur das Wort Föderalismusreform. Eine der vielen Reformationen soll dabei das Umweltrecht treffen. Zeit wäre es jedenfalls, den Umweltschutz auch im Grundgesetz zu verankern. Doch daran scheint momentan kaum zu denken. Viel schlimmer noch, der Bund scheint sich ganz aus der Verantwortung stehlen zu wollen.

Die Bundesländer wären dann für den Umweltschutz praktisch allein zuständig. Vor einer weiteren Zersplitterung des deutschen Umweltrechts durch die geplante Föderalismusreform haben deshalb die deutschen NaturFreunde gewarnt.

In einem Positionspapier des Verbandes, das noch in dieser Woche beim Bundestag eingereicht werden soll, heißt es, die geplanten neuen Kompetenzregelungen seien „lückenhaft, unsystematisch, anfällig für weitere Rechtsstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern und nicht europatauglich“. Wobei das mit dem „nicht europatauglich“ ja gar nicht einmal nicht das Schlimmste wäre. Der Bundestag solle jedenfalls „die historische Chance zu einer nachhaltig wirksamen Gestaltung des Umweltrechts im Grundgesetz“ nutzen. Der umweltpolitische Sprecher der 90.000 Mitglieder starken gemäßigten Umweltschutz-Organisation, der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Eckart Kuhlwein, begrüßte die wachsende Kritik der Umweltpolitiker aus nahezu allen Fraktionen an den bei der Föderalismusreform geplanten Kompetenzverschiebungen im Umweltrecht. Das lasse darauf hoffen, daß bei den anstehenden Beratungen im Deutschen Bundestag „Spielraum für vernünftige Regelungen geschaffen wird, der nicht dem Diktat einiger Chefstrategen geopfert werden darf“.

Nach den Worten Kuhlweins würde die geplante Verfassungsreform beim Umweltrecht das heute vorhandene „Wirrwarr der Zuständigkeiten“ noch erheblich verstärken. Die vorgesehene „Abweichungsgesetzgebung“ lasse den Ländern in vielen Feldern der Umweltpolitik Raum für „Umweltdumping“. Doch das ist noch nicht alles.

Die „Erforderlichkeitsklausel“ lasse zudem zusätzliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern um die Zuständigkeit und eine nicht vertretbare Parallelgesetzgebung erwarten, die weit in die zwingenden Vorgaben der EU hineinreiche. Wichtige Bereiche des Umweltschutzes wie die Erneuerbaren Energien, die Chemikaliensicherheit, der Bodenschutz und der Klimaschutz würden auch künftig nur nach dem „Recht der Wirtschaft“ behandelt, wo der Bund nur nachweisen müsse, daß eine bundeseinheitliche Regelung „erforderlich“ sei. Das läßt schlimmes erwarten.

In ihrem Positionspapier fordern die deutschen NaturFreunde im Grundgesetz einen besonderen Kompetenztitel „Recht des Umweltschutzes“ in der konkurrierenden Gesetzgebung. Dieses neue Umweltrecht müsse auch von der „Erforderlichkeitsregel in ihrer derzeitigen Form freigestellt werden“. Das sei auch notwendig, um das geplante einheitliche „Umweltgesetzbuch“ (UGB) erarbeiten zu können. Den Ländern sollten im Grundgesetz über Öffnungsklauseln in klar definierten und einzeln aufgezählten Bereichen Gestaltungsspielräume ermöglicht werden. Soweit die Theorie. In der Praxis wird von diesen sinnvollen Vorschlägen kaum etwas übrigbleiben. Positiv scheint jedoch zu sein, daß sich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) in letzter Zeit für mehr Einsatz des Bundes beim Umweltschutz eingesetzt hat. Wobei, bei Sozialdemokraten weiß man ja bekanntlich nie.

Kompetenz-Ping-Pong beim Umweltschutz

Mit der Föderalismusreform droht eine parallele Gesetzgebung von Bund und Ländern, die der Natur schaden muss

[Helmut Röscheisen, Süddeutsche Zeitung, 06.03.2006] Wenn sich die Bundesminister für Wirtschaft und Umwelt derzeit so vehement dafür einsetzen, die vereinbarten Grundgesetzänderungen im Umweltbereich nochmals zu überarbeiten, wird schnell deutlich, was auf dem Spiel steht: die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Es sollte den machtbesessenen Ministerpräsidenten der Länder zu denken geben, dass nicht nur alle Umweltsachleute vor einer unausgegorenen, wider-

sprüchlichen und nicht transparenten Föderalismusreform im Umweltschutz warnen. Auch die Vertreter der Wirtschaft beklagen ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit.

Letztlich geht es um die Abwägung, ob mehr Macht für „Feudalfürsten“ oder die Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen in- und ausländischer Investoren gewünscht ist. Zwar wird die bisherige Rahmengesetzgebung bei Naturschutz- und Landschaftspflege, Wasserrecht, Raumordnung und Jagdrecht in die Gesetzgebung des Bundes überführt und die Zustimmungspflicht der Gesetze durch den Bundesrat – und damit die bisher häufigen Blockaden – im Umfang deutlich reduziert. Dafür sollen die Länder in den Bereichen der bisherigen Rahmengesetzgebung nach der Verabschiedung von Bundesgesetzen davon abweichendes Landesrecht erlassen dürfen. Sowohl der Bund als auch die Länder besitzen dann eine Gesetzgebungskompetenz. Ein drohendes „gesetzgeberisches Ping-Pong“ soll dadurch vermieden werden, dass der Landesgesetzgeber sechs Monate Zeit hätte, das Bundesgesetz wieder aufzuheben. Die Folge dieser Parallelgesetzgebung von Bund und Ländern wäre eine erhebliche Rechtsunsicherheit, die zu großen Hemmnissen für die deutsche Wirtschaft führen und ausländische Investoren abschrecken würde.

Von der Abweichungsbefugnis der Bundesländer sind bestimmte Teilgebiete ausgenommen: beim Jagdwesen das Recht der Jagdscheine, bei Naturschutz und Landschaftspflege die Grundsätze des Naturschutzes, das Recht des Artenschutzes und der Meeresnaturschutz, beim Wasserhaushalt stoff- oder anlagenbezogene Regelungen. Die Abgrenzung gegen Bundeskompetenzen ist allerdings unscharf und auslegungsbedürftig. Erfahrungsgemäß werden die Länder ihre Abweichungsbefugnisse weit auslegen – und zwar ohne Rücksicht auf Bedenken des Bundes. Es ist dann Sache des Bundes, in jedem Einzelfall vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen und überprüfen zu lassen, ob die Länder ihren Kompetenzspielraum überdehnt haben. Damit wird dem Bundesverfassungsgericht bei der künftigen Umweltgesetzgebung erneut eine Schlüsselstellung zukommen. Das steht im

Gegensatz zu den Zielen der Reform, die für klare Verhältnisse sorgen und weitere Gänge nach Karlsruhe entbehrlich machen soll.

Völlig willkürlich erscheint die Festlegung der Kernbereiche für die Bundeskompetenz. Während der Bund beim Naturschutz die Grundsätze regeln kann, ist dies beim Wasserrecht nicht der Fall. Zudem muss das Wasserrecht nach einer Rahmenrichtlinie der EU länderübergreifend ausgestaltet werden, dies gilt auch für den Hochwasserschutz. Wirkungsvolle Schutzmaßnahmen sind daher nur im großen Maßstab durch den Bund zu ergreifen. Bei der Raumordnung ist überhaupt keine Einschränkung der Abweichungsmöglichkeiten vorgesehen. Jedes Land kann tun und lassen, was es will. Wie unter solchen Voraussetzungen in Deutschland eine vernünftige räumliche Entwicklung gewährleistet werden kann, bleibt rätselhaft.

Es ist der ausdrückliche Wunsch der Koalitionsparteien, das zersplitterte Umweltrecht zu vereinfachen und in einem Umweltgesetzbuch (UGB) zusammenzuführen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn der Bund bei der Föderalismusreform die notwendigen Kompetenzen erhält. Die Öffentlichkeit und nicht zuletzt die Wirtschaft erwarten klare Strukturen. Ziel sollte es sein, einheitliche Umweltverfahren für den Wirtschaftsraum Deutschland zu erreichen. Abweichungsmöglichkeiten der Länder würden demgegenüber zu Verhältnissen führen, die für die Betroffenen schwer durchschaubar wären. Der Bund kann auch nicht abschließend bestimmen, welche naturschutzrechtlichen Anforderungen eine Industrieanlage oder ein Infrastrukturprojekt zu erfüllen hat.

Will Berlin in den auch für die Wirtschaft wichtigen Gebieten Abfall, erneuerbare Energien, Bodenschutz und Chemikalienrecht gesetzgeberisch tätig werden, muss es den Anforderungen der so genannten Erforderlichkeitsklausel des Grundgesetzes genügen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird die Inanspruchnahme der Gesetzgebungskompetenz des Bundes in diesen Fällen an äußerst strenge, aber zugleich nur sehr vage Voraussetzungen geknüpft. Nach der vorgeschlagenen Neuregelung sollen der Bundesrat, jede Landesregierung und jeder Landtag beim

Bundesverfassungsgericht feststellen lassen können, dass vor dem Jahre 1994 erlassenes Bundesrecht nicht mehr erlassen könnte. Stellt das Bundesverfassungsgericht dies fest, kann der Landesgesetzgeber das Bundesrecht ersetzen. Obwohl sich gerade in den Bereichen wie Abfall- oder Chemikalienrecht die Erforderlichkeit einer bundeseinheitlichen Regelung gut begründen lässt, führt die neue Möglichkeit der Länder, vor dem Bundesverfassungsgericht die Befugnisse dafür zu erstreiten, Bundesrecht zu ersetzen, zu einem hoch komplexen und streitanfälligen System. Anstatt die Gesetzgebungszuständigkeiten nach klaren Regeln zu verteilen, drohen dann lange Prozesse vor dem Bundesverfassungsgericht.

Dabei läge die Neuordnung der Zuständigkeiten sowohl im Interesse des Umweltschutzes als auch der Wirtschaft so nahe. Alle Sachverständigen im Umweltrecht schlagen eine umfassende, konkurrierende Gesetzgebung des Bundes vor, die alle relevanten Umweltvorschriften umfasst. Dabei wird auf die bisher vorgesehene Erforderlichkeitsklausel verzichtet. Zugunsten der Länder könnten dann in einem allerdings stark eingeschränkten und präzise definierten Umfang Öffnungsklauseln oder Abweichungsmöglichkeiten vom Bundesrecht vorgesehen werden.

13. INTERNATIONALES

China: Steuer auf Stäbchen

China will den stark wachsenden Holzverbrauch einschränken und besteuert Wegwerf-Esstäbchen

[Georg Blume/Johann Vollmer, taz, 3.4.2006]
PEKING Seit 1. April gilt in China eine fünfprozentige Steuer auf Wegwerfstäbchen. 45 Milliarden Stück werden in China pro Jahr verbraucht. Dafür werden jährlich 25 Millionen Birken abgeholzt.

Chinesen essen seit 5.000 Jahren mit Stäbchen. Wegwerfstäbchen seien hygienisch, "auf die will der Kunde nicht verzichten", weiß der Koch eines kleinen Maultaschen-Restaurants in Peking. Nur wenige Restaurants bieten Stäbchen aus Plastik

oder Harthölzern an, die gespült und wiederverwendet werden können. Wird sich das nun ändern? Die Steuer-Befürworter verweisen auf positive Umfrageergebnisse: In der Befragung eines Internetportals sprachen sich 73 Prozent jüngst für die Steuer aus.

Greenpeace-Kampagnenleiter Sze Pangcheung weist darauf hin, dass der chinesische Holzkonsum in zehn Jahren um 70 Prozent gestiegen sei. Zurzeit verbrauchen Chinesen zum Beispiel 36 Kilo Papier pro Kopf, verglichen mit 301 Kilo in den USA. "Wenn China das Verbrauchslevel der USA erreicht, bedarf es jedes Jahr 1,6 Milliarden Kubikmeter Holz zusätzlich", schätzt Sze - ungefähr die Menge, die jedes Jahr weltweit gefällt werde.

Ein großer Teil der in China verwendeten Tropenhölzer wird illegal aus den bedrohten Regenwäldern Indonesiens und Papua-Neuguineas eingeführt. Japan hatte auf ähnliche Vorwürfe schon in den 80er-Jahren mit Kampagnen gegen Wegwerfstäbchen reagiert. Ihr Erfolg: Heute werden die meisten japanischen Wegwerfstäbchen in China produziert.

CO₂-Propaganda

[Spiegel-Online vom 16.5.2006] In Werbespots, die an Absurdität kaum zu überbieten sind, fragt die US-Energielobby die Amerikaner: "Was wäre die Welt ohne Kohlendioxid?" Die Spots zielen auf die Klimawandel-Dokumentation von Al Gore. Inhaltlich sind sie hart an der Grenze zur Volksverdummung.

Die Fernseh-Werbung als Kunst des eleganten Etikettenschwindels hält nun auch Einzug in die Klimadebatte. Was bei langen Pralinen und leichter Schokolade funktioniert, soll jetzt das Image von Klimagasen aufpolieren. "Kohlendioxid: Die nennen es Verschmutzung, wir nennen es Leben" - unter diesem Motto präsentierte gestern eine konservative Lobbygruppe zwei TV-Spots mit Imagepflege für das Klimagas.

Auf der Website des Competitive Enterprise Institute (CEI) [kann man die Videos online ansehen](#). Ein kleines Mädchen mit Pustebume, Ölförderung, der erleuchtete Times Square bei Nacht - im "Energie"-Clip wird das Hohelied fossiler Brennstoffe gesungen: "Die Kraftstoffe,

die CO₂ freisetzen, haben uns aus einer Welt der Knochenarbeit befreit, unser Leben erleuchtet, sie erlauben uns, Dinge herzustellen und zu transportieren, die wir brauchen, und die Menschen die wir lieben."

Der Bildschirm wird schwarz. "Jetzt wollen ein paar Politiker Kohlendioxid einen Schadstoff nennen. Stellen Sie sich vor, sie hätten damit Erfolg – wie würde unser Leben dann aussehen?" In fröhlicher Nichtbeachtung des Unterschieds zwischen natürlichen Kohlendioxid-Kreisläufen und dem menschengemachten Ungleichgewicht schlussfolgert der Sprecher des Spots: "Kohlendioxid: Die nennen es Verschmutzung, wir nennen es Leben."

Die und Wir – eine Verschwörung von "Alarmisten"

Die Dichotomie von Die und Wir wird auch im zweiten Werbeclip fortgeführt, der den Titel "Gletscher" trägt: "Sie haben diese Schlagzeilen über die globale Erwärmung gesehen", spricht eine Frauenstimme über die Bilder von Zeitungs- und Magazinseiten. Besonders das Magazin "Time", das dem abschmelzenden Polareis eine Titelgeschichte gewidmet hatte, wird prominent gezeigt. Es folgen abbrechende Gletscherkanten, und dann – nichts für Freunde des Subtilen – läuft das Bild rückwärts. Der Gletscher setzt sich wieder zusammen.

Die Wissenschaftler und die Journalisten – Umweltaktivisten werden als "Alarmisten" bezeichnet – unterdrücken nach Meinung der Lobbyisten solche Forschungsergebnisse, die das Gegenteil belegten. Zwei kurz eingeblendete "Science"-Artikel sollen diese These stärken. "Warum macht man uns Angst?", lautet hier die Suggestivfrage vor der Entwarnung: "Kohlendioxid ist kein Smog oder Rauch. Es ist, was wir aus- und Pflanzen einatmen." So einfach ist das.

Die Werbespots sind just eine Woche vor dem US-Start der Dokumentation "Eine unangenehme Wahrheit" ("An inconvenient truth") platziert. Auch von diesem Film [steht ein Werbeclip im Internet](#). Der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore will darin die Zuschauer für die Folgen des globalen Klimawandels sensibilisieren. In den USA bedeutet das erstmal zu erklären, dass es den Wandel und seine Folgen überhaupt gibt.

Gegen Gore, gegen Gesetze, gegen den Stand der Dinge

Gegen die Konsequenzen dieser Einsicht lobbyiert das CEI nach Kräften. Wie der euphemistische Name des Instituts erkennen lässt, vertritt die Bush- und industrienaher Organisation Marktlösungen anstelle von gesetzlichen Vorschriften in der Umweltpolitik.

Die Werbefilmchen sollen bis Ende Mai im Fernsehprogramm von 15 Städten in den USA gesendet werden, darunter in Austin, Dallas, Denver, Sacramento, Santa Barbara und Washington.

Wissenschaftlich betrachtet scheint indes kein Anlass zur Entwarnung in der Klima-Debatte in Sicht zu sein. Der wissenschaftliche Berater der Weltbank, Robert Watson, sagte in Köln, die weltweiten Temperaturen könnten noch schneller ansteigen als bislang angenommen. Watson gilt als gut informiert, da er der ehemalige Vorsitzende des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist. Dieses Forschergremium war von der Uno beauftragt worden, die Hypothese eines menschengemachten Klimawandels zu untersuchen. Sie gilt mittlerweile als unstrittig.

Noch stärkerer Konsens im nächsten Uno-Klimareport

Im Jahr 2007 wird das IPCC seinen nächsten Bericht über den Stand der Forschung zu Mensch, Klima und Kohlendioxid veröffentlichen. Watson berichtete aus Gesprächen mit Mitgliedern einer Arbeitsgruppe, die diesen Bericht gerade vorbereitet: "Jeder, mit dem ich in der Arbeitsgruppe gesprochen habe, sagte, dass die Beweise stichhaltiger werden." Der Großteil der beobachtbaren Erwärmung sei auf menschliches Handeln zurückzuführen.

Im dritten IPCC-Bericht waren globale Temperaturanstiege zwischen 1,4 und 5,8 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 vorhergesagt worden. Neueste Forschungen deuteten darauf hin, dass sich die tatsächliche Entwicklung wohl im oberen Bereich dieser Schätzung abspielen werde, so Roberts.

14. DISKUSSIONSFORUM UND ZITATE

Insofern gibt es an der Ökosteuer tatsächlich nur eines auszusetzen – dass sie nicht fortgeschrieben wurde.

Dr. Herrmann Ott, Leiter des Berliner Büros des Wuppertal Institut, 31.03.2006

Der Staat ist dafür zuständig, dass nicht der Markt der alleinige Maßstab ist. Vielmehr sollte die gemeinsame Wirtschaftsleistung darauf ausgerichtet sein, gemeinsame gesellschaftliche Ziele zu verwirklichen. Der Markt regelt nicht alles. Es wäre demzufolge ein gefährlicher Irrglaube, darauf zu verzichten, der Marktwirtschaft einen klaren, berechenbaren und zuverlässigen Ordnungsrahmen zu geben, der von allgemein akzeptierten Wertvorstellungen getragen sein muss. Marktwirtschaft ohne gesellschaftliche Werte würde schnell zum Raubtierkapitalismus pervertieren.

Günter Verheugen, Vize-Präsident der Europäischen Kommission in Brüssel, SZ, 21.02.3006

15. VERANSTALTUNGEN

Öffentliche Vortragsreihe der Technischen Universität München „Lebensstil, Wachstum und Arbeitsplätze“ Freising

- „Zukunft der Arbeit: Radikal Denken und Schrittweise handeln“ 1. Juni 2006 Referent: Prof. Götz W. Werner – Universität Karlsruhe (TH), Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der dm Drogeriemärkte
- „Erneuerbare Energien als Chance für die Zukunft“ 6. Juli 2006 Referent: Dr. Hermann Scheer – MdB Träger des Alternativen Nobelpreises, Präsident von EUROSOLAR -

- „Fair Future – begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit“ 10. Juli 2006 Referent: Dr. Wolfgang Sachs – Wuppertal Institut
www.wzw.tum.de/wdl/
www.agrar.wzw.tum.de

EUROSOLAR- Konferenz "Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien" 8./9. Juni 2006 Schwäbisch Hall

Die weltweite fossile Ressourcenverknappung, die Technologieentwicklung und die ökologische Verantwortung werden zu einem Wechsel zu Erneuerbaren Energien führen. Dies stellt eine einzigartige Möglichkeit der Rekommunalisierung der Energieversorgung dar, die einen umfassenden Bedeutungszuwachs der Stadtwerke nach sich ziehen wird.

Welche rechtlichen und wirtschaftlichen Chancen hierfür gegeben sind, ist Thema der EUROSOLAR- Konferenz "Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien", die in Kooperation mit den Stadtwerken Schwäbisch Hall vom 8. bis 9. Juni 2006 in Schwäbisch Hall durchgeführt wird.

Die Umsetzung von Erneuerbare-Energien-Projekten von Stadtwerken und Kommunen stellt einen weiteren Themenschwerpunkt der Konferenz dar. Anhand von Praxisbeispielen werden die heutigen Handlungsmöglichkeiten von Stadtwerken und Kommunen aufgezeigt.

Das Programm der Konferenz, zu der wir Sie herzlich einladen, können Sie hier einsehen:

http://www.eurosolar.org/new/de/Stadtwerke2006_Programm.html

Welt, regiere da Geld! 23. bis 25. Juni 2006, Evangelische Akademie Bad Boll

Wirtschaften mit realen Visionen und globalen Perspektiven

<http://www.ev-akademie-boll.de/tagungen/details/470406.pdf>

Euroforum-Konferenz „Das neue Energiesteuergesetz – Auswirkungen auf Energieprodukte und Unternehmen“ 20. Juli 2006 Düsseldorf

www.euroforum.de/p1100533

Kyotoplus: Wege aus der Klimafalle, 28. bis 30. September 2006 im Energieforum Berlin

Innerhalb von KyotoPlus will die Heinrich Böll Stiftung eine Serie von Konferenzen und Veranstaltungen durchführen, um die Themen Klimawandel, Risiken des Klimawandels und Klimaschutz zurück auf die politische Tagesordnung und in die Berichterstattung der Medien zu bringen. Jenseits der Fachleute soll auch die breite Öffentlichkeit in die Diskussion dieser Themen einbezogen werden. Dabei sollen Maßnahmen und Initiativen zum Klimaschutz diskutiert und ergriffen werden, die über das bestehende Kyoto-Protokoll hinausgehen und sich produktiv und kritisch mit diesem auseinandersetzen.

Referenten sind unter anderem: Rajendra Pachauri (Chair IPCC), Fernando Tudela (Vizeumweltminister Mexico) und Jennifer Morgan (WWF International).

Detaillierte Informationen gibt es unter: www.kyotoplus.org

***Wachstum, Wachstum über alles?
Ein ökonomisches Leitbild auf dem Prüfstein von Umwelt und Gerechtigkeit
Tagung der evangelischen Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem BUND
Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen
10.-12. November 2006***

Wirtschaftswachstum in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, so hört man immer wieder, schaffe als Allheilmittel über eine ergrünte Industrie- und Wirtschaftspolitik Arbeitsplätze, biete unternehmerische Perspektiven und nutze am Ende auch der Umwelt. Aber ist Wachstum auch unter dem Vorzeichen der Nachhaltigkeit denkbar? Dieser Frage widmet sich die Tagung

anhand verschiedener Themenkomplexe.

Bezüglich der behandelten Fragestellungen sind die Veranstalter an ihren Überlegungen interessiert und bitten um die Einsendung einseitiger Abstracts bis zum 31. Mai 2006. Ausgewählte Texte werden in einem Reader zur Tagung zusammengestellt, Autoren ggf. als Referenten eingeladen und ausgesuchte Beiträge in einer Tagungsdokumentation veröffentlicht. Die endgültigen Texten müssen bis zum 31. August 2006 vorliegen. Detaillierte Informationen zum Prozedere und zu behandelten Themenfeldern:

http://www.oekosteuer.de/downloads/call_for_papers_wachstum.pdf

16. LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN

NEU: FÖS/BfN-Tagungsband „Integration ökologischer Aspekte in die Finanzpolitik“

Ein gemeinsamer Tagungsband des Bundesamtes für Naturschutz und dem Förderverein Ökologische Steuerreform ist jetzt in der FÖS-Geschäftsstelle gegen Übernahme des Portos kostenfrei erhältlich.

Bestellungen bitte an: foes@foes.de

Inhaltsverzeichnis unter: <http://www.foes.de/3aktuelles/vilm2005.html>

NEU: OECD-Publikation zu Ökosteuern

Die umfangreiche OECD-Publikation „The Political Economy of Environmentally Related Taxes“ (Erscheinungsdatum Juni 2006) ist beim FÖS in einer Vorabversion für nur 10 Euro zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Bestellungen bitte an: foes@foes.de

***CRITICAL ISSUES IN
ENVIRONMENTAL TAXATION:
International and Comparative
Perspectives***

Zur Weltökosteuerkonferenz 2004 in Pavia ist ganz druckfrisch ein sehr umfangreicher Tagungsband erschienen.

<http://www.richmondlawtax.com/envirotax3.shtml>

***Energy Taxation in the European Union.
Past Negotiations and Future
Perspektives***

Das von Jacob Klok (Dänisches Finanzministerium) verfasst Working Paper befasst sich detailliert mit den jahrzehntelangen Verhandlungen, die der Verabschiedung der Europäischen Energiebesteuerungs-Richtlinie vorausgingen. Abgeschlossen wird der Text mit einer kritischen Betrachtung der schlussendlich verabschiedeten Richtlinie. Zum Download: http://www.oekosteuer.de/downloads/Energy_Taxation_in_the_EU.pdf

***Be- und Entlastungswirkungen der
Ökologischen Steuerreform nach
Produktionsbereichen***

Band I des Endberichts für das Forschungsprojekt im Auftrag des Umweltbundesamtes „Quantifizierung der Effekte der Ökologischen Steuerreform auf Umwelt, Beschäftigung und Innovation“, Autor: Stefan Bach, DIW. Zum Download:

http://www.oekosteuer.de/downloads/DIW_Ecologic_Endbericht_Band_1.pdf

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/wirtschaftsfaktor.htm>

***Satisfaction with Democracy and the
Environment in Western Europe – A
Panel Analysis***

Die Untersuchung von Alexander F. Wagner und Friedrich Schneider vertritt unter anderem die These, dass die Demokratiezufriedenheit in den westeuropäischen Staaten höher ist, in denen eine Energie- oder CO₂- Steuer erhoben wird. Die Studie zum Download:

http://www.cesifogroup.de/pls/guestci/download/CESifo%20Working%20Papers%202006/CESifo%20Working%20Papers%20February%202006/cesifo1_wp1660.pdf

***Der Handel mit Emissionszertifikaten in
der Europäischen Union: Institutionelle
Ausgestaltung und Einflussfaktoren auf
die Preisbildung***

Die von Florian Keppler freundlicherweise zur Verfügung gestellte Diplomarbeit stellt die institutionelle Ausgestaltung des Emissionshandels in Europa und Deutschland dar und untersucht wichtige Einflussfaktoren für die Preisbildung am Zertifikatmarkt.

http://www.oekosteuer.de/downloads/Microsoft_Word_-_Dipl08_4_doc.pdf

Effectiveness of landfill taxation

Autoren: Heleen Bartelings, Pieter van Beukering, Onno Kuik, Vincent Linderhof, Frans Osterhuis

Mitarbeit: Luke Brandner, Alfred Wagtenonk

Inhalt: Die europäische Union sieht den Hauptnachteil von Recycling in den im Vergleich mit anderen Möglichkeiten der Müllentsorgung höheren Kosten. Die Verwendung von ökonomischen und marktbasierenden Instrumenten wird aus diesem Grund als der vielversprechendste Weg zur Förderung von Recycling angesehen. Eines dieser Instrumente ist die Einführung einer Deponiesteuer. Die Studie des Instituts für Umweltforschung der Freien Universität Amsterdam untersucht die Effektivität dieser Steuer am Beispiel der Niederlande und möchte damit einen Beitrag zur europäischen Debatte um die Deponiesteuer leisten.

Zum Download (englisch):

http://www.ivm.falw.vu.nl/Research_output/index.cfm/home_subsection.cfm/subsectionid/FF91BCBD-EAFE-426A-ABB8184073A39BBF

***Klimaschutzrecht. Völker-, europa- und
verfassungsrechtliche Grundlagen sowie
instrumentelle Umsetzung der deutschen
Klimaschutzpolitik unter besonderer
Berücksichtigung des Emissionshandels***

Das auf der Dissertation des Autors basierende

Buch untersucht – nicht nur aus juristischer Sicht – unter anderem die Ökologische Steuerreform, den Emissionshandel und die Frage, wie beide miteinander zu vereinbaren sind. Der Autor vertritt im Gegensatz zur landläufigen Meinung den Standpunkt, dass beide Instrumente aus rechtlicher Sicht sehr gut miteinander vereinbar sind. Die Vergabe von Emissionszertifikaten an Newcomer muss, so der Autor, verfassungsrechtlich gesehen nicht kostenlos erfolgen.

Dr. Martin Winkler, Klimaschutzrecht. Völker-, europa- und verfassungsrechtliche Grundlagen sowie instrumentelle Umsetzung der deutschen Klimaschutzpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Emissionshandels. LIT-Verlag Münster, 2005, 381 Seiten, 34,90 €, ISBN 3-8258-8923-8

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/wirtschaftsfaktor.htm>

Die Energiefalle. Rückblick auf das Erdölzeitalter

Ein faszinierendes Buch von einem Vertreter der jungen Generation, die auslöffeln muss, was die heute Herrschenden ihr eingebrockt haben.“ Franz Alt

Mit dem fossil-atomaren Energieversorgungssystem hat sich die Menschheit in Ketten gelegt. Sie ist in eine Falle geraten, aus der sie sich nur mit mühsamen Anstrengungen und fester Entschlusskraft befreien kann. Sie ist süchtig nach der schwarzen Droge Öl geworden, anscheinend besessen davon, ihre Lebensgrundlagen zu verbrennen. Gründingers Buch ist der Versuch, eine Ära des kollektiven Irrtums zu erfassen und die gesellschaftlich festgefahrenen Denkblockaden aufzubrechen. Künftige Generationen, so seine Prognose, werden auf das Erdölzeitalter mit Staunen zurückblicken und es als eine zwar wichtige, aber doch kurze Epoche in der Geschichte der Menschen betrachten.

Wolfgang Gründinger, geb. 1984, gilt als "Anwalt der Jugend" (E.U. von Weizsäcker). Der Regensburger Student der Politikwissenschaften, Soziologie und Volkswirtschaftslehre war Delegierter bei mehreren UN-Weltgipfeln und zählt zu den international profiliertesten Aktivisten für Generationengerechtigkeit. Mit

seinem gleichnamigen Buch prägte er den Begriff des "Öko-Realismus".

Mehr: <http://www.wolfgang-gruendinger.de/buecher.html>

Wolfgang Gründinger, Die Energiefalle. Rückblick auf das Erdölzeitalter, C.H. Beck-Verlag, München, 2006., 288 Seiten, 12,90 €, ISBN 3-406-54098-8

Pricing for (sustainable) transport policies – A state of the art

Unter diesem englischen Titel verbirgt sich eine Studie der IMPRENT-NET (Implementing Pricing Reforms in Transport Networking) die sich mit der Preisbildung für eine (nachhaltige) Transportpolitik, und dem Stand der Technik auf diesem Gebiet auseinandersetzt.

Die ganze Studie gibt es als Download unter: <http://www.imprint-net.org/reports/deliverables/>

Petrocash Database

Die Petrocash DB versucht möglichst ausführliche Informationen über die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Aspekte der Ölindustrie dieser Welt und die Möglichkeiten wirtschaftliche Analysen vorzunehmen, bereit zu stellen. Über den Gast-Account bekommt man wenigstens einen Überblick über die Daten.

<http://www.petrocash.com/login.aspx?ReturnUrl=%2fDefault.aspx>

17. JOBS UND PRAKTIKA

Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung sucht Leiter für Forschungsfeld Ökologische Unternehmenspolitik

Detaillierte Informationen zur Ausschreibung: <http://www.ioew.de/home/downloaddateien/ausschreibungfl.pdf>

***Oekom Research AG: sucht
Assistenten/in im Bereich
Marketing/Public Relations***

Sie verfügen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium bzw. mindestens 2 Jahre Berufserfahrung im Bereich Marketing/PR. Ihr Arbeitsstil ist sorgfältig, strukturiert und gewissenhaft. Englisch können Sie in Wort und Schrift sicher anwenden. Sie sind vertraut mit den wichtigsten Abläufen im Office Management und bringen Grundkenntnisse für Desktop Publishing und Web-Design mit. Sie haben Interesse an ökologischen und sozialpolitischen Themen. Zu Ihren Aufgaben gehören:

- Bearbeitung von Anfragen
- Erstellung von Materialien für die Außendarstellung des Unternehmens, inklusive einfacher gestalterischer Aufgaben
- Pflege des Internetauftritts und der Adressdatenbank
- Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen
- Realisierung von Mailingaktionen via Post und E-Mail
- variable administrative Aufgaben

Über uns:

Die oekom research AG ist eine international führende Rating-Agentur im dynamischen Markt nachhaltiger Investments. Seit mehr als zehn Jahren sind wir auf die soziale und ökologische Bewertung von Unternehmen und Ländern spezialisiert. Unsere Analysen dienen einer wachsenden Zahl institutioneller Investoren und Finanzdienstleister als Entscheidungsgrundlage für nachhaltig orientierte Kapitalanlagen. Derzeit betreuen wir über 45 Fonds mit einem Gesamtvolumen von mehr als 2 Mrd. Euro. Weitere Informationen über uns finden sie im Internet unter: www.oekom-research.com

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, Ihre Aufgaben in einem offenen und multidisziplinären Team kreativ zu gestalten. Unsere Unternehmenskultur fördert selbstständiges und engagiertes Arbeiten, unser Umgang miteinander ist von Wertschätzung, gegenseitigem Verständnis und Fairness gekennzeichnet.

Die Stelle ist für eine Wochenarbeitszeit von 20

Stunden vorgesehen. Der Arbeitsort ist München.

Über Ihre Bewerbung freuen wir uns.

Bitte senden Sie Ihre Unterlagen - gerne per E-Mail - an:

Sylvia Kloberdanz

oekom research AG

Goethestraße 28

80336 München

Fon: ++49/89/544184-64

kloberdanz@oekom-research.com

***Europäisches Sekretariat des
Klimabündnisses e.V. sucht
Geschäftsführer/in***

Das Europäische Sekretariat des Klima-Bündnis sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer. Ausführliche Ausschreibung auf:

<http://www.klimabuendnis.org/aktuell/stellenangebot-geschaeftsfuehrung.htm>

***Stipendien: McCloy Fellowships in
Environmental Affairs***

Aus Mitteln des John J. McCloy Fund des American Council on Germany (ACG) stehen jährlich mehrere Reisestipendien für Amerikaner und Deutsche im Umweltbereich zur Verfügung. Die Stipendien sollen jungen Berufstätigen Gelegenheit geben, ihren beruflichen Horizont durch einen Arbeitsaufenthalt im anderen Lande zu erweitern und fruchtbare Kontakte mit Partnern jenseits des Atlantiks zu knüpfen. Als deutscher Partner des McCloy Fellowship in Environmental Affairs trägt Ecologic zu dessen Profilierung und Ausrichtung bei.

Qualifizierte deutsche Kandidaten, die sich in den USA mit einem konkreten Projekt im Umweltbereich näher befassen möchten, können sich um ein Stipendium bewerben. Die Dauer der Reisestipendien umfasst vier Wochen. Es werden Flugkosten sowie Kosten für Unterkunft und Verpflegung in Form von Tagespauschalen übernommen. In der Vergangenheit wurden unter anderem Projekte zu Erneuerbaren Energien, Bio- und Gentechnik, transatlantischen Partnerschaften im Umweltbereich und Corporate Social

Responsibility durchgeführt.

Bewerbungen sollten die folgenden Unterlagen in englischer Sprache enthalten:

- Lebenslauf;
- Anschreiben, in welchem explizit angeführt wird, welcher persönliche und berufliche Nutzen durch das Stipendium erwartet wird;
- eine mindestens zweiseitige Projektskizze über das Projektthema und die Ziele des Aufenthaltes; sowie
- Zwei Empfehlungsschreiben.

Jeder Stipendiat muss sich nach Zuerkennung eines Stipendiums schriftlich dazu verpflichten, im Anschluss an die USA-Reise einen detaillierten Bericht über das Projekt einzureichen. Zudem ist der ACG über sämtliche schriftliche Beiträge, die aufgrund des Stipendiaufenthaltes entstanden sind, zu informieren. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Website des [McCloy Fellowship in Environmental Affairs](#).

Bewerbungen werden ganzjährig angenommen und sind an folgende Adresse zu richten:

Selection Committee – McCloy Fellowships in Environmental Affairs

The American Council on Germany

14 East 60th Street, Suite 606

New York, NY 10022

Als deutscher Partner des McCloy Fellowship in Environmental Affairs trägt Ecologic – Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik zu dessen Profilierung und Ausrichtung bei. Die Begutachtung der Bewerbungen obliegt jedoch ausschließlich dem American Council on Germany.